



VIEL INFORMATION

In unserer **SONDERBEILAGE** berichten wir über die große GZ-Fachtagung zu kommunalen Energie- und Umweltthemen.



WENIGER SPRIT

Der kommunale Fuhrpark muss preiswerter werden. Viele Einzelkomponenten können dazu beitragen. **Seiten 6/7**



MEHR INFRASTRUKTUR

Kontinuität und Qualität des musikalischen Bildungsangebots müssen sorgsam weiter entwickelt werden. Hier sind die Musikschulen gefragt. **Seite 3**

BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Bayerischer Städtetag:

Die Kraft kommt aus den Zentren!

Jahrestagung in Lindau - Schaidinger bleibt Spitze

Der Bayerische Städtetag hat bei seiner Jahrestagung in Lindau Hans Schaidinger für weitere drei Jahre als Vorsitzenden des kommunalen Gremiums wieder gewählt. Der 59-jährige Regensburger Oberbürgermeister wurde von den rund 300 Delegierten einstimmig im Amt bestätigt. Schaidinger steht seit 2005 an der Spitze des Gremiums. Ebenfalls ohne Gegenstimme blieb Münchens Oberbürgermeister Christian Ude, der erneut als erster Stellvertreter fungiert. Neu gewählt wurde dagegen als 2. Stellvertreter Ismanings Erster Bürgermeister Michael Sedlmair. Er tritt die Nachfolge des ehemaligen Ersten Bürgermeisters von Berchtesgaden, Rudolf Schaupp, an. Der Städtetag vertritt knapp 270 Kommunen in Bayern, in denen über 6,7 Millionen Menschen leben.

In seiner Grundsatzrede forderte der alte und neue Städtetagschef die bayerische Staatsregierung auf, konkrete Pläne zur Ganztagschule vorzulegen: „Die Bayerische Staatsregierung hört auf den Bayerischen Städtetag. Und sie befolgt sogar seine

2001 habe der Spitzenverband in Augsburg vom Freistaat den Ausbau eines bedarfsgerechten Angebots an Ganztagschulen gefordert. „Wir begrüßen die neue Linie der Staatsregierung. Diese Herausforderung anzupacken, wird freilich ein Kraft-

akt. Denn der Nachholbedarf Bayerns ist erheblich.“ Laut Schaidinger liegt Bayern mit der Nutzung der Ganztagschulangebote mit 4 Prozent bundesweit an letzter Stelle. Der Bayerische Städtetag erwarte nun Aussagen zu Ausbauzielen, Finanzierung und Umsetzung.

Ude: Gefahr im Verzug

„Gefahr im Verzug“ heißt es dagegen in punkto Gewerbesteuer. „In den letzten Jahren waren es Wirtschaftsverbände, ominöse Stiftungen oder marktliberale Parteimitglieder, die der Gewerbesteuer den Garaus machen wollten. Doch nun droht Unge- mach von der Föderalismuskommission“, erklärte Oberbürgermeister Christian Ude, der Präsident des Deutschen Städtetags. Eine Arbeitsgruppe der Föderation (Fortsetzung auf Seite 4)



Gemeinsam für die Ziele der Union: CSU-Generalsekretärin Christine Haderthauer, Ministerpräsident Günther Beckstein, Bundeskanzlerin Angela Merkel, Finanzminister Erwin Huber und CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla.

CSU-Parteitag in Nürnberg:

Für ein starkes Bayern

Verabschiedung des Regierungsprogramms 2008-2013

Im Mittelpunkt des 73. CSU-Parteitages in Nürnberg stand die Verabschiedung eines Regierungsprogramms für die Periode 2008 bis 2013. Unter dem Motto „Für ein starkes Bayern“ wird die höhere Lebensqualität im Freistaat deutlich herausgearbeitet. Mehr Arbeitsplätze, höhere Einkommen, bessere Bildung, mehr Lehrstellen, mehr Sicherheit, weniger Staatsschulden, soziale Stabilität, beste Umweltqualität und landschaftliche Schönheit - „in Bayern lebt es sich besser als anderswo“, so die klare Botschaft.

Ein Grund hierfür ist zunächst das dauerhafte Bestreben, für gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern zu sorgen. Mit politischem Gestaltungswillen und hohem finanziellen Einsatz sei es gelungen, Metropolen zu entwickeln, die sich im globalen Wettbewerb behaupten können, und gleichzeitig die Zukunftsfähigkeit, Schönheit und kulturell prägende Kraft des ländlichen Raumes zu erhalten, die Infrastruktur auszubauen und Arbeitsplätze in die ländlichen Regionen zu bringen.

Wirtschaftlich prägend für den ländlichen Raum seien leistungsstarke Betriebe in Mittelstand und Handwerk. Derzeit, so das Pro-

gramm, planten erfreulich viele Unternehmen Investitionen in allen Regionen Bayerns.

Regionalförderung kräftig aufgestockt

Damit möglichst viele davon realisiert werden, habe die Staatsregierung die Regionalförderung kräftig aufgestockt. Es gehe darum, Arbeitsplätze zu den Menschen im ländlichen Raum zu bringen, nicht umgekehrt. Im Rahmen der Landesplanung werde auf eine hohe Qualität und eine gute Erreichbarkeit von Einrichtungen und Leistungen für das tägliche Leben der Menschen, wie Schulen, Arbeitsplatz oder Ärzte, geachtet.

Chancen ausbauen

„Wir sehen auch die großartigen Chancen, die den Menschen in den Städten geboten werden: Vielfalt, Wirtschaftskraft und pulsierendes Leben“, so die CSU weiter. „Diese werden wir ausbauen und eine enge partnerschaftliche Verzahnung der Städ-

te mit dem Umland fördern.“ Um aber auch die großen Herausforderungen, vor denen die Städte stehen, zu bewältigen, benötigten sie seitens des Staates spezifische Unterstützung. „Deshalb werden wir alles tun, um die Sicherheit in öffentlichen Räumen weiter zu verbessern. Außerdem werden wir mit einem Zehn-Punkte-Programm zur Integration die mit Zuwanderung verbundenen Probleme, die sich in den Großstädten konzentrie- (Fortsetzung auf Seite 4)



Gruppenfoto nach der Pressekonferenz (v. l.): Reiner Knäusl, Hans Schaidinger, Petra Seidl, Christian Ude und Michael Sedlmair.

Resolutionen - allerdings mit einer Verspätung von sieben Jahren“, so Schaidinger. Bereits

Gemeindetag tritt Klimaallianz bei

Feierliche Unterzeichnung des Klima-Bündnisses in der Residenz zu München

Der Bayerische Gemeindetag ist der Bayerischen Klima-Allianz beigetreten. In einem Festakt im Max-Joseph-Saal in der Residenz München unterzeichneten Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl und Bayerns Umweltminister Dr. Otmar Bernhard die entsprechende Urkunde.

„Bayerns Städte und Gemeinden bekennen sich zu ihrer Verantwortung für den Klimaschutz. Wir leisten seit Jahren aktiv unseren Beitrag zum Klimaschutz. Sei es durch die energetische Sanierung von Schulen und Kindergärten, sei es durch energieeffiziente Straßenbeleuchtung oder durch Einsatz energieeffizienter Heizungsanlagen in kommunalen Einrichtungen“, sagte Brandl.

Energieeffizienz steigern

„Wir sehen noch viele Handlungsfelder vor uns, wenn es darum geht, die Energieeffizienz zu steigern und den Anteil erneuer-

barer Energien auszubauen. Wir müssen auch unsere Bürgerinnen und Bürger mitnehmen und die Verbreiterung aller in diesem Themenbereich notwendigen Aktivitäten unterstützen.“

Zuschüsse vom Staat

Der Gemeindetagspräsident begrüßte, dass mit dem Investitionspakt für energetische Sanierung gemeindlicher Einrichtungen Zuschüsse in Höhe von 60 Millionen Euro vom Staat ausgeschüttet werden. Wenn man sich allerdings die Zahl der Bewerbungen der bayerischen Gemeinden anschaut und dabei auf

ein Gesamtinvestitionsvolumen von 857 Millionen Euro kommt, zeige dies, dass die derzeitigen Mittel nur ein „Tropfen auf den heißen Stein“ sind und hier nochmals kräftig nachgelegt werden muss. Dafür werde sich der Bayerische Gemeindetag mit Nachdruck einsetzen.

Der Bayerische Gemeindetag stärkt durch seinen Beitritt die Bayerische Klima-Allianz, der bereits einige bedeutende Institutionen beigetreten sind.

Bayerns Schwerpunkte des Klimaschutzbündnisses mit dem Bayerischen Gemeindetag sind, neben der Beratung von Bürgerinnen und Bürgern sowie mittelständischer Unternehmen, das Energiesparen und - wegen ihres hohen Einsparpotentials - die energetische Gebäudesanierung.

Neues von **Sabrina**

Die aus steigenden Preisen resultierenden Umsatzsteuermehreinnahmen möchte unser Rathauschef am liebsten an die Bürger zurückgeben. Seine Vorzimmerperle sieht dafür wenig Spielraum und zitiert den Ökonomen Milton Friedman: „Inflation ist eine Steuer, die nicht genehmigt werden muss.“ **Seite 15**

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Sie lesen in dieser Ausgabe

.....Seite	
Versammlungsrecht bleibt strittig	2
Erster Erfolg bei der Neuorganisation des SGB II	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle:	
Start der Breitbandförderung	3
109. Verbandstag des Genossenschaftsverbands Bayern ...	3
Stärkung der Infrastruktur bei Musikschulen	3
KGST-Forum 2008 - Wir verbinden Kommunen	4
Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV	5
Kommunaler Fuhrpark · ÖPNV	6/7
Aus den bayerischen Kommunen	8 - 10
GZ-Dokumentation Energie für Bayerns Kommunen . II/1-II/12	

Glück geht mit Zufriedenheit und Sorge

Der scheidende Landtagspräsident sieht die immer größere Distanz zwischen Politik und Bevölkerung

Nach einem dreitägigen Sitzungsmarathon im Plenarsaal des Maximilianeums hat der 15. Bayerische Landtag seine fünfjährige Arbeit beendet und für die Zeit bis zur Neuwahl am 28. September den verfassungsmäßigen Zwischenausschuss eingesetzt. Auch über die gegensätzlichen Schlussberichte von CSU und Opposition zum BayernLB-Untersuchungsausschuss wurde kontrovers diskutiert. Ansonsten wurden die Entscheidungen der Ausschüsse bestätigt. Am Ende kam Abschiedsstimmung auf, symbolisiert durch Dank und Anerkennung für Landtagspräsident Alois Glück, der nach 38 Jahren als dienstältester deutscher Parlamentarier in den Austrag geht.

Landtagsvizepräsidentin Barbara Stamm würdigte den 68-Jährigen, neunten bayerischen Landtagspräsidenten, der erst Umweltstaatssekretär, 12 Jahre Vorsitzender des Umweltausschusses, 15 Jahre CSU-Fraktionsvorsitzender und ab 2003 Landtagspräsident war, als einen Mann, der es versteht, Menschen zusammenzuführen und zwischen ihnen zu vermitteln.

Auf christlicher Grundlage, habe der oberbayerische Bauernsohn durch Initiativen und im Vorausdenken entscheidende Anstöße für die Politik gegeben. Der gesamte Landtag dankte Alois Glück mit starkem Beifall.

Gestaltungskraft ist gefordert

Glück nahm die Würdigung und das von Frau Stamm überreichte Blumengebinde mit sichtlicher Bewegung an. In seiner Dank- und Schlussrede bewertete er die Arbeit des 15. Landtags positiv, gab den Abgeordneten und der Staatsregierung aber auch Nachdenkliches mit in die Zukunft. Die Wegstrecke der nächsten zehn Jahre werde anspruchsvoller und anstrengender sein als bisher. Das erfordere einen starken Parlamentarismus und eine Politik der Gestaltungskraft. Besorgt zeigte sich der Landtagspräsident, dass die Distanz zwischen Politik und Bevölkerung immer größer werde.

Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein zog eine Kurzbilanz

seiner Amtszeit mit dem von seinem Amtsvorgänger Stoiber gegebenen „Dreiklang Sparen, Reformieren, Investieren“. Dazu seien wichtige, teilweise einschneidende und umstrittene Entscheidungen gefallen. Auf sie gelte es aufzubauen.

Verbesserungen angemahnt

Als Sprecher der Abgeordneten ließ es SPD-Fraktionsvorsitzender Franz Maget nicht bei Allgemeinplätzen bewenden. Er monierte, die CSU habe ihre Standpunkte ziemlich selbstgerecht durchgesetzt. Viele Veränderungen - er nannte u. a. das Gymnasium G 8, Studiengebühren, Büchergeld und Verwaltungsreform - hätten leider nicht immer Verbesserungen ergeben. Der teilweise radikale Umbau der Verwaltung habe auch die Verlängerung der Arbeitszeit auf 42 Stunden gebracht. An Glücks mahnende Worte anknüpfend, forderte Maget, im Wahlkampf Anschläge auf die Demokratie zu vermeiden und Freunde für die Demokratie zu gewinnen.

Verhinderung des Transrapid

Im Einzelnen übergaben die drei Fraktionen ihre Bilanzen außerhalb der Sitzung der Presse. CSU-Fraktionsvorsitzender Georg Schmid sprach zwar von mutigen Reformen und bekannte sich zum Dreiklang, räumte aber auch Fehler ein. Manche Ent-

scheidung, zum Beispiel das G 8, hätte besser vorbereitet werden müssen.

Grüne Konzepte

Maget nannte die Verhinderung des Transrapid den wichtigsten Erfolg der SPD-Fraktion, die im alten Landtag gezeigt habe, dass sie es besser könnte als die CSU. Für die Grünen nahm Fraktionsvorsitzende Margarete Bause in Anspruch, in vielem sei die CSU „auf unsere Spur gegangen“; leider oft unzureichend und zu spät. Ihr Mitvorsitzender Dr. Sepp Dürr stellte fest, in keiner früheren Legislaturperiode sei augenfälliger geworden, wie stark die CSU in ihrer Orientierungslosigkeit auf grüne Konzepte angewiesen sei.

Ausgeglichener Haushalt

In der für den Präsidenten vorbereiteten, aber von ihm nicht vorgetragenen Stichwortbilanz der Legislaturperiode wird der ausgeglichene Staatshaushalt ab

2005/06 als wichtiges Thema genannt, weiter die neuen Aufgaben nach der Föderalismusreform. Breiten Raum hatten kommunale Fragen, Themen der inneren Sicherheit, des Umwelt- und Verbraucherschutzes, der Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik, der Bildung und Jugendarbeit, der Forschung und Technologie.

Dank und Wünsche

Dank und beste Wünsche galten bei allen Rednern der Schluss-sitzung den ausscheidenden Abgeordneten. Neben Glück und Ministerpräsident a. D. Dr. Edmund Stoiber - der anwesend war und den Beifall der CSU bekam - sind es noch 42 weitere Abgeordnete, die nicht mehr kandidieren.

Die letzte Plenarsitzung endete mit der Einsetzung des Zwischenausschusses gemäß der Verfassung. Ihm gehört ein Viertel der Abgeordneten an. Die CSU stellt 32 Mitglieder, die SPD 10 und die Grünen 3. Für jeden ist ein Stellvertreter von den Fraktionen benannt. Es sind im wesentlichen die Fraktionsvorsitzenden und Fachexperten bzw. Arbeitskreisvorsitzenden. Der Zwischenausschuss hat alle Rechte des Landtags, ausgenommen Gesetzgebung, Ministeranklage und Behandlung von Volksbegehren. **rm**

Erster Erfolg bei der Neuorganisation des SGB II

Landkreistag begrüßt geplante Grundgesetzänderung

Nach der einstimmigen Entscheidung der Arbeits- und Sozialminister der Länder scheint die gemeinsame Aufgabenwahrnehmung von Bundesagentur (BA) und Kommunen im Rahmen des SGB II gesichert zu sein. „Wir begrüßen diesen ersten, unerwarteten Schritt zur Fortführung der Kooperation der BA und der Kommunen und freuen uns, dass auch das Optionsmodell, nach dem die Kommunen in eigenverantwortlicher Aufgabenwahrnehmung das SGB II vollziehen, erhalten bleiben soll, so Präsident Landrat Theo Zellner am Rande der Präsidiumssitzung in München.

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts Ende 2007, dass die Arbeitsgemeinschaften zwischen BA und Kommunen eine nicht mit dem Grundgesetz vereinbare Mischverwaltung darstellen, hat zu äußerst streitigen Diskussionen zwischen den Ländern und dem Bund, aber auch den Ländern untereinander geführt. Mit dem o. g. Beschluss haben sich die Länderminister nun einstimmig darauf geeinigt, die Nachfolgeorganisationen der ARGEn als einen einheitlichen Personalkörper zu erhalten und dafür ei-

ne verfassungsrechtliche Grundlage zu schaffen.

„Als sehr positiv werte ich, dass die Verfassungsänderung nicht die Föderalismusreform und deren generelle Entflechtung der Verwaltungen von Bund und Ländern/Kommunen in Frage stellen soll und die ursprünglich ins Spiel gebrachten Kooperativen Jobcenter aufgegeben wurden“, so Zellner. Auch das bisherige Optionsmodell, nach dem 69 Optionskommunen das SGB II selbständig vollziehen, soll weiter erhalten und durch den Gesetzgeber ausgeweitet werden können.

Projekt AdaptAlp-Computersimulation:

Bessere Planungssicherheit für Alpengemeinden

Genauere Klimaszenarien

Künftig individuelle Vorhersagen für jedes einzelne Bergtal

Mit bis zu vier Mal genaueren Klimasimulationen im Projekt „AdaptAlp“ will der Freistaat die Auswirkungen von Starkregen und Dürren im bayerischen Alpenraum präziser als bisher vorhersagen. Darüber informierte Bayerns Umweltminister Otmar Bernhard den Parlamentarischen Staatssekretär des Bundesumweltministeriums, Michael Müller, auf der Umweltforschungsstation Schneeföhnhaus.

Der Klimawandel führe in den Alpen vermehrt zu Starkregen, gleichzeitig drohe durch die abschmelzenden Gletscher manchen Alpengemeinden ein Wassermangel. Die bisherigen Simulationsprogramme konnten aber nur für 100 Quadratkilometer große Areale Vorhersagen treffen. Das ist für eine kleine Alpengemeinde nicht genau genug, die gegen ein Starkregen-Hochwasser Schutzmaßnahmen planen will.

Wasserhaushaltsmodelle

Gleiches gilt für die Wasserhaushaltsmodelle, um Dürren in der Zukunft präzise genug vor-

hersagen zu können. „Mit den neuen Simulationen sind künftig individuelle Klima-Vorhersagen für jedes einzelne Bergtal möglich. Je kleinräumiger das Klimaprognosemodell, desto qualifizierter die Schutz- und Vorsorgeplanung der Gemeinde“, so Bernhard. Das im September beginnende alpenweite EU-Forschungsprojekt wurde von Bayern initiiert. Der Freistaat beteiligt sich mit 800.000 Euro, 2 Millionen Euro stammen aus EU-Mitteln.

Zusätzlich zu den genaueren Klima-Szenarien erhöht Bayern mit Gefahrenhinweiskarten über Steinschläge, Felsstürze und Erdrutsche die Planungssicher-

TouPLUS Bayern

Der Tourismus ist für viele ländliche Regionen Bayerns ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Um den aktuellen Boom beim Städtetourismus noch stärker für die umliegenden Regionen zu nutzen, gab Bayerns Wirtschaftsstaatssekretär Markus Sackmann nun den Startschuss für den Wettbewerb TouPLUS Bayern. Der Preis würdigt herausragende Leistungen bei touristischen Stadt-Umland-Kooperationen.

Bewerben können sich alle Kommunen, touristischen Unternehmen und touristischen Organisationen, die im Freistaat aktiv dazu beitragen, dass Gäste auf touristische Angebote sowohl in den Städten als auch in deren Umland aufmerksam gemacht werden. Der Preis wird in Gold, Silber und Bronze für aktuelle Projekte vergeben. Für langjährig praktizierte touristische Kooperation gibt es einen Ehrenpreis.

Einsendeschluss für Bewerbungen ist der 5. September 2008. Alle weiteren Informationen und die Möglichkeit sich zu bewerben gibt es in Internet unter: www.touplus.bayern.de. **□**

Versammlungsrecht bleibt strittig

Regierungsvorlage des Gesetzes von der CSU mit Änderungen gebilligt - Opposition prüft Verfassungsklage

Die letzte Sitzungswoche des 15. Bayerischen Landtags war nochmals geprägt von teilweise heftigen Auseinandersetzungen, insbesondere um das neue Versammlungsgesetz. Staatsregierung und CSU sehen in ihm die aktuelle Fortschreibung des Bundesgesetzes von 1953 vor allem zur Bekämpfung des Rechts-extremismus. Für die Opposition sind einige Bestimmungen Eingriffe in das Grundrecht der Versammlungsfreiheit. Die CSU gab dem Regierungsentwurf dann mit einigen Korrekturen die Zustimmung mit Wirkung ab 1. Oktober dieses Jahres. Die Opposition lehnte das Gesetz unter Berufung auf zahlreiche Eingaben von Gewerkschaften, Richter- und Anwaltsvereinigungen, sozialen Gruppen und auch vom Bayerischen Journalistenverband ab. Geprüft wird eine Klage beim Verfassungsgericht.

In der achtstündigen Schlussberatung betonte Innenminister Joachim Herrmann nochmals, es sei nicht Ziel des im Zuge der Föderalismusreform möglich gewordenen Landesgesetzes, friedliche Kundgebungen zu behindern. Vielmehr wolle und müsse man gewalttätigen Chaoten wirksamer begegnen als nach dem Bundesgesetz möglich.

Erfahrungen der Polizei

Der Minister berief sich auf die Erfahrungen der Polizei und der Kreisverwaltungsbehörden. Nach dem bayerischen Gesetz müssen Versammlungen in der Regel mindestens 72 Stunden vorher angemeldet werden und die Veranstalter haben den Behörden detaillierte Angaben über Ort und voraussichtliche Teilnehmerzahl zu machen. Uniformen oder andere einheitliche Kleidung von Teilnehmern sind verboten, wenn sie bedrohlich wirken, etwa mit Symbolen und Parolen bedruckte Jacken und Springerstiefel. Die Polizei kann Aufnahmen machen und Daten eine bestimmte Zeit speichern.

Herrmann unterstrich, das Gesetz hindere demokratische Gruppen, zum Beispiel die Pfadfinder, nicht am Zusammenkommen.

Massiver Eingriff

SPD-Fraktionschef Franz Maget und Rechtsexperte Franz Schindler sprachen dagegen von einem massiven Eingriff in ein demokratisch geschütztes und

garantiertes Grundrecht. Das gewiss nicht optimale alte Bundesgesetz sei vergleichsweise besser. Die Grünen waren demonstrativ zur Gesetzes-Endberatung in T-Shirts mit dem aufgedruckten Artikel 113 der Bayerischen Verfassung, der die Versammlungsfreiheit konstituieren, und dem Zusatz „Wir sind so frei“ erschienen, was die abwechselnd amtierenden Landtagsvizepräsidenten Peter Paul Gantzer und Barbara Stamm als nicht der Kleiderordnung des Hohen Hauses entsprechend missbilligten.

Grünen-Fraktionschefin Margarete Bause war mit der SPD einig. Sie verwies insbesondere darauf, dass die rund 250 Eingaben gegen das Gesetz im Rechtsausschuss nicht behandelt sondern nach Verabschiedung des geänderten Regierungsentwurfs für erledigt erklärt wurden. Dies ist für beide Oppositionsfraktionen ein Grund, eine Verfassungsklage zu prüfen.

Änderungsvorschläge

Für die CSU stellten sich die Rechtsexperten Peter Welnhöfer und Thomas Obermeier positiv zur Grundlinie des Gesetzes, verwiesen jedoch auf die Änderungs-vorschläge ihrer Fraktion. Was die Petitionen betrifft, erachteten sie es als rechtmäßig, erst das Gesetz zu beschließen. Die Gegenargumente seien aber durchaus zuvor zur Kenntnis genommen worden.

Eilversammlungen

Die Änderungen der CSU betreffen u. a. die Anmeldefrist. Im Regierungsentwurf waren 48 Stunden vorgesehen. „Klargestellt“ hat die CSU auch, dass Daten von Versammlungsordnern erst dann angemeldet werden müssen, wenn Zweifel bestehen, dass sie zu dieser Funktion geeignet sind. Die Anmeldung von „Eilversammlungen“ kann nach den CSU-Korrekturen auch telefonisch erfolgen. Damit sollen z.B. gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen unbeschadet bleiben.

Die Grünen hatten einen eigenen Gesetzentwurf eingebracht, von der SPD lag ein umfangreicher Änderungsantrag vor. Sie wurden in Zweiter und Dritter Lesung abgelehnt. **rm**

Wir gratulieren

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Alfons SatzI
84101 Obersüßbach
am 1.8.

Bürgermeister Alfons Biber
87739 Breitenbrunn
am 2.8.

Bürgermeister Franz Meier
83556 Griesstätt
am 9.8.

Bürgermeister Michael Volkert
97243 Bieberehren
am 10.8.

Bürgermeister Helmut Roch
91456 Diespeck
am 30.7.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Helmut Himmler
92348 Berg
am 1.8.

Oberbürgermeister
Dr. Siegfried Balleis
91052 Erlangen
am 4.8.

Bürgermeister
Hendrik Dressel
96145 Seßlach
am 11.8.

Bürgermeister Willi Renner
91738 Pfofeld
am 29.7.

Bürgermeister Michael Geck
97529 Sulzheim
am 30.7.

Bürgermeister
Bernd Steiner
89428 Syrgenstein
am 31.7.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Jürgen Seitz
63796 Kahl am Main
am 29.7.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Ewald Seifert
94363 Oberschneiding
am 5.8.

Hinweis in eigener Sache:

Unsere Datenbank ist derzeit unvollständig. Wenn Sie als neugewählte Bürgermeisterinnen und Bürgermeister mit der Bekanntgabe Ihres runden Geburtstags einverstanden sind, bitten wir um Mitteilung.

Ab in die Sonne!

**Buchen Sie Last-Minute-Schnäppchen
direkt im Internet unter
www.1a-preisvergleichreisen.de**



Gemeinsam unterwegs im Ausstellerbereich des Bayerischen Genossenschaftstags im Münchener ICM-Kongresszentrum: Staatsminister Markus Söder und der Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern, Dr. Stephan Götzl.

109. Verbandstag des Genossenschaftsverbands Bayern:

Starker Partner in unsicheren Zeiten

Ehrenamtlicher Präsident Konrad Irtel: „Verlässliches Geschäftsmodell“

Für die 1.114 bayerischen Genossenschaften ist soziales und gesellschaftspolitisches Engagement keine Modeerscheinung, sondern von jeher Kern ihrer unternehmerischen Ausrichtung. „Genossenschaften haben die Verantwortung für ihre Mitarbeiter, ihre Kunden, ihre Mitglieder sowie Städte und Kommunen, ihre Heimat stets ernst genommen“, stellte Konrad Irtel, ehrenamtlicher Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern, beim 109. Verbandstag in München fest. „Den Genossenschaften sind Bayern und seine Bürger seit über 150 Jahren und auch in Zukunft eine Herzensangelegenheit.“

Genossenschaftliche Verantwortung und Bedeutung werde in vielerlei Hinsicht deutlich, betonte Irtel. Genossenschaften gäben Menschen auch in strukturschwachen Gebieten einen sicheren Arbeitsplatz. Eine Million Beschäftigte seien direkt und indirekt mit genossenschaftlichen Unternehmen in Bayern verbunden. 67.000 Menschen arbeiteten unmittelbar bei bayerischen Genossenschaften. Vor allem ländliche Regionen profitierten von der Kaufkraft der Mitarbeiter; regionale Wirtschaftskreisläufe würden so gestärkt. Auch werde Bildung als Zukunftsinvestition ernst genommen: Mit rund 4.000 Auszubildenden sei die Genossenschaftsorganisation einer der bedeutenden Ausbilder.

Engagement für das Gemeinwohl

Allein in Bayern wurden im vergangenen Jahr durch die Volksbanken und Raiffeisenbanken über 14 Millionen Euro für gemeinnützige, sportliche, kulturelle und karitative Zwecke gespendet – ein Sechstel von dem, was die 20-mal größere Deutsche Bank weltweit im letzten Geschäftsjahr gespendet habe. Im Rahmen der Aktion VR-Mobil reichten die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken in den vergangenen zwölf Monaten 320 Autos an soziale, gemeinnützige und karitative Organisationen weiter.

Kommunen profitieren

Irtel zufolge sichern Genossenschaften durch ihre Investitionen wirtschaftliche Zukunft und Wettbewerbsfähigkeit in vielen Teilen Bayerns. Jedes Jahr stellten sie circa 300 Millionen Euro für Investitionen bereit. Davon profitierten in erster Linie kleine und mittlere Unternehmen sowie deren Arbeitnehmer. Bayerische Genossenschaften gehörten auch zu den bedeutenden regionalen Steuerzahlern: Mit ca. 650 Millionen Euro Gewerbesteueraufkommen seit dem Jahr 2000 profitierten vor allem die Kommunen. Jede Schule, jeder Kindergarten und jede Gemeindestraße im Freistaat sei von Genossenschaften mitfinanziert.

„Nicht ohne Grund ist jeder vierte Erwachsene in Bayern Mitglied einer Genossenschaft“, so der Präsident. Allein die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken betreuten bayernweit sieben Millionen Kunden. Insgesamt engagierten sich 5.740 Aufsichtsräte ehrenamtlich bei bayerischen Genossenschaften.

Selbstverantwortung

„Mit ihren genossenschaftlichen Prinzipien sind Genossenschaften so aufgestellt wie wir uns Bayern wünschen“, hob Irtel hervor. Ideale der Selbstverantwortung, der Selbstverwaltung und der Selbsthilfe seien Vorbild für ein modernes Staatsverständnis. Konkret bedeute dies: „Genossenschaften stehen für einfache und unkomplizierte Strukturen“ und - übertragen auf den Staat - „wir wünschen uns mehr Deregulierung und weniger Bürokratie.“

Vorbild Genossenschaften

Darüber hinaus plädierten die Genossenschaften für „eine Politik, die zuhört und die Anliegen der Menschen im Auge behält, ohne in populistische Phrasen zu verfallen“, mehr Planungssicherheit, vernünftige Zukunftskonzepte, einen langfristig denken und handelnden Staat mit soliden Finanzen, einen Staat, der die Menschen zu mehr bürgerlichem und politischem Engagement ermutigt und schließlich ein Land, „in dem Solidarität mit wirklich Hilfsbedürftigen gelebt wird, ohne Wohltaten großflächig mit der Gießkanne zu verteilen“.

„Wer Bayern und vor allem Deutschland erfolgreich gestalten will, sollte sich also Genossenschaften zum Vorbild nehmen“, hob Irtel hervor. Genossenschaften seien eine Blaupause dafür, wie man einen Staat im Sinne der Bürger organisieren kann.

„Genossenschaften praktizierten ein nachhaltiges und verlässliches Geschäftsmodell. Das mache sie in unsicheren Zeiten zu starken Partnern. Stellvertretend für die genossenschaftliche Organisation hätten das die Volksbanken und Raiffeisenbanken in den zurückliegenden Monaten gezeigt. „Ihnen und damit ihren

Kunden - konnten die Verwerfungen auf den internationalen Finanzmärkten nichts anhaben.“

Mittelstand entlasten

Für wirtschaftsfreundliche Lösungen, die insbesondere den Mittelstand entlasten, setzt sich auch die bayerische Staatsregierung ein. Dies versicherte in seinem Grußwort Staatsminister Markus Söder. Dabei ginge es neben einer Senkung der Steuerquote und einer Steuerreform, die unter dem Strich mehr Netto für alle zum Ziel habe, auch um die Reduzierung des bürokratischen Aufwands, der für viele Unternehmen nicht mehr tragbar sei. In diesem Zusammenhang versprach der Minister auch seinen vollen Einsatz für einen mittelstandsfreundlichen Kompromiss bei der Erbschaftsteuer.

Programm BayernFIT

Ein besonderes Anliegen sei der Regierung Beckstein auch das Thema Bildung. Mit dem neuen Programm „BayernFIT-Forschung, Innovation, Technologie“ leite man die für den Bau des Transrapid vorgesehenen Privatisierungsmittel in Höhe von 490 Millionen Euro nunmehr in Spitzentechnologie-Projekte im ganzen Freistaat.

Anzeigen in der GZ

Ihre Ansprechpartnerin:
Viktoria Bertele

Telefon: 08171/9307-11

Fax: 08171/80514

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

eMail: info@gemeindezeitung.de

Guido Westerwelle, Fraktionsvorsitzender der FDP im Deutschen Bundestag, verlangte ebenfalls Steuerentlastungen für die Mittelschicht. Die Diskussion um die Erbschaftsteuer gehe an der Realität vorbei. Auch die Abgabenlast im Energiesektor belaste Bürger und Unternehmen über Gebühr. Grundsätzlich gelte es, die Schwachen vor den Starken und die Fleißigen vor den Faulen zu schützen.

In der von Tilman Schöberl geleiteten Diskussionsrunde erörterten Westerwelle, GVB-Präsident Dr. Stephan Götzl und Karl Homann, Professor für Wirt-

GZ Kolumne Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

Nun ist soweit: Seit dem 1. Juli können Kommunen Anträge auf eine Förderung für Planungsarbeiten und Machbarkeitsstudien zum Ausbau des Breitbandnetzes stellen. Ebenso sollen Investitionen in Breitbandinfrastrukturen in ländlichen Gebieten gefördert werden. Auf die entsprechende Richtlinie, die das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie in Abstimmung mit dem Bayerischen Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten sowie dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz erarbeitet hat, warten die Kom-



KPV Bayern fordert in diesem Zusammenhang eine rasche und reibungslose Genehmigung, vor allem auch mit Blick auf die Wettbewerbs- und Chancengleichheit der Wirtschaftsbetriebe in den ländlichen Regionen. Nur eine Förderung über das gesamte Gemeindegebiet hinweg bedeutet einen nachhaltigen Beitrag zur Stärkung des ländlichen Raumes!

Nachdem viele Gemeinden bereits seit Monaten auf die angekündigte Breitbandförderung gewartet haben, freut es

mich, dass nun endlich der Startschuss gefallen ist und vor allem Gemeinden, die noch über keine schnelle Internetanbindung verfügen, nun nicht mehr länger auf staatliche Hilfen beim Breitbandausbau warten müssen. Der Freistaat Bayern will insgesamt 19 Mio. Euro für die Förderung von Lösungen, wo kein Anbieter ohne Zuschuss eine Breitbandverbindung ausbaut, bereitstellen. Hoffen wir, dass dieser Betrag für eine flächendeckende Breitbandversorgung aller Kommunen, privaten Haushalte und Unternehmen ausreicht, um möglichst schnell die Warteliste abzubauen.

Informationen zur Breitbandinitiative gibt es bayernweit in insgesamt neun Regionalkonferenzen. Neben Anbietern von Telekommunikationsdienstleistungen sind dort auch Anbieter von Planungsleistungen vertreten. Somit besteht die Möglichkeit, dass die Kommunen erste Kontakte zu Planungsbüros aufnehmen um anschließend ihre Förderungsanträge bei den Bezirksregierungen einzureichen. Flächendeckende leistungsfähige Breitbandanschlüsse sind seit langem ein zentrales Anliegen der KPV, das nun hoffentlich entsprechend vorangetrieben werden kann.

Ihr Stefan Rößle

Start der Breitbandförderung

munen schon seit Ende April. Zu diesem Zeitpunkt sollte die Notifizierung durch die EU-Kommission bereits erfolgt sein. Dies ist bis heute zwar immer noch nicht der Fall, aber immerhin ist mit der Bezuschussung vorbereiteter Maßnahmen wie Planungsarbeiten und Machbarkeitsstudien ein erster wichtiger Schritt getan, dem weitere folgen müssen.

Aber Vorsicht: Die Bezuschussung gilt nicht automatisch für das gesamte Gemeindegebiet. Ausgenommen sind immer noch Förderungen von Investitionen in Gewerbegebieten und in gewerblich geprägten Mischgebieten, und zwar solange bis die Förderrichtlinie durch die Europäische Union in Brüssel genehmigt ist. Die

„Limburger Erklärung“ des Verbands deutscher Musikschulen:

Für Stärkung der Infrastruktur

Auf der Hauptarbeitsstagung und Bundesversammlung des Verbandes deutscher Musikschulen (VdM) in Limburg standen die aktuelle und zukünftige Arbeit der öffentlichen Musikschulen im Mittelpunkt. Einen wichtigen Stellenwert nehmen dabei musikalische Bildungsoffensiven ein, mit denen breite Bevölkerungsgruppen mit einem qualitativ akzeptablen Grundangebot musikalischer Bildung erreicht werden können.

Wichtige Inhalte der Hauptarbeitsstagung des VdM waren die „Musikalische Bildung von Anfang an“ sowie die Kooperationen von Musikschulen und allgemein bildenden Schulen. Zur „Musikschule in der kommunalen Bildungslandschaft“ hielt der Beigeordnete des Deutschen Städtetages für Bildung, Kultur und Sport, Klaus Hebborn, ein Impulsreferat. Weitere Themen der Tagung waren „Musikschulen und interkultureller Dialog“

sowie „Musik im 3. Lebensabschnitt“.

In einer vom VdM verabschiedeten sog. Limburger Erklärung hat der Verband die Politik aufgefördert, notwendige Voraussetzungen und Bedingungen für eine qualitativ angemessene und zugangsoffene musikalische Bildung in ganz Deutschland zu schaffen. Neue und viel versprechende Konzepte zur Verstärkung von musikalischer Bildung in Deutschland wiesen in den Ländern unterschiedliche Ansätze und Ziele auf. Diese müssten nach Auffassung des VdM jedoch den erforderlichen Anforderungen an Qualität, Nachhaltigkeit, Übertragbarkeit und Zugangsoffenheit genügen.

Infrastruktur sichern

Daher hat der Verband Länder und Kommunen dazu aufgerufen, gerade angesichts dieser Aufgabenstellung die Infrastruktur der öffentlichen Musikschulen zu sichern und zu entwickeln. Dazu zählten der Erhalt und der Ausbau von qualifizierten Arbeitsverhältnissen für Musikschullehrkräfte, die mit ihrem persönlichen Einsatz und ihrer Fachkompetenz unverzichtbarer Bestandteil professioneller Musikschularbeit seien.

Um Kontinuität und Qualität dieses musikalischen Bildungsangebots zu sichern, bedürfe es insbesondere vor dem Hintergrund von Sparmaßnahmen- und Vorgaben in Ländern und Kommunen gesetzlicher Regelungen. Die finanzielle Förderung der öffentlichen Musikschulen durch Länder und Kommunen sei unumgänglich, um den Zugang für Kinder und Jugendliche aller Schichten zu ermöglichen.

Eine entsprechende Empfeh-

lung habe auch die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ des Deutschen Bundestages gegeben. Ebenso sei es erforderlich, die Ausbildung an den Hochschulen und Universitäten durch die Verstärkung der musikpädagogischen Studiengänge auf die neuen Erfordernisse auszurichten.

Vernetzung

„Musikalische Bildung ist eine wesentliche Voraussetzung für die Teilhabe des Menschen an Kunst und Kultur“, heißt es in der Erklärung. Musikalische Bildung in der Vernetzung von Schule und Musikschule erfordere eine Abstimmung der verschiedenen pädagogischen und strukturellen Plattformen beider Bildungseinrichtungen, bis hin zu einer veränderten Rhythmisierung des Unterrichts in der Schule.

Dazu Winfried Richter, Vorsitzender des Verbandes deutscher Musikschulen: „Der VdM sieht die Politik in der Verantwortung für eine umfassende Förderung der öffentlichen Musikschulen zur Entwicklung nachhaltiger Strukturen für diesen zugangsoffenen Bildungsansatz. Denn diese dient als Investition in die nahe Zukunft eines Bildungs- und Kulturstaaes, in dem die Entwicklung der Zivilgesellschaft wesentlich durch kreative und kulturelle Kompetenz bestimmt wird.“

Die rund 950 öffentlichen Musikschulen im VdM sind bundesweit an mehr als 4.000 Standorten vertreten. An ihnen werden jährlich über eine Million Kinder, Jugendliche und Erwachsene nach hohen Qualitätsstandards im Singen und Musizieren unterrichtet. Die öffentlichen Musikschulen sind damit die Bildungsinstitutionen, die die weitestgehende musikalische Breiten- und Spitzenförderung in ganz Deutschland bewirken. Als solche sind sie von zentraler Bedeutung für die musisch-kulturelle Bildung der Kinder und Jugendlichen in Deutschland. **DK**

KGSt-Forum 2008:

„Wir verbinden Kommunen“

Alle drei Jahre präsentiert die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement KGSt mit dem KGSt-FORUM aktuelle Arbeitsergebnisse und Themen der zukünftigen Kommunalentwicklung. Heuer war das von Städten, Gemeinden und Kreisen gemeinsam getragene Entwicklungszentrum mit seinem dreitägigen Kongress zu Gast in Bremen.

Nach der Forums-Eröffnung durch den Verwaltungsratsvorsitzenden der KGSt, Erlangens Oberbürgermeister Dr. Siegfried Balleis, lag das Augenmerk auf der Dokumentenlogistik als Querschnittsansatz zur Verwaltungsmodernisierung. Basierend auf einer von der Deutschen Post AG geförderten Forschungsstudie, die in den vergangenen beiden Jahren in der Freien Hansestadt Bremen durchgeführt wurde, zeigte Prof. Dr. Christopher Jahns von der European Business School die elementare Bedeutung eines integrierten Dokumentenlogistikansatzes für die Optimierung sowohl interner, als auch bürgerorientierter Verwaltungsprozesse auf.

Zentrale Erfolgsfaktoren

Jahns zufolge werden die Kosten und vor allem die Qualität von Informationsfluss, -aufbereitung, -bereitstellung und -archivierung zu zentralen Erfolgsfaktoren für Dienstleistungsorganisationen in der entwickelten Informationsgesellschaft. Die zentrale Fragestellung lautet, wie auf Basis neuer informationstechnologischer Möglichkeiten ein Reorganisationsansatz und eine Implementierungsstrategie für Kommunalverwaltungen entwickelt werden kann.

Themenfelder

Unter dem Motto „Wir verbinden Kommunen“ gliederte sich der Kongress in sechs Themenfelder. Die KGSt führte unterschiedliche Perspektiven aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung zusammen, ermutigte die Kommunen zum Lernen untereinander und stellte die Notwendigkeit einer Vernetzung von Wissen heraus.

Themenfeld 1: Vernetzte Kommune - wir verbinden Partner

Kommunen handeln selbstständig, im Zusammenwirken mit anderen Kommunen sowie mit Partnern aus verschiedensten Bereichen. Die Möglichkeiten und Chancen einer Vernetzung der Partner sowie von Wissen mit und ohne Nutzung der Infor-

mationstechnik waren Grundlage für Veranstaltungen in diesem Themenfeld.

Themenfeld 2: Konzern Stadt- wir verbinden kommunale Bilanz und Steuerung

Die vergangenen Jahre haben weiter betriebswirtschaftliches Denken und Handeln in die Verwaltung gebracht. Die Einführung der Doppik wird die Finanzsteuerung verbessern und insgesamt helfen, ein ganzheitliches, wirkungsorientiertes Steuerungssystem in den Verwaltungen zum Leben zu erwecken. Das Neue Kommunale Finanzwesen bekommt damit eine zentrale Bedeutung für ein an Zielen orientiertes Handeln. Insofern wurden hier Themen gebündelt, die sich mit den Entwicklungen, Perspektiven und Lösungen der ganzheitlichen Steuerung einer Kommune an sich und mit allen ihren Beteiligungen auseinander setzen.

Themenfeld 3: Demografischer Wandel - wir verbinden kommunales Handeln mit Sicherung der Zukunft

Die Bevölkerungsprognosen sind lange bekannt, jetzt muss gehandelt werden. Die demografische Entwicklung ist ein Treiber bzw. eine neu wahrgenommene Rahmenbedingung, unter der die Managementfelder Organisation, Personal, Finanzen und Informationstechnik konstruktiv und nachhaltig gestaltet werden. Wenn es um bürgerschaftliches Engagement geht, will Köln anderen deutschen Städten ein leuchtendes Beispiel sein. Hierzu stellten Susanne Kunert, Leiterin der Kommunalstelle Förderung und Anerkennung des bürgerschaftlichen Engagements im Amt des Oberbürgermeisters, und Claudia Düx vom Personalamt der Stadt Köln Projekte wie „StadtAktiv“ und „Ehrenamt im Ruhestand“ vor.

Programm „StadtAktiv“

Oberbürgermeister Fritz Schramma hatte im Jahr 2002 das Programm „StadtAktiv“ eingeführt, um das ehrenamtliche

Engagement der städtischen Beschäftigten zu unterstützen und neue Potenziale zu fördern. Die Beschäftigten der Stadt werden für einen Tag im Jahr von ihrer eigentlichen Arbeit freigestellt und können so ihre Arbeitskraft, ihre Zeit und ihr Fachwissen gemeinnützigen Zwecken zur Verfügung stellen.

Ehrenamt im Ruhestand

Die Initiative „Ehrenamt im Ruhestand“ hatte Schramma Ende 2007 ins Leben gerufen, um ehemalige Mitarbeiter der Stadt Köln zu motivieren, sich nach der beruflichen Phase bürgerschaftlich zu engagieren. 250 Pensionäre und städtische Mitarbeiter kurz vor dem Ruhestand hatten sich gemeldet und Interesse gezeigt, bürgerschaftlich aktiv zu werden. Im April fand hierzu im Rathaus ein Workshop statt.

Themenfeld 4: Ziele und Steuerung - wir verbinden Potenziale mit Erfolg

Handeln ohne Ziele ist genauso unbefriedigend wie Ziele zu haben, ohne zu handeln. Kann man eine Kommunalverwaltung steuern, ohne Ziele zu haben? Brauchen Kommunen nicht Ziele, die operationalisiert sind, um die vorhandenen Potenziale nach Prioritäten geordnet einzusetzen und kommunales Handeln zukunftsfähig zu machen? Antworten darauf waren Gegenstand in diesem Themenfeld.

Themenfeld 5: Kommunen in Europa - wir verbinden internationales Wissen zum Wohle der Menschen

Ein großer werdendes und stärker zusammenwachsendes Europa bringt auch Kommunen näher zueinander. Das Denken und Handeln in Regionen nimmt zu, staatliche Grenzen spielen dabei nachrangige Rollen. Wis-

(Fortsetzung von Seite 1) lismuskommision erwäge, die Gesetzgebungskompetenz für Grund- und Gewerbesteuer vom Bund auf die Länder zu übertragen. Damit könnte jedes Bundesland selbst bestimmen, ob es eine Gewerbesteuer erhebt und wie es die Steuersätze bemisst. „Das würde ein Steuerchaos in Deutschland auslösen und den Ruf nach völliger Abschaffung

Regionalmanagement zu fördern und einen Wettbewerb der Regionen auszuloben.

Wie Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein in seiner Grundsatzrede ankündigte, werde er die Bildungspolitik in den Mittelpunkt seines Wahlkampfes für die Landtagswahl Ende September stellen. „Wir wollen die Spitzenstellung Bayerns als Wissenschaftsstandort ausbauen. Das ist unser erstes und wichtigstes Ziel“, sagte Beckstein.

Angebote ausbauen

Im Falle eines Wahlsiegs in der kommenden Legislaturperiode werde er Schulklassen verkleinern und die vorschulischen Angebote deutlich ausbauen. So wie er als bayerischer Innenminister die Sicherheitspolitik in Deutschland „entscheidend“ mitgeprägt habe, wolle er jetzt einen „Beitrag dazu leisten, dass jeder sagt, Bayern ist Bildungsland Nummer 1“. Für ihn sei Bildung die „Sozialpolitik des 21. Jahrhunderts“. **DK**

SGK-Landesvorstand bezieht Position:

Schulstandorte erhalten und Ganztagschulen ausbauen

Für Atomausstieg und Pendlerpauschale

„Die Schule muss im Dorf bleiben!“ - dieses Fazit stand am Ende der Diskussion im Vorstand der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) Bayern. In einer Presseerklärung heißt es, dass der Verband die Auswirkungen der bayerischen Schulpolitik, „die sich weitgehend konzeptionslos nur von einer Baustelle zur anderen“ bewege „mit Sorge“ verfolge.

Immer mehr Schulstandorte auf dem flachen Land seien gefährdet. Das Hauptschulsterben werde weitergehen, wenn in der Bildungspolitik nicht umgedacht wird. Die SGK präferiert deshalb gemeinsam mit ihrer Landtagsfraktion eine Regionalschule und geht davon aus, dass dann viele Hauptschulstandorte erhalten und unnötig lange Schulwege verhindert werden könnten. Darüber hinaus fordert die SGK Bayern den zügigen Ausbau von Ganztageschulen, vor allem auch im Grundschulbereich. „Hierfür muss der Staat die entsprechenden Finanzmittel bereit stellen“, forderte der SGK-Vorsitzende, Memmingens Oberbürgermeister Dr. Ivo Holzinger. Er kritisierte auch das Modell der „Kombiklassen“, in denen zwei Jahrgangsstufen in einer Klasse zusammengefasst werden.

Die SGK Bayern hält nach wie vor am Ausstieg aus der Atomenergie fest. Die sprunghaft gestiegenen Energiepreise erforderten allerdings flexiblere Lösungen bei der Restlaufzeit der bestehenden Atomkraftwerke in Deutschland, zumal sie zu den sichersten auf der ganzen Welt gehören.

Die SGK Bayern, die über 5.000 bayerische Kommunalpolitiker vertritt, unterstützt auch den Ruf nach der Wiedereinführung der Pendlerpauschale ab dem ersten Kilometer. **DK**

sen wird verstärkt ausgetauscht und soll genutzt werden. Was können wir von unseren Nachbarn lernen? war eine Fragestellung für dieses Themenfeld.

Themenfeld 6: Public Leadership - wir verbinden Werte der Gesellschaft mit den Anforderungen der Zukunft

Führungskräfte in der Verwaltung müssen auf Veränderungen im Umfeld und auf die Anforderungen der Beschäftigten gleichermaßen reagieren und diesen gerecht werden. Der öffentliche Bereich sollte eine Vorbildfunktion auf dem Weg zu einem Wertewandel in Gesellschaft und Wirtschaft übernehmen und deutlich machen, dass steigende Leis-

tungsfähigkeit nicht zu Lasten des Gemeinwohls gehen muss.

In rund 90 Veranstaltungen wurden die Themen des Kongresses u. a. mittels Fachvorträgen, Workshops und Diskussionsforen unterschiedlich präsentiert. In einer begleitenden Fachausstellung bot die KGSt Unternehmen und Institutionen die Möglichkeit, ihre innovativen Produkte, Lösungen und Dienstleistungen für die Kommune von Morgen zu zeigen. Die Bayerische Verwaltungsschule beispielsweise präsentierte ihr fachliches und fachübergreifendes Fortbildungsangebot für die öffentliche Verwaltung und deren Unternehmen.

Weitere Informationen unter www.kgst.de **DK**

Die Kraft kommt aus ...

der Gewerbesteuer wieder laut werden lassen“, meinte Ude: „Die wichtigste Einnahmequelle der Kommunen darf nicht durch die Hintertür abgeschafft werden.“

Wachsam bleiben

Kaum, dass die Reform der Unternehmensteuer in Kraft getreten sei, flatterten schon wieder Lobbybriefe auf den Tisch von Parlamentariern. Die Lobbyisten verlangten, die Stabilisierung der Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer wieder auszuhebeln. Für die Städte bedeutet dies laut Ude: „Wir müssen wachsam bleiben - gegen viele Seiten.“ Die positive Entwicklung sei offensichtlich, fuhr der Deutsche Städtetagspräsident fort. Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer seien durch die gute konjunkturelle Entwicklung bundesweit im Jahr 2007 auf 33 Milliarden Euro gestiegen. Die Städte investierten wieder. „Es wäre töricht und verantwortungslos, die Gewerbesteuer anzutasten und den kommunalen Investitionsaufschwung zu gefährden.“

Krippenausbau

Was den Krippenausbau angeht, so soll sich der Freistaat nach Auffassung des Bayerischen Städtetags an den Betriebskosten beteiligen, „schlagen diese doch kräftig zu Buche“. Investitionskosten fielen nur einmal an, Betriebskosten immer. Nach Schätzungen des Städtetags belaufen sich die zusätzlichen jährlichen Betriebs-

kosten ab dem Jahr 2013 auf etwa 680 Millionen Euro.

Der Städtetag schlägt vor, dass Bund, Freistaat und Kommunen je ein Drittel der Kosten für den Betrieb von Krippen tragen. Die Zeit dränge, denn bereits ab dem 1. Januar 2009 sollen für die zusätzlichen Krippenplätze Fördermittel des Bundes zur Verfügung stehen. Wenn jetzt nicht auf den gelungenen ersten Schritt bei den Investitionskosten der zweite Schritt mit den Betriebskosten folge, werde den Städten und Gemeinden die Sicherheit für die Planung des weiteren Krippenausbaus fehlen.

Daseinsvorsorge

Stichwort kommunale Daseinsvorsorge: Schaidinger bezeichnete diese als „ein hohes Gut, das wir weiterhin verteidigen müssen“. Die Städte wehrten sich „gegen die schleichende Enteignung unserer Stadtwerke“. Die Gefahren lauerten vor allem in Brüssel. Aber auch die Verbände der privaten Wirtschaft, in letzter Zeit vor allem in der Entsorgungsbranche, ließen nicht locker, machten sie doch die kommunale Daseinsvorsorge in der Öffentlichkeit madig.

Die Städte böten hochwertige Dienstleistungen: bei der Versorgung mit Strom, Gas und Fernwärme, mit frischem Trinkwasser; bei der Beseitigung von Abwasser und Abfall, im öffentlichen Personennahverkehr sowie in der Gesundheitsvorsorge. Hier, so Schaidinger, werde wieder einmal deutlich: „Die Kraft kommt aus den Zentren!“

Ganz oben auf der Agenda müsse das Ziel stehen, die kommunale Selbstverwaltung „europafest“ zu machen, fuhr Schaidinger fort. Die EU-Kommission dürfe den Gehalt der Ergebnisse des Reformvertrags nicht in Frage stellen. „Anzeichen dafür sehen wir aber in Äußerungen der Kommission Ende 2007, als sie wieder einmal ihre alleinige Interpretationshoheit für alle Fragen der Daseinsvorsorge betonte.“ Leider enthalte der Lissabonner Vertrag auch ein „Hintertürchen“, das den Kommunen Probleme bereiten kann: „Der EU-Gesetzgeber kann nämlich die Daseinsvorsorge dann europaweit einheitlich regeln, wenn er die Dienstleistungen als „wirtschaftliche Dienstleistungen“ im Sinne des Reformvertrags deklariert. „Hier müssen wir aufpassen“, mahnte der Städtetagschef und formulierte folgende Botschaft: „Wir brauchen keinerlei Rahmenregelungen aus Brüssel für die Daseinsvorsorge. Was Daseinsvorsorge ist, definieren wir selbst. Und daran muss Brüssel sich halten!“

Kernbestand der Selbstverwaltung

Auch Innenminister Joachim Herrmann erteilte in seiner anschließenden Grundsatzrede allen Überlegungen der EU-Kommission, die Aufgaben der Daseinsvorsorge zu privatisieren, eine klare Absage: „Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge wie z. B. die Trinkwasserversorgung gehören zum Kernbestand der kommunalen Selbstverwaltung. Damit ist es nicht vereinbar, wenn die Europäische Kommission diese Aufgaben für den privaten Wettbewerb öffnen will. Die Trinkwasserversorgung als elementare Leistung für die Gemeinschaft muss in kommunaler Hand bleiben. Wir werden hier Liberalisierungsbestrebungen aus Brüssel auch weiterhin unmissverständlich ablehnen.“

Grundsatz der Subsidiarität

Aber auch in allen anderen Bereichen der kommunalen Daseinsvorsorge - seien es Abwasserentsorgung oder Energieversorgung, soziale oder kulturelle Aufgaben - habe sich die kommunale Aufgabenträgerschaft hervorragend bewährt. Herrmann: „Wir haben inzwischen erreicht, dass in Brüssel verstanden worden ist, dass die Leistungen der kommunalen Daseinsvorsorge nicht irgendein beliebiges Wirtschaftsgut sind. Allgemeine Erklärungen der Europäischen Union, dass dafür vorrangig die Mitgliedsstaaten und nicht Brüssel zuständig sind, reichen nicht.“

Notwendig ist, dass in den Binnenmarktrichtlinien eine klare rechtliche Kompetenz zu Gunsten der Mitgliedsstaaten und Kommunen festgelegt wird. Der Grundsatz der Subsidiarität muss auch hier gelten.“ Die Staatsregierung lehne deshalb auch jedes Bestreben ab, das öffentlich-rechtliche Sparkassenwesen aufzuweichen. Herrmann: „Wir bekennen uns zum öffentlichen Auftrag der Sparkassen, zur öffentlich-rechtlichen Rechtsform, zum Regionalprinzip und zur kommunalen Trägerschaft.“

Ausgefeilte Einsatzplanung

Auch Einnischungen der EU-Kommission in das Feuerwehrwesen trat der Minister entgegen: „Wir brauchen keine eigenen Katastrophenschutzeinheiten der EU. Das ist Aufgabe der Mitgliedsstaaten. Wir haben in Deutschland eine ausgefeilte Einsatzplanung und Vorbereitung vor Ort. Die Feuerwehren und Kommunen leisten hier eine hervorragende Arbeit.“ **DK**

Für ein starkes Bayern ...

(Fortsetzung von Seite 1) ren, angehen.“ Dazu soll vor allem die Verstärkung der frühkindlichen Sprachförderung, mehr Unterstützung für Jugendliche bei der Ausbildungsplatzsuche und geringere Obergrenzen für die Klassengrößen in Hauptschulen mit einem hohen Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund beitragen. Auch soll mit dem Steuerreformkonzept der Wohnungsbau verstärkt gefördert werden.

Leistungsfähige Kommunen

Grundsätzlich werden leistungsfähige Kommunen als „eine Grundvoraussetzung für attraktive Lebensbedingungen in ganz Bayern“ hervorgehoben. Sie gestalteten mit ihren Leistungen von der Wasserversorgung über den Kindergarten bis zur Baugenehmigung das unmittelbare Lebensumfeld der Bürgerinnen und Bürger und die örtlichen Standortbedingungen für Unternehmen. „Wir werden auch künftig im kommunalen

Finanzausgleich dafür sorgen, dass die Finanzausstattung unserer Kommunen im Ländervergleich Spitze bleibt. Dazu gehört auch unser Einsatz für den Erhalt der Gewerbesteuer als wesentliche eigene Steuerquelle der Kommunen“, wird im Regierungsprogramm deutlich gemacht.

Zusammenarbeit

Potenziale für eine Steigerung der Leistungsfähigkeit der Kommunen lägen auch in einer verstärkten interkommunalen Zusammenarbeit. „Wir wollen die Kommunen dabei noch mehr unterstützen.“ Das Wissen und die Initiativkräfte vor Ort sollen künftig noch besser für die Entfaltung vorhandener und zur Entwicklung neuer Stärken genutzt und vernetzt werden. „Dazu werden wir die Unterstützung von regionalen Initiativen zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung vor Ort verbessern.“ Darüber hinaus ist geplant, die Verbreitung von Best-Practice-Beispielen im

Neue Mobilitätspolitik in Bayern:

Impulse und Forderungen

Sommerkolloquium der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum in München

Bayern braucht eine optimierte Verkehrsinfrastruktur: Zu diesem Ergebnis kamen Referenten und Teilnehmer des Sommerkolloquiums 2008, das die Bayerischen Akademie Ländlicher Raum in Zusammenarbeit mit der Technischen Universität München und dem Bayerischen Bauindustrieverband in der TU München veranstaltete.

Der Münchner Philosoph und Univ. Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin bejahte zunächst ein Grundrecht auf Mobilität, gab aber auch zu bedenken, dass dieses nicht nur positiv zu betrachten sei. Im übrigen sei mehr Mobilität nicht immer gleich zu setzen mit mehr Verkehrsinfrastruktur.

Gleichwohl wurde im Kolloquium aber sehr deutlich, dass sich in Bayern im Zeichen der Grenzöffnung und der anhaltenden Globalisierung die Situation nahezu vollständig - dramatisch - geändert habe. Vom Grenzland sei Bayern ins Zentrum Europas gerückt mit allen damit verbundenen positiven und negativen Folgen. Verkehrstechnisch und infrastrukturell sei Bayern dieser veränderten Lage trotz anerkannter Bemühungen von Bundes- und Staatsregierung noch nicht gerecht geworden, wie beispielsweise Vertreter des Landkreises Cham beklagten. Es bestand darin Einigkeit, das sogenannte trimodale System von Schiene, Strasse und Wasser zu optimieren und hierbei a priori die Gesellschaft in einem breiten partizipativen Ansatz zu integrieren, um die notwendige Akzeptanz und übereinstimmende Lösungen zu erzielen.

Günther Schnellbögl, Geschäftsführer der auf die Entwicklung und den Vertrieb von Fahrbahn-, Bahnübergang- und modularen Brückensystemen spezialisierte edilon sedra GmbH, München, plädierte dafür, Bayerns Schienennetz schneller zu machen. Noch gebe es keinen leistungsfähigen Schienengüterverkehr nach Nordosten. Es gelte, „neue Entwicklungspfade vorzudenken“. Auch die „für den ländlichen Raum mangelhafte Erreichbarkeit“ der internationalen

Flughäfen wurde von Schnellbögl moniert. Fahrtzeiten von bis zu zwei Stunden zum nächstgelegenen internationalen Airport sprächen eine deutliche Sprache. Dringend benötigte der ländliche Raum auch die Anbindung von IC und ICE. So betrügen die Reisezeiten zum jeweils nächstgelegenen IC/ICE-Bahnhof teils über eine Stunde.

Breitbanderschließung

Dass Breitbanderschließung ein zusätzliches „Verkehrsmittel“ im Flächenstaat Bayern darstellt, darauf verwies Dr. Hans-Martin Rummenhohl, Leiter Regionales Verbindungsbüro Süd der T-Com. Mit immerhin 96 Prozent DSL-Abdeckung liege Bayern über dem Bundesdurchschnitt: 5,53 Mio. Kunden könnten DSL erhalten. Die „gefühlte“ sei schlechter als die tatsächliche Versorgung. Eine vollständige Erschließung erfordere eine hohe Erweiterung, so Rummenhohl. Die T-Com arbeite daran, die Quantität weiter zu verbessern: „Weiße Flecken“ würden Stück für Stück gefüllt. Eine DSL-Anbindung unversorgter Gebiete, die wirtschaftlich nicht ausbaubar sind, könne über Kooperationen erfolgen.

Künftig, so Rummenhohl, würden hohe Bandbreiten überall benötigt. Bis 2012 soll sich nach einer Studie von cisco (weltweit führender Anbieter von Networking-Lösungen) der Verkehr im Internet gegenüber 2007 versechsfachen. Im Endkundenbereich (Zugangsnetz) verdoppelt er sich alle 6 bis 9 Monate. Der Grund hierfür seien vor allem Online-Videos. Der Anteil des mobilen Datentransfers soll bis 2012 auf rund 50 Prozent ansteigen. **DK**



E.ON Bayern Umweltpreis 2008

Im Rahmen eines Festaktes in der Allerheiligen-Hofkirche in München wurde zum vierten Mal der E.ON Bayern Umweltpreis verliehen. Über den mit 50.000 Euro dotierten Hauptpreis für das Wissenschaftszentrum Freising-Weihenstephan freuen sich (von links) die Mitarbeiter Norbert Zierer (Diplomand), Dr.-Ing. Jens Voigt (Projektleiter) und Dipl.-Ing. Benjamin Haeffner (technisch-wissenschaftlicher Projektgenieur). In ihrer nächsten Ausgabe wird die Bayerische Gemeindezeitung in einer Beilage den E.ON Umweltpreis ausführlich dokumentieren. **□**

6. Münchner Verkehrspodium:

Perspektiven für die Mobilität von morgen

Ein moderner Wirtschafts-, Medien- und Technologiestandort wie der Großraum München braucht zukunftsorientierte und im internationalen Vergleich konkurrenzfähige Verkehrslösungen, die den Anforderungen an eine mobile Gesellschaft gerecht werden. Auf dem „6. Münchner Verkehrspodium“ im Konferenzzentrum München der Hanns-Seidel-Stiftung analysierten Experten die Verkehrssituation in und um die Landeshauptstadt und stellten insbesondere Perspektiven für die Mobilität von morgen vor.

Joseph Seybold von der IHK für München und Oberbayern bezeichnete die verkehrspolitischen Aufgaben für den Großraum München mit Blick auf die Bewerbung Münchens um die Olympischen Winterspiele 2018 als „olympische Herausforderung“. Es gelte, die Verkehrsinfrastrukturen für Straße, Schiene und Luft zu ertüchtigen.

Hauptaufgaben

Seybold formulierte als Hauptaufgaben den Ringschluss im Süden Münchens (A99), die ertüchtigung der S-Bahn-Stammstrecke und einen besseren Anschluss des Münchner Flughafens, idealer Weise als Fernbahnanschluss. Im Hinblick auf die Olympiabewerbung zusammen mit Garmisch-Partenkirchen müsse aber auch die Umfahrung des Wintersportortes Garmisch mit verschiedenen Tunnelprojekten verbessert werden.

Kundeninformation

Wie Alexander Freitag, Geschäftsführer des Münchner Verkehrs- und Tarifverbunds betonte, sei das Augenmerk sowohl auf den Ausbau einiger S-Bahn-Außenäste als auch auf das Park & Ride-Angebot zu legen. Zudem müssten neue und verbesserte Wege der Kundeninformation gefunden und vor allem die Finanzierungsproblematik gelöst werden.

Autobahnring

Der scheidende verkehrs- und umweltpolitische Sprecher des ADAC Südbayern, Nikolaus Dezasse, konzentrierte sich in seinen Ausführungen auf das Jahrzehnte alte Thema der Schließung des Autobahnringes im Süden und Südwesten Münchens. Dezasse bestritt in diesem Zusammenhang weder die zusätzliche Belastung der in diesem Bereich lebenden Menschen, noch die notwendigen Eingriffe in die Natur, betonte aber auch die verkehrliche Entlastung der A99 und der B 471 im Norden und Osten sowie des Mittleren Ringes im Süden und Südwesten.

Für die Flughafen München GmbH formulierte der Umlandbeauftragte Rudolf Strehle den dringenden Wunsch des Airports nach einer besseren landseitigen Anbindung. Nach dem Scheitern des Transrapid sei nun eine kurzfristige Lösung (z. B. schnellere S-Bahn-Anbindung) vonnöten, die aber das langfristige Ziel einer Fernbahnanbindung nicht verdrängen dürfe.

S-Bahn-Stammstrecke

Der verkehrspolitische Sprecher der CSU-Landtagsfraktion, Eberhard Rotter, forderte schließlich den vordringlich notwendigen Ausbau der S-Bahn-Stammstrecke und ging insbesondere auf die Anbindung des Flughafens ein. Mit dem „Aus“ des Transrapid sei noch kein Problem gelöst, vielmehr gelte es jetzt, „effiziente und realistische Alternativen“ zu prüfen. **DK**

Rechtsrahmen für den ÖPNV in Deutschland:

Zügig an EU-Vorgaben anpassen

VDV warnt vor föderalem Flickenteppich

Die am 3. Dezember 2009 in Kraft tretende neue EU-Verordnung für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) erfordert nach Auffassung des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) noch in dieser Legislaturperiode Anpassungen des nationalen Rechts. Der Ordnungsrahmen müsse klar und bundeseinheitlich adaptiert werden.

VDV-Präsident Günter Elste betonte im Rahmen einer Pressekonferenz anlässlich der Jahrestagung des Verbandes in Nürnberg, dass die Arbeit zur Anpassung des Rechtsrahmens auf der nationalen Ebene zügig zum Abschluss gebracht werden müsse. Dies gelte vor allem für das Personenbeförderungsgesetz (PBefG). Die hierzu kürzlich von einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe entwickelten ersten Gedanken bilden nach Ansicht des VDV-Präsidenten eine gute Grundlage für die weitere Diskussion.

Es gehe jetzt darum, so der VDV-Präsident, die EU-Verordnung „eins zu eins“ im PBefG zur Anwendung zu bringen. Er appellierte an die Fachreferenten in den Ministerien und an die Politik, bundeseinheitliche

5. Wirtschaftsforum Mainfranken:

Zehn Jahre Chancen-Region

Regierungspräsident Beinhofer: Für eine „Kultur der Zusammenarbeit“

4,3 Prozent Arbeitslosigkeit im Frühjahr 2008 – damit liegt Mainfranken sogar unter dem bayerischen Landesdurchschnitt. Der konjunkturelle Aufschwung hat der Region sehr positive Ergebnisse gebracht. Doch wie sehen die mittel- und langfristigen Perspektiven aus? Welche Strategien könnten vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels, der demografischen Entwicklung und des zunehmenden Wettbewerbs der Regionen erfolgreich sein?

Diese Fragen standen im Fokus des 5. Wirtschaftsforums Mainfranken in Schweinfurt, zu dem Oberbürgermeisterin Gudrun Grieser und ZF Sachs-Vorstandsmitglied Michael C. Sonnenschein über 400 Gäste, darunter Bundeswirtschaftsminister Michael Glos und hochrangige Vertreter führender Konzerne, mittelständischer Unternehmen und Technologieführer sowie die Spitzen der Verwaltung der Region begrüßen konnten.

Aus der Not eine Chance machen

„Aus der Not eine Chance machen“ - Mit dieser Vision könne man die Gründung der Arbeitsgemeinschaft Chancen-Region Mainfranken im Jahre 1998 umschreiben, so Unterfränkens Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer in seinen Ausführungen zum 10-jährigen Jubiläum der Chancen-Region Mainfranken. Neben attraktiver Natur- und Kulturlandschaft profilierte sich die Region heute auch als bedeutende Kompetenzregion für die Bereiche Automotive/Maschinenbau, Gesundheit/Biomedizin und die Querschnittstechnologie Neue Materialien. Inzwischen werde die Region innerhalb Europas unter den „Top Ten“ der High-Tech-Standorte wahrgenommen. Neben der gelungenen Außendarstellung sei es die Aufgabe der Chancen-Region Mainfranken, nach innen zu wirken und eine größere Identifikation der Menschen mit ihrer Region und eine „Kultur der Zusammenarbeit“ herbeizuführen.

Bundeswirtschaftsminister Michael Glos stellte fest, dass sich die Arbeitslosigkeit in Mainfranken innerhalb von zehn Jahren halbiert habe. Im

selben Zeitraum sei die Exportquote Mainfrankens von 29 auf 43 Prozent gestiegen. Weil die Unternehmen zu wenig ausbilden und der Staat zu wenig in Forschung investiert habe, fehlten jetzt Fachkräfte. Daraus habe man gelernt und sei dabei, den Trend umzukehren. Mainfranken müsse in der Mitte Europas den weltweiten Wettbewerb nicht fürchten.

Gute Stimmung

In einer abschließenden Podiumsdiskussion sahen die Teilnehmer positive Signale für die Zukunft Mainfrankens: Regierungspräsident Beinhofer meinte: „Investoren können sich auch außerhalb von Metropolregionen ansiedeln. Mainfranken bietet hierfür auf Grund seiner zentralen Lage und wirtschaftlichen Kompetenzen hervorragende Voraussetzungen.“ vbw-Vorsitzender Wolfgang Fieber sprach von einer guten Stimmung bei den Unternehmen in der Region: „Hinsichtlich der anstehenden Herausforderungen sehe ich uns gut aufgestellt.“

Gesundheitsbranche

Wie Wolfgang Pföhler, Vorstandsvorsitzender der Rhön-Klinikum AG feststellte, hat die Gesundheitsbranche in Mainfranken ein großes Entwicklungspotenzial. Die Möglichkeiten der Medizin würden aber zunehmend von den finanziellen Möglichkeiten begrenzt. „Deshalb müssen wir Kliniken nicht mehr als Kostenfaktoren, sondern als Wirtschaftsfaktoren begreifen.“ Bundeswirtschaftsminister Michael Glos schließlich meinte: „Hochqualifizierte Kräfte haben zunehmend die Chance auf gute Arbeit in der Region. Sie bleiben hier, auch weil es nirgends so schön ist.“ **DK**



Bundespräsident löst Kulturticket des ÖPNV

„Kultur - Kreativität - Engagement“ lautete das Motto zum Sommerfest 2008 des Bundespräsidenten. Horst Köhler und dessen Frau Eva Luise (rechts) luden hierzu etwa 4.000 Gäste in den Park des Berliner Schlosses Bellevue ein. Mit dabei waren sieben Unternehmen des ÖPNV. Am Stand des VDV erläuterte dessen Präsident Günter Elste (l.) dem Bundespräsidenten, welches kulturelles Engagement die Betreiber von Bussen und Bahnen entwickeln. Der Hamburger Jazztrain, die künstlerische Gestaltung Münchener U-Bahnhöfe, Opern im Berliner Bundestagsbahnhof, Kunst gegen Tristies und Schmiererei an Leipzigs Haltestellen, die Ästhetik des Wartens in Hannover, Busse und Bahnen in Stuttgarter Gemälden und die Kulturlinie 107 in Essen gehören dazu. Elste hob die Bedeutung des ÖPNV für die Kultur hervor: „Alle, von Jung bis Alt, ganz gleich ob in der Gruppe oder allein unterwegs, können mit Bussen und Bahnen Kultur erreichen und Kultur erleben.“ Hierbei leisteten die Unternehmen mehr als nur die Mobilität. Kultur im Alltag und Kultur in besonderen Veranstaltungen bestimmten das Bild des ÖPNV mit. Bundespräsident Köhler zeigte sich begeistert.



Der Countdown läuft: Im Herbst kommt der neue 7er BMW auf den Markt. Auf dem Roten Platz in Moskau wurde das jüngste Flaggschiff der bayerischen Autobauer schon präsentiert. □

BMW präsentiert den neuen BMW 7er:

Erfolg als Triebfeder

Faszinierende Installation auf dem Roten Platz

Mit einer außergewöhnlichen Fahrzeugpräsentation auf dem Roten Platz in Moskau hat BMW den Countdown für die europäische Markteinführung des neuen BMW 7er im Herbst dieses Jahres gestartet. Unter dem Motto „Never stand still“ ließ das bayerische Vorzeigunternehmen vor der historischen Kulisse der Basilius-Kathedrale und des Kreml eine fast zwölf Meter hohe Sanduhr aufbauen. Mit dem größten Stundenglas der Welt setzte BMW sein neues Flaggschiff vor etwa 400 internationalen Gästen und Moskauer Bürgern eindrucksvoll in Szene.

Auf dem Roten Platz sorgt die Sanduhr bereits seit dem 6. Juli 2008 für Aufsehen. In der oberen Hälfte der Konstruktion aus Acrylglas und Stahl parkt der neue BMW 7er - zunächst verborgen von mehr als 180.000 silbernen glänzenden Kugeln. Diese fielen sukzessive in den unteren Kegel, um schließlich als Höhepunkt der Veranstaltung zwei Tage später den neuen BMW 7er vollständig zu enthüllen. „Mit der neuen Generation des BMW 7er setzen wir eine Erfolgsgeschichte fort, die vor mehr als 30 Jahren ihren Anfang genommen hat“, sagte Jan-Christiaan Koenders, Leiter Markenkommunikation BMW und Group Marketing Services. „Der Anspruch, die eigenen Errungenschaften immer wieder zu übertreffen, gehört zum Selbstverständnis

unserer Marke. Der BMW 7er spiegelt diese besondere Haltung beispielhaft wider“, erläutert Koenders.

Der russische Markt spielt für die bayerischen Autobauer eine zunehmend wichtige Rolle. „Die Präsentation zeigt das Vertrauen der BMW Group in das Potenzial des Landes“, so Christian Kremer, Leiter der Vertriebsgesellschaft Russland. BMW ist bereits seit 1993 im weltgrößten Flächenstaat vertreten. Das Wirtschaftswachstum des Landes schlägt sich auch in steigenden Verkaufszahlen für die BMW Group nieder. Der BMW- und MINI-Absatz ist in den ersten sechs Monaten im Vergleich zum Vorjahr um 33,4 Prozent gestiegen.

Weitere Informationen: www.never-stand-still.com. □

Aufbauend auf der Kommunaltechnik:

Fendt beackert neue Felder

Das Allgäuer Unternehmen sieht zusätzliche Chancen im Straßenbau und in der Forstwirtschaft

Der Allgäuer Traktoren- und Landmaschinenhersteller Fendt, der als Technologieführer und als Trendsetter in der Branche gilt, will künftig, aufbauend auf dem bisher schon praktizierten Kommunalgeschäft, neue Geschäftsfelder beackern. Das Unternehmen aus Marktoberdorf, das seit 1997 zum US-Landmaschinen-Konzern Agco Corp. gehört, will in die außerlandwirtschaftlichen Bereiche Forstwirtschaft und vor allem Straßen- und Autobahnbau vordringen.

Man wolle nicht in Wettbewerb zu herkömmlichen Baumaschinen treten, sagte Hermann Merschroth, Sprecher der Fendt-Geschäftsführung und einer der Agco-Vizepräsidenten bei einer Pressekonferenz auf einer Autobahnbaustelle im tschechischen Ostrava (früher Mährisch Ostrau), sondern verstehe sich als Alternative dazu. Gut gerüstet sieht sich Fendt für die neuen Aktivitäten mit seinen PS-starken Traktoren, die mit zeit- und kostensparenden Arbeitsgeräten kombiniert werden und deshalb als wesentlich flexibler gelten als selbstfahrende Baumaschinen, zumal die Fendt-Traktoren mit dem stufenlosen Vario-Getriebe ausgerüstet sind, was nach Fendt-Angaben den Einsatz erleichtert und übers Jahr 6 Prozent an Arbeitszeit und 8 Prozent an Kraftstoff spart.

Entwickelt über Kommunaltechnik

Das neue Geschäftsfeld, so erläuterte Merschroth, sei über die schon seit Jahren erfolgreich betriebene Kommunaltechnik entwickelt worden und biete sehr gute Perspektiven für die Zukunft. Bei den Baustelleneinsätzen geht es zum Beispiel um Baufeldräumung, Bodenabtrag und -transport, Planierung, Bodenstabilisierung und -verdichtung, bei den Forstarbeiten, die oft mit Baufeldräumung zusammenfallen, um Holzbergung und -transport, um Stockfräsung (Herausfräsen von Baumstümpfen, ohne diese ausgraben zu müssen), um Häckseln des Abfallholzes sowie Aufbereitung und Mulchung des gerodeten Bodens.

Im Kommunalgeschäft sind vor allem zu nennen der Winter- und Sommerstraßendienst, die Mäharbeiten an Banketten, der seitliche Gehölzschnitt und die Reinigung von Straßengräben.

Alle diese Arbeiten werden bewältigt mit einer Fülle von Zusatzgeräten, die entsprechend starke Traktoren benötigen. Bei Ostrava baut die tschechische

Zu erfahren war immerhin, dass Fendt mit dem Gewinn sehr zufrieden ist und keinen Grund zum Klagen sieht. Nach den Rekordzahlen für 2007 dürfte es 2008 neue Rekordzahlen geben, ließ Merschroth durchblicken.

Kerngeschäft Traktoren

Die Bedeutung der Sparte Erntemaschinen (Mähdrescher und Ballenpressen) nimmt zwar wei-



Drei Fendt 936 Vario an einer Autobahnbaustelle mit Schürfkübel und Kalkfräse. □

Firma Milata mit einer Flotte von Fendt-Traktoren einen größeren Abschnitt einer neuen Nord-Süd-Autobahn (von Schlesien nach Österreich) durch die tschechische Republik, was neben Rodungsarbeiten umfangreiche Geländeformungen erfordert.

Kräftige Erfolgsspur

Diese Expansionspläne sind zu sehen vor dem Hintergrund einer kräftigen Erfolgsspur, auf der Fendt überdurchschnittlich vorangekommen ist und weiter vorankommen will. Im Jahre 2007 konnte der Umsatz um 20,5 % auf 1,065 Mrd. € erhöht werden. Und im laufenden Jahr rechnet Merschroth mit einem weiteren Plus von 20 %. Zum Ergebnis werden seit der Zugehörigkeit zum Agco-Konzern keine Angaben mehr gemacht.

ter zu, doch das Kerngeschäft bilden nach wie vor die Traktoren. Ihr Absatz wurde um 9,5 % auf 13.312 Stück gesteigert. In diesem Jahr werden wohl 15.450 verkauft werden, von denen nach Angaben von Vertriebschef Peter J. Paffen fast zwei Drittel in den Export gehen. Nach Stückzahlen sind die wichtigsten Abnehmerländer Frankreich (2.341) und Italien (709), nach Marktanteil liegen die Niederlande (12,9 %) und Österreich (9,9 %) vorne. Im Jahre 2012 will Fendt 20.000 Schlepper verkaufen. Neue Märkte sieht man vor allem in den ehemaligen Ostblockstaaten. Erfolge gab es aber auch zum Beispiel in Australien und Korea. Der Marktanteil bei Schleppern in Europa über alle Klassen erreichte 7,9 (Vorjahr: 6,7) %. In Deutschland wurde in der Klasse ab 51 PS mit 21,6 % Marktanteil der erste Rang (vor John Deere) zurückerobert. Die wahre Stärke von Fendt aber liegt in den oberen PS-Klassen. In der

Kategorie ab 151 PS erreichte der Marktanteil 29,1 %.

Steigende Mitarbeiterzahl und Fachkräftemangel

Durch die Expansion hat die Zahl der Mitarbeiter an den Standorten Marktoberdorf, Kempten und Bäumenheim von 2.790 Ende 2006 über 3.080 Ende 2007 auf 3.170 Mitte 2008 zugenommen. Große Sorgen bereiten inzwischen der Mangel an Fachkräften und die Lieferengpässe einiger Zulieferer. In Forschung und Entwicklung wurden im vergangenen Jahr 30 Mio. gesteckt. Heuer sollen es 34 Mio. werden. Die Investitionen in die Standorte dürften wieder 37 Mio. € erreichen.

Professionelle Landwirtschaft

Die Zuversicht schöpft Fendt vor allem aus den sehr stark verbesserten Aussichten in der professionellen Landwirtschaft. Merschroth nannte in diesem Zusammenhang die Zunahme der Weltbevölkerung, die steigende Nachfrage nach qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln und die Ausweitung der Erzeugung regenerativer Energien aus Gründen der Energieknappheit und des Klimaschutzes.

Die Muttergesellschaft Agco Corp. hat 2007 mit 22 Marken, darunter den vier Premiummarken Fendt, Massey Ferguson, Challenger und Valtra, ihren Umsatz um 25,6 % auf 6,83 Mrd. Dollar erhöht und das Betriebsergebnis auf 395 (65) Mio. Dollar gesteigert. Im ersten Quartal 2008 hat Agco mit 0,63 (Vorjahresquartal: 0,26) Dollar je Aktie das beste Ergebnis erreicht, das es jemals gab. dhg.

Mehr als 100 Jahre Erfahrung mit Elektro- und Hybridantrieb:

Im Dienste der Umwelt

Alternative Antriebe in Nutzfahrzeugen der Daimler AG

Erdgas, Hybridantrieb, Brennstoffzelle: Obwohl der Dieselmotor immer sauberer wird, geben abnehmende Erdölreserven, ein wachsendes Umweltbewusstsein und die bereits erkennbaren Folgen globaler Erwärmung mehr denn je Anlass, alternative Antriebskonzepte zu pflegen. Nach eigenen Angaben hat die Daimler AG auf diesem Gebiet Erfahrung wie kein anderes Unternehmen.

Die Vorläufer: Gas, Dampf und Strom

Alternativen zum Benzin- und Dieselmotor gibt es seit der Frühzeit der automobilen Ära. Lange bevor Gottlieb Daimler und Carl Benz 1886 das benzingetriebene Automobil erfanden, drehten in England bereits Dampfautomobile ihre Runden. Jean Joseph Étienne Lenoir entwickelte 1863 ein Straßenfahrzeug mit Gasmotor, an dem sich Nikolaus August Otto bei der Er-

findung des 1876 patentierten, schnell laufenden Benzinviertaktmotors orientierte. 1882 stellte Siemens in Berlin-Halensee die Elektromote, den ersten Oberleitungsbus der Welt, vor.

Freilich standen zu früheren Zeiten, etwa bei den Holzvergäsern der dreißiger Jahre, oftmals ganz andere Motive im Vordergrund als die Sorge um eine saubere Umwelt. Die früheren Erfahrungen bilden jedoch die notwendige Grundlage, von der seit Ende der sechziger Jahre die Suche nach umweltfreundlichen Antrieben ausgeht. □

Die Fakten:

- Vorreiter bei dieselektrischem Antrieb, Erdgas und Wasserstoff
- Neue Verkehrs- und Antriebssysteme
- Bisher umfangreichste Erprobung von Brennstoffzellenbussen in der Praxis. □

Fendt Vario – Multitalente für jeden Einsatz

Mehr Kraft, Technik, Komfort –
überragend wirtschaftlich!



Schon seit mehr als 30 Jahren bietet Fendt gemeinsam mit namhaften Geräteherstellern Komplettlösungen für den außerlandwirtschaftlichen Bereich an. Mit uns erwerben Sie nicht nur einen Traktor, sondern eine leistungsstarke Gerätekombination, mit der Sie Ihre ganz speziellen Aufgaben zu 100 Prozent wirtschaftlich erledigen können.

Egal für welchen Einsatz – Fendt hat die ideale Lösung.

Sprechen Sie jetzt mit Ihrem Fendt-Vertriebspartner.

FENDT
AGCO GmbH • Fendt-Marketing • 87616 Marktoberdorf
Telefax 08342 / 7798820 • www.fendt.com



Auch der Reisebus Mercedes-Benz Tourismo M kann sehr viel kostengünstiger betrieben werden, wenn alle Möglichkeiten zur Kraftstoffeinsparung ausgespart werden. Daimler bietet hierfür spezielle Weiterbildungstrainings an (www.training.omniplus.de). □

Einzel-Maßnahmen summieren sich zu hohem Einsparpotenzial:

Rund 15 Prozent weniger Sprit bei Omnibussen

Eco-Training senkt Dieselsonsum - Geschultes Fahrpersonal zahlt sich aus
BlueTec-Dieselschnelle reduziert Kraftstoffkosten

Die erheblichen Preissteigerungen für alle Kraftstoffe und insbesondere für Diesel haben in den letzten Monaten die Verbrauchskosten für Omnibus-Unternehmer in die Höhe getrieben. Sie müssen heute alle Möglichkeiten zur Reduzierung des Kraftstoffverbrauchs ausschöpfen, um bei den stark gestiegenen Kraftstoffkosten wettbewerbsfähig zu bleiben. Allein acht bis 15 Prozent Verbrauchsreduzierung sind durch eine vorausschauende Fahrweise machbar. Dies ergibt bei einem Reisebus mit einer 100.000 km Laufleistung pro Jahr knapp 5.000 Liter. Bei einem Fuhrpark mit zehn Omnibussen entspricht das einer Einsparung von ca. 50.000 bis 60.000 Euro pro Jahr. Die Eco-Trainings aus dem Dienstleistungsangebot Omniplus von Daimler und Erfahrungen aus verschiedenen Fuhrparks belegen diese Einsparungen.

Wirtschaftliche Fahrtechniken verringern die variablen Kosten für Kraftstoff, Reparaturen, Wartung und Reifen. „Runter mit der Drehzahl, rauf mit der Last“ lautet die Devise. Prinzipiell braucht ein Motor bei niedriger Drehzahl im hohen Gang weniger Kraftstoff als bei höherer Drehzahl in einem niedrigeren Gang, obwohl dann das Fahrpedal weiter durchgetreten werden muss.

Wichtige Tipps

Die Eco-Trainings geben auch wichtige Tipps zum Reifendruck. Ein um zehn Prozent zu niedriger Luftdruck in den Reifen steigert den Kraftstoffverbrauch um bis zu zwei Prozent, bei 20 Prozent zu wenig Luftdruck ist es bereits ein bis zu vier Prozent höherer Kraftstoffverbrauch. Rund 30 Prozent aller Fahrzeuge sind mit zu niedrigem Luftdruck unterwegs, so dass in diesem Bereich erhebliche Einsparpotenziale liegen.

Darüber hinaus ist bei 95 Prozent aller Reifenplattler falscher Luftdruck ausschlaggebend.

Fahrzeugtechnik und Fahrzeugausstattung

Wesentlichen Einfluss auf den Kraftstoffverbrauch haben auch Fahrzeugtechnik und Fahrzeugausstattung, wie zum Beispiel die Wahl des richtigen Antriebsstrangs. So senkt die in Europa überaus erfolgreich eingeführte BlueTec-Dieselschnelle bis zu sechs Prozent Kraftstoffkosten gegenüber der früheren inermotorischen Abgasreduktion. Das rechnet sich für jeden Fuhrpark-Betreiber angesichts der steigenden Kraftstoffpreise. Zwischen zwei und zehn Prozent können mit einem richtig konfigurierten Fahrzeug eingespart werden. Im Reisebus der Setra TopClass 400 Baureihe ergibt sich bei der Wahl des neuen automatisierten Achtgang-Pos-

werShift-Getriebes auf repräsentativen Strecken ein Minderverbrauch von bis zu 4 Prozent.

Neues Schaltprogramm

Der Stadtlinienbus Mercedes-Benz Citaro wird mit einem neuen Schaltprogramm nochmals sparsamer. In Verbindung mit dem Automatikgetriebe ZF Ecomat setzt Mercedes-Benz serienmäßig das neue Getriebe-Schaltprogramm „Topodyn“ ein. Die Steuerungselektronik wählt, abhängig von der Topografie, selbstständig das maßgeschneiderte Schaltprogramm. Feldversuche im realen Einsatz ergaben eine Verbrauchs-Senkung zwischen zwei und zehn Prozent. Gleichzeitig sinkt die durchschnittliche Motordrehzahl und damit auch die Geräuschemission.

30 % der Gesamtkosten

Alles Maßnahmen, die den Fuhrpark-Betreibern helfen ihre Kosten zu senken. Kraftstoff macht rund 30 % der Gesamtkosten eines Fuhrparks aus, daher ist jede Maßnahme zur Verringerung des Kraftstoffverbrauchs auszuschöpfen. Davon profitiert auch die Umwelt - denn die viel diskutierte CO₂-Emission ist direkt abhängig von der Höhe des Kraftstoffverbrauchs. Bei einer Einsparung von 5.000 Litern verringert sich die CO₂-Produktion um 13 Tonnen. □

24-Stunden-Rennen: Erdgas-Golf schneller als ein Porsche

Härtetest mit Bravour bestanden

Ein 320 PS starker VW Golf GTI mit Erdgasantrieb bestand beim 36. ADAC Zurich 24-Stunden-Rennen auf dem Nürburgring seinen ersten Härtetest mit Bravour. Die Erdgaspiloten des Teams R-Line erreichten am 24. und 25. Mai 2008 teilweise schnellere Rundenzeiten als die Konkurrenz mit ihren Benzinern. Sechs Stunden vor dem Ziel lag der Erdgas-Golf auf Rang 17 von 219 Startern. Nach 113 Runden und einem Getriebschaden - verschuldet durch herumfliegende Teile eines verunglückten Rennwagens - landete er in der Gesamtwertung schließlich auf Rang 98, in der Klasse S1 für Fahrzeuge mit alternativem Antrieb auf dem zehnten Platz. Hauptsponsor des Erdgasteams war der Initiativkreis Erdgas als Kraftstoff - Deutschland e.V. □



Vorstellung unter dem Eiffelturm: Mercedes-Benz Unimog U 400 mit Mulag-Tunnelwaschgerät reinigen in Paris die Tunnels der Stadtautobahn „Périphérique“. Die rotierende Waschbürste löst den zähen Schmutzfilm, mit dem „Sprühbalken“ wird nachgewaschen. □

Einsatz in der „Périphérique“ von Paris

Neun Mercedes-Benz Unimog U 400 reinigen 720.000 m² Tunnelfläche - Tunnelwaschgerät von Mulag

Die Stadtreinigungsbetriebe der französischen Metropole - Propreté de Paris - setzen im Bereich der Straßenunterhaltung auf den Mercedes-Benz Unimog. Zu diesem Zweck hat die Stadtverwaltung von Paris noch im Jahr 2007 insgesamt neun Mercedes-Benz Unimog U 400 mit Tunnelwaschgeräten der Mulag Fahrzeugwerke in Oppenau (Schwarzwald) gekauft.

Darüber hinaus erhalten die Fahrzeuge Wechselaufbauten mit Salzstreuern, Schneepflügen und Schneefräsen von der Schmidt Winterdienst- und Kommunaltechnik GmbH in St. Blasien (Schwarzwald). Die Gesamtinvestition für diese innovative Fahrzeug- und Gerätetechnik beläuft sich auf rund 2,3 Mio. Euro. Die Unimogs werden im Mercedes-Benz Lkw-Werk in Wörth a. Rh. (Rheinland-Pfalz) der Daimler AG gefertigt.

Umfangreiches Arbeitsspektrum

In der Zwischenzeit wurde der Großteil der Fahrzeuge ausgeliefert und ist bereits bei der Propreté de Paris im Einsatz. Das umfangreiche Arbeitsspektrum der Stadtreinigung Paris mit ihren über 8.000 Mitarbeitern ma-

chen drei Zahlen deutlich: Täglich werden 3.000 Tonnen Müll im Stadtgebiet entsorgt und insgesamt sind 1400 km Straßen und 2800 km Gehwege zu reinigen.

BlueTec senkt die Stickoxid- und Partikelemissionen

Die Mercedes-Benz Unimog U 400 haben Zweikreis-Hydraulik bzw. Zapfenwellenantrieb für die Geräte und einen 130 kW (177 PS) starken Vier-Zylinder BlueTec-Motor (Euro 4). BlueTec senkt die Stickoxid- und Partikelemissionen bei gleichzeitiger Optimierung des Kraftstoffverbrauchs. Der Ausleger des Tunnelwaschgeräts FME 600-T von Mulag hat eine Reichweite von jeweils 5,5 m nach rechts oder links. Er ist zum Reinigen von Wänden, Decken und Leucht-

bandeinrichtungen in Tunnels und Unterführungen konzipiert. Seine elektronische Abtastautomatik mit Ultraschallsensoren stimmt dabei die Waschbürste mit der Beschaffenheit der zu reinigenden Flächen aufs Genaueste ab. Der Auslegerkopf kann außerdem wahlweise mit Bürste oder Sprühbalken ausgerüstet werden. Um künftig zeitaufwändige Umrüstungen zu sparen, plant die Propreté de Paris, drei Fahrzeuge mit Bürsten und sechs mit Sprühbalken und den dazu jeweils unterschiedlichen Tankaufbauten zu betreiben.

Einsatz im Winterdienst

Der bis zu achtspurige Boulevard Périphérique, der ringförmig um die Seine metropole führt, leitet das immense Verkehrsaufkommen um die französische Hauptstadt und in sie hinein. Die „Tunnel-Waschtag“ fallen ausschließlich in die Zeit von 15. April bis 15. November. Rund 100 Mitarbeiter sind bei Reinigungsaktionen von 720.000 m² Tunnelflächen, verteilt auf 30 Tunnels, in der Nacht im Einsatz. In der Zeit vom 15. November bis 15. April sind die Unimog vornehmlich mit Winterdienstgeräten bestückt. Schneefall ist zwar selten, doch schon ein Hauch von Winter löst in Paris unweigerlich ein Verkehrschaos aus. □



Verbessert jeden Tagesschnitt.

Der neue Mercedes-Benz Unimog U 20.

Mit dem Unimog U 20 arbeiten Sie besonders effizient: Denn er ist nicht nur kompakt und wendig sondern auch günstig in Anschaffung und Unterhalt. Ein echter Mercedes-Benz Unimog bis 7,5 bzw. 8,5 t - wie gemacht für kommunale Einsätze, ob auf dem Bauhof oder im Garten- und Landschaftsbau. Denn gerade wenn's eng wird, zeigt der U 20 seine wahre Größe. Jetzt bei Ihrem Unimog-Partner: www.mercedes-benz.com/neuer-U20

Mercedes-Benz

Beuthauser-Bassewitz GmbH & Co. KG
Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt
Tel.: 09453 99 11-10, Fax: 09453 99 11-06
E-Mail: verkauf.unimog@bassewitz.de
Internet: www.bassewitz.de

Carl Beuthauser GmbH & Co. KG
Albert-Ruckdeschel-Str. 19, 95326 Kulmbach
Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81
E-Mail: verkauf.unimog@bassewitz.de
Internet: www.beuthauser.de

Henne-Unimog GmbH
Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten
Tel.: 089 12 06-6100, Fax: 089 12 06-6127
E-Mail: henne-unimog.hst@daimler.com
Internet: www.henne-unimog.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm
Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410
E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com
Internet: www.wilhelm-mayer.com

1.000. Besucher der Energiesprechstunde

Margot Hartz gewinnt Energiesparberatung

Margot Hartz aus Diedorf war am 10. Juli die 1.000. Besucherin der kostenlosen Energiesprechstunde im Landratsamt Augsburg. Damit hat sie neben Informationen über Energiesparmaßnahmen rund ums Haus auch einen Gutschein für eine kostenlose Beratung vor Ort gewonnen.

Landrat Martin Sailer übergab der Gewinnerin ihren Preis. „Der Energiesparexperte Robert Kühnel kommt zu Ihnen nach Hause und nimmt Haus und Heizung unter die Lupe“, freute sich Sailer mit der Gewinnerin. In diesem Rahmen kann sie sich Möglichkeiten der Heizungsanlagensanierung sowie die Vorteile zur Nutzung der Sonnenenergie aufzeigen lassen. Außerdem wird der energetische Ist-Zustand ihres Gebäudes hinsichtlich des baulichen Wärme-

schutzes umfassend analysiert. Kühnel stellte fest: „Energiesparmaßnahmen stellen nicht nur einen Beitrag für den Klimaschutz dar, sondern sparen langfristig richtig Geld und zudem steigt die Wohnbehaglichkeit.“ Er erklärte auch, dass nicht alle Maßnahmen auf einmal durchgeführt werden müssen. Man könne mit der Maßnahme beginnen, die den größten Erfolg verspreche.

Seit mehr als sieben Jahren bietet der Landkreis Augsburg

nun schon seinen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit einer kostenlosen Energiesprechstunde durch ehrenamtliche und unabhängige Berater. Der rege Zuspruch lässt sich nun an dem bislang 1.000 Besucher ablesen – und auch weitere Termine wurden schon vereinbart.

Einzelgespräche

Am Donnerstag, 25. September 2008, bietet das Landratsamt die nächste kostenlose Energiesprechstunde im Landratsamt Augsburg an. In der Energiesprechstunde können sich Hausbesitzer, denen ihre Energiekosten zu hoch erscheinen und die über eine Sanierung ihres Hauses beziehungsweise ihrer Heizanlage nachdenken, beraten lassen. In 30-minütigen Einzelgesprächen werden hier Hausbesitzern, deren Wohngebäude vor 1995 gebaut wurden, Sanierungsmöglichkeiten aufgezeigt. Darüber hinaus erhalten Bauwillige, die ihr Haus entsprechend der neuen Energieeinsparverordnung (EnEV) errichten wollen oder ein Niedrigenergiehaus planen, Gelegenheit, sich zu informieren.

Weitere Informationen stehen im Internet unter www.landkreis-augsburg.de/energieberatung.



Kommunale Dankurkunde

Im Rahmen einer Feierstunde im Landratsamt Schweinfurt würdigte Landrat Harald Leitheer die Verdienste von Bürgerinnen und Bürgern aus dem Landkreis Schweinfurt, die seit vielen Jahren in der Kommunalpolitik tätig sind. „Der Bayerische Staatsminister des Inneren, Joachim Herrmann, hat Ihnen in Würdigung ihrer langjährigen Verdienste in der kommunalen Selbstverwaltung seinen Dank und Anerkennung ausgesprochen“, sagte Landrat Leitheer und überreichte in Anwesenheit der Bürgermeister der Gemeinden die Dankurkunden. Insgesamt erhielten 58 Frauen und Männer diese Auszeichnung.



Landrat Martin Sailer (rechts) gratulierte der 1.000. Besucherin der Energiesprechstunde im Landratsamt Augsburg, Margot Hartz, zu ihrem Preis: eine Energieberatung vor Ort. Mit ihr freuten sich der Energieberater Robert Kühnel und ihr Lebensgefährte Hans Meindres.

EuRegio-Bürgermeister pilgern auf dem Jakobsweg

Einmal jährlich und dieses Jahr schon zum 11. Mal organisiert die Geschäftsstelle der EuRegio Salzburg-Berchtesgadener Land-Traunstein einen Bürgermeisterausflug. Neben den vielen gemeinsamen Sitzungen, Projekten und Veranstaltungen, soll auch ein Tag da sein, um zusammen ohne Termin- und Zeitdruck ein grenzüberschreitendes Erlebnis im EuRegio-Gebiet genießen zu können.

Gemeinsam mit Toni Wintersteller, dem Tourismusreferenten der Erzdiözese Salzburg als Pilgerführer, führte der Weg der

gergruppe empfang. Unter seiner Führung erreichte man den Haiderhof, wo traditionell eine vorzügliche Pilgersuppe die ver-



Bereits in der Gemeinde Unken – dem Tagesziel nahe.

Foto: Wintersteller

Bürgermeister-Wallfahrer von Großmain nach Unken. Über 20 Bürgermeister und eine Bürgermeisterin, teils mit Partnerinnen, beteiligten sich an der Pilgerwanderung auf dem Jakobsweg.

Besuch in der Alten Saline

Nach der Andacht mit Pilgersegen durch Pfarrer Herbert J. Schmatzberger und die Begrüßung und die Bürgermeister Sebastian Schönbuchner und Hans Hawlitschek in Großmain führte der Weg nach Bad Reichenhall. Dort hatte Oberbürgermeister Dr. Herbert Lackner einen Besuch in der Alten Saline organisiert, bei dem die mächtigen Räder des alten Sole-Pumpwerks bestaunt wurden. Entlang des Saalchsees ging es weiter nach Schneizlreuth, wo Bürgermeister Klaus Bauregger die Pil-

brauchten Kräfte wieder herstellte.

Spirituelle Impulse

Am Nachmittag wurde mit Bürgermeister Franz Ensinger das Tagesziel, die Jakobskirche Unken, erreicht, wo Pfarrer Ernst Mühlbacher die Gruppe begrüßte. Das Wetter hatte gut mitgespielt und den Teilnehmern einen erlebnisreichen und eindrucksvollen Tag beschert. Spirituelle Impulse, Stille und Gebet ergänzten sich gut mit Gemeinschaft und nachbarschaftlichem Erfahrungsaustausch. So konnte EuRegio-Präsident und Neumarkter Bürgermeister Dr. Emerich Riesner die Wanderung mit einer guten Tagesbilanz abschließen: etwa 1% der Gesamtstrecke des Jakobsweges nach Santiago di Compostela konnte zurückgelegt werden.

Neustadt/WN/Neuhaus. (sl) Einen festlichen Ehrenabend veranstaltete die CSU-Kreistagsfraktion des Landkreises Neustadt a. d. Waldnaab im historischen Schaffnerhof in Neuhaus, um ihren ausgeschiedenen Kreisräten Danke zu sagen.

Elf Kreisräten, davon zwei Frauen galt es Dank zu sagen für ihren jahrzehntelangen Einsatz. Fraktionssprecher Albert Nickl, der Regisseur dieses Abends, belobte nicht nur mit Worten, sondern auch mit kulturellen, blumigen und lesbaren Präsenten.

Demokratie lebt vom Mitmachen

„Jedes Mandat ist ein Mandat auf Zeit. Wir sind dankbar, dass sie dabei waren. Demokratie lebt vom Mitmachen, von denen die sich engagieren. Sie haben sich eingebracht, gemeinsam viel erreicht. Unser Landkreis stand nie so gut da wie jetzt. Sie alle haben ehrenamtlich und beispielhaft bis zu 42 Jahre die Fraktions- und Kreistagsarbeit mitgestaltet,“ so Nickl.

Die CSU hat einen wichtigen Auftrag erhalten, die gestaltende Kraft zu sein und zugleich ist dieser Auftrag Verpflichtung unserer Heimat zu dienen. Genau dieser Aufgabe stellten sich die elf Kollegen in ihrem Kreistagsmandat. Während ihres teils jahrzehntelangen Engagements wurde die Gebietsreform durchgeführt, die Finanznot durchgestanden und die Grenzöffnung mit erlebt, so der Fraktionssprecher, der diese drei Phasen als

die Wichtigsten herausstellte.

Sechs Jahre im Kreistag waren vertreten: Markus Dobmeier aus Schirmitz, der stets die wirtschaftlichen Aspekte intensiv durchleuchtete, Georg Heigl aus Altenstadt/WN. Er war zugleich Bürgermeister und brachte seine kommunalen Erfahrungen mit ein. Lotte Hofmann aus Vohenstrauß, bekannt als der flotte Wirbelwind, für sie stand der soziale Bereich beispielhaft im Vordergrund. Alexander Weig aus Vohenstrauß, zog seinerzeit als JU-Kreisvorsitzender in das Gremium ein. 18 Jahre war Josef Neubauer aus Grafenwöhr im Kreistag vertreten. Sein Fachwissen diente besonders dem Bauausschuss.

24 Jahre war Robert Dotzauer aus Eschenbach Mitglied des Kreistags. Als Bürgermeister (18 Jahre im Amt) war er ein erfahrener Kommunalpolitiker. Zusätzlich hatte er 24 Jahre das Amt als Schatzmeister in der Fraktion inne. Ebenfalls 24 Jahre war Anton Gareis aus Pressath im Kreistag. Als Kreisvorsitzender des Gemeindetages war er die Stimme für die Kommunen. Auf 29 Jahre brachte es Albert Kick aus Georgenberg/Faislbach. Seit 1996 fungierte er als stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Er war stets ein hart-

näckiger Vertreter des ländlichen Raumes. Fast 30 Jahre im Amt war Roswitha Scheidler aus Theisseil/Harlesberg. Die ehemalige Kreisbäuerin war vor allem im vorpolitischen Raum aktiv. Sie galt als der gute Geist in der Fraktion. Seit 42 Jahren war Karl Lukas aus Parkstein, zugleich dienstältester Bürgermeister, im Kreistag. Er war der Haushaltsexperte der CSU und kompetenter Vertreter für den Straßenbau. Eben so lange war Hans Wittmann aus Vohenstrauß/Untertresenfeld im Kreistag. Als JU-Kreisvorsitzender des ehemaligen Landkreises Vohenstrauß wurde er 1966 in den Kreistag gewählt. Als Bauer trat er die Interessen der Landwirtschaft.

Weichen für die Zukunft gestellt

Landrat Simon Wittmann dankte den ausgeschiedenen Kollegen und stellte heraus, dass sie entscheidende Weichen für die Zukunft mit gestellt haben und die wichtigsten wurden in der letzten Periode vollbracht. Sie alle haben mit Kompetenz und Bürgernähe sowie mit Herz und Verstand mitgestaltet. Namentlich hob er die anwesenden ausgeschiedenen Kreisräte und deren Stärken hervor und würdigte ihre Arbeit, die sie viele Jahre im Kreistag und der Fraktion leisteten.



Albert Nickl, CSU-Fraktionssprecher im Kreistag, sowie Landrat Simon Wittmann dankten den verdienten ehemaligen Kreisräten, die teils mit Ehepartnern gekommen waren. Karl Lukas und Albert Kick mit Landtagskandidatin Petra Dettenhöfer und Hans Wittmann (v. r.) sowie Lotte Hofmann, Markus Dobmeier und Roswitha Scheidler (Dritte, Fünfter und Sechste v. l.). Text/Bild: sl

Bayerische GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)
Dr. Sabine Schwarz (Berlin)
Brigitte Scherrieble (Wirtschaft und Messen)
Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)
Peter Müller
Florian Hahn (KPV)

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Viktoria Bertele (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 42 vom 01.01.2008

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

Bankverbindungen:

Bayer. Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Presse Druck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.



Beeindruckt vom Biomasse-Heizkraftwerk Dillingen nach der Einweihung waren (v. l.): Georg Radlinger (erdgas schwaben), Egon Beckord (KUMAS), Landrat Leo Schrell, Klaus-Peter Dietmayer (erdgas schwaben), Staatsminister Josef Miller, Michael Gemmel, die Oberbürgermeister Frank Kunz, Dillingen, und Armin Neudert, Donauwörth, Markus Kittl (erdgas schwaben). Bild: jdt

Musterbeispiel umweltfreundlicher Energieversorgung:

„Mir wird es richtig warm ums Herz“

Minister Miller bei Einweihung eines modernen Biomasseheizkraftwerkes

Dillingen (jdt). Als über Bayern hinaus reichendes „Musterbeispiel für umweltfreundliche Energieversorgung“ würdigte Landwirtschaftsminister Josef Miller das neue, hochmoderne Biomasseheizkraftwerk von „erdgas schwaben“ bei der Einweihung in Dillingen. Das 10-Millionen-Euro-Projekt erzeugt jährlich aus rund 13.500 Tonnen Hackschnitzeln aus der Region 24 Millionen kWh Bio-Wärme und 7 Millionen kWh Bio-Strom.

Mit der Großanlage unweit der Dillinger Donaubrücke werden jährlich etwa 10.000 Tonnen CO₂ vermieden. Miller gratulierte erdgas schwaben und allen Beteiligten zu der größten technischen Anlage dieser Art in Deutschland. Einen besonderen Dank stattete der Minister den Land- und Forstwirten aus der Umgebung für die Lieferung der Hackschnitzel aus dem umliegenden Wäldern ab.

Vorrang für Ernährung

Angesichts des Vorzeige-Projektes bekannte Miller unter Beifall: „Mir wird es bei diesem beispielgebenden Werk von erdgas schwaben so richtig warm ums Herz ... als begeistertem Anhänger dieser Energiegewinnung“. Die Nutzung der Biomasse komme nicht nur der Umwelt zugute, sondern sei zugleich eine große Chance für die Land- und Forstwirte. Letztlich profitiere davon der gesamte ländliche Raum, denn die erwirtschafteten Gelder blieben in der Region.

Mit Blick auf aktuelle Diskussionen betonte Miller den gewährleistetesten Vorrang der sicheren Versorgung der Menschen mit Lebensmitteln. Nach Expertenaussagen würden weltweit nur rund zwei Prozent der Ackerflächen für die Erzeugung nach-

wachsender Rohstoffe genutzt. In der EU sei dies ähnlich. Auch hier würden nur zwei Prozent der Ackerfläche für die Erzeugung von Biokraftstoffen verwendet. Außerdem kehrten bei der Erzeugung von Biokraftstoffen ungefähr 50 Prozent des Erntegutes als Futtermittel in die Nahrungskette zurück.

Bayern Vorreiter

An die Verantwortung für die Welt von morgen erinnernd, stellte Miller fest, dass insgesamt vier Millionen Tonnen Holz in Bayern für die Energiegewinnung eingesetzt würden. Die erneuerbare Energieerzeugung in Bayern stamme zu 67 Prozent aus Biomasse und zu 29 Prozent aus Wasserkraft. Auf Photovoltaik, Windenergie und Geothermie entfielen die restlichen vier Prozent.

Hervorgehoben wurde von dem Kabinettsmitglied, dass der Freistaat bei der Förderung der Nutzung heimischer Rohstoffe eine gute Bilanz aufzuweisen habe. Kein anderes Bundesland leiste so wirksame Maßnahmen zum Klimaschutz wie Bayern. Bezeichnend für den Spitzenrang sei, daß hier von 1990 bis Ende 2007 von der Staatsregierung rund 226 Millionen Euro bewilligt wurden, davon allein 186 Millionen Euro für die För-

derung der nachwachsenden Rohstoffe.

Viele Projekte gefördert

Heute gebe es in Bayern rund 300 geförderte Biomasseheizkraftwerke und Heizkraftwerke, 250 Klär- und Deponiegasanlagen, rund 1.400 landwirtschaftliche Biogasanlagen, 400 Tankstellen mit biogenen Kraftstoffen, dazu eine Produktionskapazität für rund 290.000 Tonnen Biodiesel pro Jahr sowie die Erzeugung von rund 300.000 Tonnen Rapsölkraftstoff pro Jahr.

Anerkennung für erdgas schwaben

Dem anwesenden Führungsteam von erdgas schwaben, dem Technischen Geschäftsführer Markus Kittl, dem Kaufmännischen Geschäftsführer Klaus-Peter Dietmayer sowie Georg Radlinger als Leiter der Bereiche Gas- und Wärmedienstleistung sowie Kommunalkundenmanagement zollte Miller hohe Anerkennung für die Realisierung des Konzeptes.

Kittl: „Wir sind stolz“

In seinem Grußwort wiederum sprach Markus Kittl von einer sprühbaren Aufbruchstimmung. Er betonte: „Wir sind stolz auf die Leistung aller Partner, die am Bau Beteiligten und alle Förderer“. In Dillingen seien die Weichen für die Energiezukunft beispielgebend gestellt worden. Es gebe praktisch den Anschluss al-



Informationsbesuch der neu gewählten Bürgermeister im Landratsamt

14 von 34 Bürgermeistern wurden im Landkreis Günzburg neu gewählt. Landrat Hubert Hafner lud diese jetzt zu einer Informationsveranstaltung in das Landratsamt ein. Er gab ihnen damit Gelegenheit, wichtige Führungskräfte seiner Behörde und deren Hauptaufgabenbereiche kennen zu lernen. Dieser persönliche Kontakt soll von Anfang an eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Landratsamt und Gemeinden fördern. Der Landrat ermunterte die neu gewählten Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, bei Problemfällen frühzeitig das Gespräch mit seinen Mitarbeitern zu suchen und deren Beratungsangebote anzunehmen. Er wünschte viel Freude im neuen Amt und forderte zur konstruktiven Zusammenarbeit auf. Nach einer Besichtigung des Landratsamts nutzten gleich einige die Gelegenheit, konkrete Sachfragen im Haus abzuklären. Das Bild zeigt von links nach rechts: Ernst Walter (Kötz), Thomas Wörz (Offingen), Georg Duscher (Aletshausen), Robert Hartinger (Münsterhausen), Hubert Fischer (Krumbach), Sandra Dietrich-Kast (Rettenbach), Peter Walburger (Ursberg), Edgar Ilg (Dürrlaingen), Karl Oberschmid (Winterbach), Landrat Hubert Hafner, Karl Weiß (Waltenhausen); Auf dem Bild fehlen Walter Sauter (Bubesheim), Sven Tull (Landensberg), Rainer Schlögl (Neuburg), Georg Schwarz (Thannhausen).

Bild: Landratsamt



Gestern hat mein Chef gesagt ...



„Eine Inflationsrate von 2,2 Millionen Prozent? Das nenne ich absoluten Weltrekord.“ Meinem Chef, dem Bürgermeister, wäre fast die Käsesemmel aus dem Mund gefallen, als er auf diese monstergigantische Zahl stieß. Entwarnung kann insofern gegeben werden, als es sich um die Inflationsrate von Zimbabwe handelt und damit mehr die hausgemachte Misswirtschaft eines national-marxistischen Sabbergreises widerspiegelt, als den globalen Trend zu Preissteigerungen.

Bei uns fällt es ja etwas schwer, sich einen Überblick über das Ausmaß der derzeitigen Inflation zu verschaffen. Da schwirren Angaben über die Inflation im Euro-Raum herum, die auf die Zinspolitik der Europäischen Zentralbank bestimmend einwirken. Da gibt es Zahlen über die Preissteigerungsrate in Deutschland und als

Gefühlte Inflation schmerzt die Bürger

Laie fragt man sich unwillkürlich, wie es kommen kann, dass wir vor Jahresfrist mit einer Teuerungsrate von 1,1 Prozent praktisch keine Geldentwertung hatten und heute mit 3,3 Prozent in einem Bereich landen, der zumindest den stabilitätsorientierten Deutschen die eine oder andere Sorgenfalte in die Stirn gräbt.

Völker, die anders als die Deutschen, nie eine Hyperinflation erdulden mussten, tun sich natürlich leichter, hohe Preissteigerungen psychologisch zu verdauen. Wer in der Vor-Euro-Zeit daran gewöhnt war, dass das Geld halt immer weniger Wert wird, dürfte - so könnte man vermuten - den jetzigen Inflationsschub besser wegstecken. Vor allem dann, wenn es einen eigenen Mechanismus zur Anpassung der Löhne an steigende Preise gibt. Obwohl man gehofft hätte, dass alle europäischen Länder im Zuge der Euro-Einführung ihre ökonomischen Hausaufgaben gemacht hätten, gibt es diese Form der Lohn-Preis-Spirale - die für eine zünftige Inflation ein so wirksamer Treibsatz ist wie flüssiger Wasserstoff für eine Rakete - immer noch.

Warum sind also die Proteste gegen steigende Preise etwa in Belgien früher und vor allem

heftiger ausgefallen als bei uns? Warum ist in vielen - vor allem südeuropäischen Ländern - die Furcht vor Verelendung im Zusammenhang mit der Teuerung virulent? Weil wir es mit einer asymmetrischen Inflation zu tun haben. Die 3,3 Prozent Preissteigerungsrate orientieren sich an dem allgemeinen statistischen Warenkorb, in dem vom Preis für Zahnpasta bis zum Friseurbesuch, von der Kinokarte bis zum Schweinsbraten alles zusammengemixt und gewichtet wird, für das man gewöhnlich Geld ausgibt. Würde man nur die Ausgaben für Nahrungsmittel, Energie und Treibstoffe berechnen, ergäbe sich eine Inflationsrate von 11 bis 15 Prozent. Einfühlsame Zeitgenossen sprechen in diesem Zusammenhang gerne von „gefühlter Inflation“. Ein Gefühl, das ganz schön weh tut!

Also: Alles was lebensnotwendig ist oder unser Leben am Laufen hält, wird überproportional teuer. Schicke Kleidung, edle Schule, das Telefongespräch nach Australien, das Businesshandy mit eMail-Funktion oder der Laptop werden billiger oder bleiben im Preis gleich. Das heißt aber auch: Wir Otto Normalverbraucher stöhnen unter der Teuerung mehr als diejenigen, bei denen Lebensmittel, Heizmaterial und Benzin nicht den größten Teil des Familienbudgets auffressen.

Mein Chef, der Bürgermeister, sieht hier durchaus die Politik gefordert, den Normalverdienern Entlastung zu verschaffen. Als erstes hat er alle Vorlagen gestoppt, die auf höhere Belastungen für die Leute durch die Stadt hinauslaufen, obwohl wegen der gestiegenen Energiepreise natürlich auch die Eintrittskarten für das Schwimmbad oder die Eislaufhalle angehoben werden müssten. Ob auch die Politiker im Bund bald ein Einsehen haben? Schließlich steigen mit den Preisen auch die Umsatzsteuereinnahmen, die eigentlich wieder zurückgegeben werden sollten. Oder, wie der Satz des Ökonomen Milton Friedman auf dem heutigen Kalenderblatt lautet: „Inflation ist eine Steuer, die nicht genehmigt werden muss“.

the
Sabrina

ler öffentlichen Einrichtungen von Kommune und Landkreis (rund 80 Wärmekunden).

Schrell: Keine Öko-Romantik

Voller Lob für das Projekt war Landrat Leo Schrell: „Das alles hat mit Öko-Romantik nichts zu tun, sondern mit zielgerichteter Sachpolitik auf der Basis von wirtschaftlichen und ökologischen Überlegungen“. Schrell verwies auf die führende Rolle des Landkreises nicht nur in Schwaben bei der Nutzung regenerativer Energien.

Kunz: In der 1. Liga

Oberbürgermeister Frank Kunz hob seine Begeisterung für das „hochmoderne Projekt“ hervor und fügte hinzu: „Wir alle ziehen daraus großen Nutzen ... Dillingen spielt in diesem Sektor jetzt in der 1. Liga.“ Diakon Anton Stehle und Pfarrer Manuel Kleiner erteilten dem Werk den kirchlichen Segen, mit der Übergabe eines Kreuzes an erdgas schwaben.

Beim Rundgang durch die große Anlage zeigte sich auch ein führender Vertreter der Landwirtschaft im Landkreis, Kreisrat

Josef Sing, von der hervorragenden Möglichkeit der heimatnahen Nutzung des Rohstoffes Holz sehr beeindruckt: „Man spart sich lange Transportwege“. Land- und Forstwirtschaft profitierten. An der Feier nahmen zahlreiche Vertreter aus umliegenden Kommunen, u. a. auch Oberbürgermeister Armin Neudert aus Donauwörth, und viele Repräsentanten des öffentlichen Lebens teil. □

Traunstein:

Kösterke neuer Oberbürgermeister

Der parteifreie Rechtsanwalt Manfred Kösterke von den Unabhängigen Wählern ist neuer Oberbürgermeister von Traunstein. Das Stadtratsmitglied wurde mit 54,7 Prozent zum neuen Rathauschef der knapp 19.000 Einwohner zählenden Großen Kreisstadt im Chiemgau gewählt. Der außerplanmäßige Urnengang war nach dem Selbstmord des neuen Oberbürgermeisters Siegfried Arsan nur drei Wochen nach dessen Sieg im März dieses Jahres notwendig geworden.

Der Bauernverbands-Geschäftsführer Reinhard Lampoltshammer von der CSU musste sich mit 20,7 Prozent begnügen. Für den SPD-Bewerber Peter Forster stimmten 18,4 Prozent. Wilfried Schott von den Grünen kam auf 3,6 Prozent, Wolfgang Schrag von der Traunsteiner Liste erhielt 2,6 Prozent. Die Beteiligung der rund 15.000 Wahlberechtigten lag bei 43,7 Prozent. **DK**

Fränkisches Mundart-Theater-Archiv in Bad Windsheim

Bad Windsheim/Forchheim (fpo) - Im Fränkischen Freilandmuseum Bad Windsheim soll das Fränkische Mundart-Theater eine Heimstätte bekommen. Bei den 15. Mittelfränkischen Mundart-Theatertagen in Bad Windsheim signalisierten Bezirksrat Gerhard Gerhäuser (er ist der Bezirksbeauftragte für das Fränkische Freilandmuseum in Bad Windsheim) und Museumsleiter Professor Konrad Bedal ihre Bereitschaft, in einem der Häuser des Museumsdorfes „Raum und Rahmen“ für ein entsprechendes Archiv zu schaffen.

Der Sprecher der mittelfränkischen Mundartbühnen und stellvertretende Vorsitzende der gesamtfränkischen Mundart-Theaterbewegung, Günther Weber aus Marloffstein, begrüßte in diesem Zusammenhang die Aufgeschlossenheit der „dritten kommunalen Ebene“ für das Mundart-Theater.

Konzentriertes Theatermaterial

Bei der Eröffnung der Mittelfranken-Theatertage, in der Mailheimer Scheune der Museumslandschaft, betonte der Gründer der Arbeitsgemeinschaft und

langjährige Vorsitzende (20 Jahre) Franz Och, dass es noch nie in der Theater-Geschichte Frankens so viel konzentriertes Theatermaterial gegeben habe. Es wäre zu schade, wenn diese historisch bedeutvollen Unterlagen in Privathäusern vergammelten oder später von achtlosen Erben in Containern entsorgt würden.

Das Archiv ist gesamtfränkisch gedacht und soll allen Interessanten zur Verfügung stehen. Ehrenvorsitzender Franz Och - früher einmal Bürgermeister der Kirschengemeinde Pretzfeld - betonte, dass er alleine mehr als 40 Ordner originales Material beisteuern könnte. **fpo**



Gemeinsame Freude über die hohe Auszeichnung: Vigdis Nipperdey und Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein.

Bayerischer Verdienstorden für Vigdis Nipperdey

Im Rahmen einer Feierstunde in der Münchner Residenz überreichte Ministerpräsident Günther Beckstein der Ickinger Gemeinderätin Vigdis Nipperdey zusammen mit weiteren 66 Persönlichkeiten den Bayerischen Verdienstorden.

Beckstein: „Alle diese Menschen haben sich auf ihre besondere Weise mit Leistungen weit über das normale Maß hinaus um unser Land und unsere Gemeinschaft verdient gemacht. Mit einem Blick für das Ganze setzen sie große Meilensteine für wirtschaftliches, soziales, künstlerisches oder wissenschaftliches Engagement und werden zu Botschaftern des Wir-Gefühls, das Bayern so stark macht.“

Vigdis Nipperdey ist seit 30 Jahren Mitglied des Ickinger Gemeinderates. Sie gründete und führte 16 Jahre lang die legendäre Vortragsreihe „Ickinger Kon-

takte“ und gründete die Kinderbücherei. Von 1998 bis 2006 war die Juristin Mitglied und Vorsitzende des Hochschulrates der TU München. Sie ist u. a. stellvertretende Vorsitzende des Forum Ebenhausen bei der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin, Vorstandsmitglied der Gesellschaft für Außenpolitik in München, Mitglied der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum, Vorstandsmitglied der Frauenunion Bezirk Oberbayern und Lektorin in der Evangelischen Kirchengemeinde Icking. 2000 wurde Vigdis Nipperdey bereits mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande geehrt. **DK**

Vorschau auf GZ 15/16

In unserer Ausgabe Nr. 15/16, die am 7. August erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Wasserversorgung • Wasserentsorgung
- Kommunale Baupolitik
- Kommunale Museen
- Sonderbeilage zum E.ON Bayern Umweltpreis
- Sonderbeilage zum Bayerischen Sparkassentag

Familien- und kinderfreundliches Landshut:

Leitbild im Fokus

Ob „Familie und Arbeitswelt“, „Familie und Bildung“ oder etwa „Familie und Wohnumfeld“: Nachhaltig in eine familien-, kinder-, und jugendfreundliche Stadt zu investieren, will sich die Stadt Landshut mittels eines Leitbildes zum Ziel setzen. Ein Entwurf dieses Leitbildes, gegliedert nach Handlungsfeldern und entsprechenden Zielen, wurde jüngst im Rahmen des ersten Arbeitstreffens „Leitbild familienfreundliche Stadt“ vorgestellt.

„Landshut muss als Hauptstadt des Regierungsbezirks Niederbayern eine Vorreiterrolle einnehmen“, betonte Oberbürgermeister Hans Rampf mit Blick auf die kommunale Familienpolitik und wies auf die Notwendigkeit hin, dieses Leitbild zu erstellen. Gelebte Familienfreundlichkeit sei nicht zuletzt als „weicher Standortfaktor“ von größter Bedeutung für die - in Zusammenhang mit der Flughafenentwicklung und den günstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen - in der Region zu erwartende und anzustrebende Ansiedlung von jungen Familien, aber auch Seniorenhaushalten.

Familie und Arbeitswelt

Auf das erste Handlungsfeld „Familie und Arbeitswelt“ eingehend wird im Leitbild festgehalten, die in Landshut ansässigen Unternehmen und Behörden als Arbeitgeber aufzurufen, flexible familienfreundliche und kindgerechte Arbeitszeitmodelle anzubieten, die mit den Betreuungszeiten in den Kindertageseinrichtungen abgestimmt sind. Angeregt wird hierzu eine Zertifizierungsmaßnahme als familienfreundlicher Betrieb.

Zur Frage des Ausbaus der Kindertagesstätten wies Eberhard Pröbldorf vom Stadtjugendamt auf die umfangreichen Ausbaumöglichkeiten der Stadt in den vergangenen Jahren hin. Auch in nächster Zeit würden viele Vorhaben realisiert; insbesondere

auch was die Betreuungsmöglichkeiten für Kinder unter drei Jahren anbelangt. Neben dem quantitativen Ausbau von Betreuungsplätzen solle auch die Qualität der Kinderbetreuung und -erziehung gesteigert werden. Als besonders bedeutsam wird eine optimale Sprachförderung der Kinder, nicht nur mit Migrationshintergrund, angesehen.

Familienkompetenz

Vor allem um die Stärkung der Familienkompetenz und der Familienbildung ging es den Teilnehmern beim Handlungsfeld „Familien und Bildung“. Es müssten Rahmenbedingungen geschaffen werden, mit denen vor allem junge Eltern mit der erforderlichen Erziehungskompetenz ihre Verantwortung gegenüber ihren Kindern wahrnehmen können. Die Hilfe zur Selbsthilfe solle ausgebaut werden. Kindertageseinrichtungen und Schulen sollten stärker als bisher Beratungsangebote für Eltern, zum Beispiel in Erziehungsfragen, bereitstellen und ihnen die Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch mit anderen Eltern geben, waren sich die Teilnehmer einig.

Mehrgenerationenhaus

Angebote wie etwa die Freiwilligenagentur und das geplante Mehrgenerationenhaus der AWO seien zudem gute Ansätze. Ziele wie die Schulsozialarbeit

zu erhalten und auszubauen, die Mittagsbetreuung und Ganztagsangebote auszubauen, werden unter anderem zum Thema „Schule“ formuliert. Im Interesse der Ausbildungssituation der Landshuter Jugendlichen solle die Ansiedlung von „ausbildungswilligen“ Unternehmen gefördert werden. In punkto allgemeine Bildungsangebote wurde die Auffassung vertreten, dass die Stadt Familien mit geringem Einkommen durch besondere Vergünstigungen die Teilhabe an diversen Angeboten ermöglichen solle.

Kontakt- und Hilfenetze

Dass das Wohnumfeld für Familien so gestaltet werden muss, dass die lebensräumlichen Kontakt- und Hilfenetze zwischen den Generationen, den verschiedenen Haushalten der Familien und in den Nachbarschaften gestärkt werden, führten die Anwesenden zum Handlungsfeld „Familie und Wohnumfeld“ aus. Unterschiedliche Wohnformen und -größen sollten gemischt werden, um einseitige Alters- und Sozialstrukturen zu vermeiden. Weiter wurde als wichtiges Anliegen der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs sowie des Radwegenetzes genannt. Genannt wurden zudem Spielstraßen und verkehrsberuhigte Bereiche als Beispiele für eine familiengerechte Infrastruktur.

Beteiligung von Familien an Planungsprozessen

Die Beteiligung von Familien an Planungsprozessen ist den Teilnehmern ein weiteres Anliegen. Familien sollten bereits im Vorfeld, vertreten durch das Lokale Bündnis für Familie oder andere Institutionen, einbezogen werden, um Impulse in die kommunale Entwicklung tragen zu können. Pröbldorf schlug vor, Kinder und Jugendliche an der

Bibliothekszentrum:

Bundesweit auf Platz 4

Das Bibliotheksnetzwerk Hösbach im Landkreis Aschaffenburg belegt im bundesweiten Bibliotheksvergleich zwischen Gemeinden und Städten den 4. Platz.

Die Bibliothek stellt ihre Leistungsfähigkeit mit der Teilnahme am bundesweiten Bibliotheksranking, dem Bibliothekenindex (BIX) unter Beweis. Der BIX enthält 17 Kennzahlen zum Dienstleistungsangebot der Bibliothek und ihrer Ausstattung durch den Träger, zum Erfolg bei ihren Kunden sowie zum optimalen Einsatz der Ressourcen. Der Bereich „Entwicklung“ zeigt, in welchem Umfang eine Bibliothek fit für die Zukunft ist. Im Bereich „Kundenorientierung“ schaffte das Aschaffener Bücherezentrum sogar den 1. Platz.

Mit Hilfe des Leistungsvergleichs entsteht ein transparentes Bild von der Leistung der Bibliothek. Gleichzeitig zeigt sich, wo noch Qualitätssteigerungen möglich sind. **DK**

Gestaltung von Spiel- und Sportanlagen zu beteiligen, um ein höheres Verantwortungsgefühl zu wecken und entsprechend gegen Vandalismus vorzubeugen.

Wie OB Rampf hervorhob, „muss das endgültige Leitbild nach Verabschiedung durch den Stadtrat ernsthaft gelebt werden; es muss sukzessive und praxisgerecht umgesetzt werden“. Oberstes Ziel der kommunalen Familienpolitik solle sein, die städtischen Strukturen so zu gestalten, dass das Leben in der Stadt für Kinder, Jugendliche und ihre Familien attraktiv, sozial verträglich, kommunikativ und sicher ist. **DK**

LIEFERANTEN-



NACHWEIS

Absperrpfosten



Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen



FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache

Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgaben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

Aussenmöblierung



- Abfallbehälter
- Absperrpfosten
- Fahrradständer
- Sitzbänke u.a.

Möblierung für Aussen
Max-Eyth-Straße 31/I · 71364 WINNENDEN
Telefon 071 95/69 33 00 · Fax 071 95/69 33 33
www.beck-aussenmoeblierung.de

Fahnenmasten/Fahnen



FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Fahnenmasten/Fahnen



Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

Fahrradabstellanlagen



Kindergarteneinrichtungen



eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co.
Industriestr. 1 · D-97285 Röttingen
Tel. (09338) 89-0 · Fax (09338) 89-199
E-Mail eibe@eibe.de · www.eibe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Schacht-Ausrüstungen



Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme

Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger
Fax: (02773)82218 · Telefon: (02773)82256 + 82224

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (089) 749 949 74

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen



eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co.
Industriestr. 1 · D-97285 Röttingen
Tel. (09338) 89-0 · Fax (09338) 89-199
E-Mail eibe@eibe.de · www.eibe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Sportgeräte



Insertieren bringt Erfolg!
www.bayerische-gemeindezeitung.de

Streuautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst



Winterdienst-Technik
ist unsere Stärke!

Gmeiner GmbH
Bgm.-Knöf-Str. 26
D-92245 Kümmerbrunn
Telefon: +49 (0) 96 21 / 76 85-0
Internet: www.gmeiner-online.de
E-Mail: info@gmeiner-online.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER s. Fahrradabstellanlagen



Wasserzähler



HYDROMETER
DIE ZUKUNFT ZÄHLT
HYDROMETER GmbH · Industriestraße 13 · 91522 Ansbach
Tel.: 09 81/18 06 - 601 · Fax: 09 81/18 06 - 615
www.hydrometer.de

Weihnachtsbeleuchtung



ihr partner
für LICHT

postfach 1141
90519 oberasbach

weihnachtsbeleuchtung
+ fest-illuminationen
telefon: 09 11/69 39 65
telefax: 09 11/69 59 63
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de





KOMMUNALE ENERGIETHEMEN ...

... bestimmen diese Sonderausgabe anlässlich der GZ-Fachveranstaltung in Garching für die Entscheidungsträger aus den bayerischen Städten, Gemeinden und Landkreisen. II/1 - II/12



BAYERISCHE GemeindeZeitung

GZ-DOKUMENTATION

Info-Tag für kommunale Entscheidungsträger:

Energie für Bayerns Kommunen

Großes Interesse an GZ-Fachveranstaltung in Garching

Mehr als 300 Kommunalpolitiker aus ganz Bayern trafen sich in Garching bei München zur Fachveranstaltung der Bayerischen Gemeindezeitung „Energie für Bayern - Info-Tag für Kommunalpolitiker.“ „Reicht die Energie für Bayerns Kommunen?“ lautete die provokante Frage an die Teilnehmer als Entscheidungsträger in den Gemeinden, Städten, Landkreisen und Bezirken. Kooperationspartner der Fachtagung waren der Bayerische Gemeindetag und der Bayerische Städtetag.

„Was kann die Kommunalpolitik beitragen, damit für Mitbürger und Mitbürgerinnen, Wirtschaft, Behörden, Verkehr, Schulen und soziale Einrichtungen künftig ausreichend Energiequellen zur Verfügung stehen?“ Fakt ist: Kommunen haben Vorbildfunktion. Sie müssen in Fragen der Nachhaltigkeit mit gutem Beispiel vorangehen. Tatsächlich gibt es herausragende Ideen und innovative Modelle für effizienten Energieeinsatz, die Kommunen umsetzen können.

Individuelle Lösungen

Fachvorträge von Experten und eine Podiumsdiskussion nahmen aktuelle Energiefragen der Kommunen auf. Bei der gleichzeitig stattfindenden Ausstellung trafen deren Vertreter die Fachleute aus der Energieversorgung. Im direkten Gespräch ergaben sich individuelle Lösungen für die energiepolitische Zukunft der Kommune.

ben sich individuelle Lösungen für die energiepolitische Zukunft der Kommune.

Vorbildwirkung

Die „Hausherrin“, Garchings Erste Bürgermeisterin Hannelore Gabor, wies in ihrer Begrüßung darauf hin, dass der so wichtige Schutz des Klimas alle Menschen verpflichte, über diese beiden Themen intensiv nachzudenken und verantwortungsbewusst Folgerungen zu ziehen. Den Städten und Gemeinden komme dabei eine Vorbildwirkung zu. Der Bayerischen Gemeindezeitung mit ihrer Chefredakteurin Anne-Marie von Hassel dankte Gabor ausdrücklich dafür, dass sie den unterschiedlichen Akteuren aus Politik und Verbänden, Wohnungswirtschaft, Industrie, Gewerbe und Energiewirtschaft eine gemeinsame Diskussionsplattform bietet.

ne gemeinsame Diskussionsplattform bietet.

„Vor dem Hintergrund der allgegenwärtigen Debatten über den Klimawandel ist es in meinen Augen unerlässlich, auch lokal und regional konkrete, alltags-taugliche Lösungsstrategien zu entwickeln. Als kürzlich gewählte Bürgermeisterin unserer Stadt habe ich mir auch das Thema Energie auf meine Fahnen geschrieben“, fuhr die Politikerin fort.

Garchinger Energiepolitik

Garching fange dabei „nicht bei Null“ an. Die Stadt betreibe schon seit längerer Zeit Energiepolitik: Die Bereitstellung von Energie (Strom, Heizwärme und Warmwasser) in den Gebäuden trage nach wie vor erheblich zu Kohlendioxidemissionen bei. In der Gebäudesanierung liege daher ein zentrales Handlungsfeld für den Klimaschutz.

Fokus auf Erneuerbare

Die Stadt sei deshalb sehr darauf bedacht, bei Gebäudesanierungen und auch Neubauten ausschließlich auf erneuerbare Energien zu setzen.



Gefüllte Reihen: Mit über 300 Teilnehmern war die Garchinger GZ-Fachtagung ein voller Erfolg. □

Als Beispiel führte die Rathauschefin zunächst eine neue Holz-Pellet-Heizanlage für das Garchinger Feuerwehrhaus an. Für die jetzt fällige Sanierung der Grund- und Hauptschule wiederum sehe das Konzept eine Thermische Solaranlage sowie eine Wärmeisolierung vor. Das Jugendhaus in Hochbrück erfülle die Richtlinien für ein Niedrigenergiehaus.

Datenbank für Gebäude

Hinzu komme, dass das Garchinger Umweltreferat eine Energiedatenbank für sämtliche kommunalen Gebäude führt. Durch ein Controlling-System könnten jährlich exakte Energieberichte vorgelegt werden.

Außerdem werde die Energieberatung bezuschusst und bis zum Jahr 2002 habe die Stadt ein Energiesparförderprogramm aufgelegt, das schließlich der angespannten Haushaltslage zum Opfer gefallen sei.

Geothermie

Ein privater Investor hat sich die Bohrrechte für Erdwärme im Bereich Garching gesichert und möchte zusammen mit einem großen Deutschen Energieerzeuger ein neues Energiekonzept mittels Geothermie in und für Garching anbieten.

Die Tiefenbohrungen seien derzeit voll im Gange, erklärte Hannelore Gabor und fügte abschließend hinzu: „Trotz dieser Maßnahmen bleibt natürlich noch Luft nach oben und viel zu tun. Nicht nur hier in Garching. Dazu müssen auch landes- und bundesweit grundsätzliche klimarelevante Fragestellungen beraten, Potenziale benannt, Folgen und Risiken erkannt und Lösungswege diskutiert werden.“ DK

Dr. Peter Deml / E.ON Bayern AG:

Herausforderungen im Energiemarkt ...

... Versorgungssicherheit, Ökologie, Wirtschaftlichkeit

Was ist heute zu tun, damit die Energieversorgung in Deutschland auch in 2020 oder 2025 den Herausforderungen gewachsen ist? „Die Stromversorgung ist dann im Lot, wenn sie gleichzeitig Versorgungssicherheit bietet, auf ökologische Belange Rücksicht nimmt und die Verbraucher preislich nicht überfordert“, erklärte der Vorstandsvorsitzende. Derzeit stimme die Balance zwischen diesen Teilzielen. Aber was ist mit der mittel- und längerfristigen Zukunft?

Die Versorgungssicherheit steht auf zwei Beinen: Erzeugung und Transport. „Für die Zukunft klingen sich allerdings Zweifel und Fragezeichen, wenn nicht gar Probleme an“, so Deml. Der Grund: „Wir haben in Deutschland einen überalterten konventionellen Kraftwerkspark. Die meisten Anlagen sind Kohlekraftwerke und stammen aus den 70er und 80er Jahren. Bis zu 20.000 MW stehen zur Erneuerung an.“

Ausstiegsszenario

Investitionsbereitschaft ist Deml zufolge gegeben. An die 20 Neubauprojekte sind auf Kiel gelegt. Aber: Die Gesellschaft und Teile der Politik schießen sich zunehmend auf neue Kohlekraftwerke ein, wie das Beispiel Hamburg-Moorburg belegt. Machen diese Beispiele Schule und kann in Deutschland kein neues Kohlekraftwerk mehr gebaut werden, laufen zunächst noch die alten Anlagen weiter und bricht früher oder später eine Säule der deutschen Stromerzeugung weg. Parallel dazu soll der Ausstieg aus der Kernenergie über die Bühne gehen, d. h. eine Kraftwerksleistung von ebenfalls rd. 20.000 MW wegfallen. „Dies trifft vor

allem Bayern“, warnte Deml. Blicke es beim gesetzlich fixierten Ausstiegsszenario, sei in 20 Jahren kein deutsches Kernkraftwerk mehr am Netz. Sollte sich Deutschland von Kohle- und Kernkraftwerken gleichzeitig verabschieden, wäre eine Kraftwerksleistung von bis zu 40.000 MW zu ersetzen.

Regenerative Energien

Was kann man tun, um diese Lücke zu schließen? „Die regenerativen Energien können und werden einen wertvollen Beitrag leisten“, prognostizierte Deml. Allerdings hätten sie einige Schwächen, wie der Vorstandsvorsitzende aufzeigte: „Mit Ausnahme von Wasser und Biomasse stehen sie zeitlich nur sehr beschränkt zur Verfügung, d. h. es fehlt ihnen die sog. Grundlastfähigkeit.“ Eine gewisse Abhilfe könnten Offshore-Windanlagen schaffen, die aber noch in den Kinderschuhen stecken und einen massiven Netzausbau voraussetzen. Die zweite Schwäche sei, dass Wind und Photovoltaik mit permanenten Leistungsschwankungen verbunden sind. Zum Ausgleich benötige man sog. (Fortsetzung auf Seite 2)

Energie-Partnerschaft mit Köpfchen

Das Contracting-Modell für öffentliche Gebäude und soziale Einrichtungen

Erdgas-Blockheizkraftwerk – Heizung und Strom aus einer Anlage

Gesundheits- und Sozialzentrum (GSZ) in Mering – für Wärme und Strom sorgt ein Erdgas-BHKW

Gesundheit und Lebensqualität mit innovativer Erdgas-Technik. Am Anfang steht das Energie-Konzept. Ob konventionelle Wärme, Stromversorgung oder innovative Klimasysteme, die ESB-Wärme plant nach individuellem Bedarf. Dabei stehen Wirtschaftlichkeit, regionale Energien und natürlich die Umwelt an vorderster Stelle.

Ihre Leistungen mit dem ESB-WärmeService:

- Modernisieren ohne selbst zu investieren
- ESB-Wärme plant, organisiert und betreibt Ihre Energieversorgung
- Moderne, umweltschonende Anlagen mit niedrigem Energieverbrauch
- Alle Leistungen sind im monatlichen Wärmepreis enthalten
- Sie haben einen Partner mit viel Erfahrung an Ihrer Seite

Rufen Sie uns an! Wir schicken Ihnen unsere Referenzbroschüre oder vereinbaren Sie einen Termin mit dem ESB-Wärme Berater.

ESB Wärme

ESB-Wärme GmbH • Ungsteiner Straße 31 • 81539 München • Tel. 089-68003-517 • E-Mail: info@esb-waerme.de • Internet: www.esb-waerme.de

Podiumsdiskussion:

Reicht die Energie für Bayerns Kommunen?

Was können Kommunen dazu beitragen, dass ausreichend Energie vorhanden ist? Welche Rolle spielen die Energieversorger? Welche schlüssigen Konzepte zur Energieeinsparung gibt es? Dies waren nur einige der Themen, mit denen sich ein hochkarätig besetztes Podium unter der Leitung von GZ-Chefredakteurin Anne-Marie von Hassel befasste.

Gudrun Grieser

Nach Darstellung von Gudrun Grieser, Oberbürgermeisterin von Schweinfurt und Vorstandsmitglied des Bayerischen Städtetags, sind alle Kommunen zu nächst Großverbraucher von Energie, weshalb es ihr Ziel sei, diese auch zu niedrigen Preisen einzukaufen. Größere Kommunen, die auch Eigentümer von Stadtwerken seien, benötigten einerseits niedrige Bezugspreise und andererseits einen hohen Absatz, um zu verdienen. Kommunen seien aber auch politisch verantwortliche Gebietskörperschaften, deren Interesse darin bestehe, ihren Bürgern Energie zu möglichst niedrigen Preisen zur Verfügung zu stellen.

Diese Ziele widersprächen sich zum Teil, weshalb es vonnöten sei, eine vernünftige Balance vor

allem in einem Mix von Energieansätzen zu finden und für den Bürger Anreize zur Energieeinsparung zu schaffen. Über allem stehe freilich die Frage der Bezahlbarkeit. Auf Verbrauchsreduzierung sei stets zu achten – moderne intelligente Heizsysteme könnten dazu ebenso beitragen wie eine Sprit sparende Fahrzeugflotte. Wenn die Stadtwerke überleben sollen, müssen nach Griesers Ansicht auskömmliche Netzentgelte durch die Bundesnetzagentur gewährleistet werden. Auch sei daran zu denken, eine eigene Energieerzeugung ökologischer Art (Solar, Bio, Wind, Geothermie) mit zu betreiben.

Josef Mend

Laut Bürgermeister Josef Mend, Vizepräsident des Bayeri-

schen Gemeindetags, fällt gerade den Kommunen im ländlichen Raum „eine neue Schlüsselfunktion“ zu. Es müssten Antworten auf Fragen gefunden werden wie: „Was können wir für die Energie im Rahmen der Bauleitplanung tun? Wo können wir im Rahmen des Flächennutzungsplans eingreifen, wo im Bereich Bebauungspläne?“ Mend zufolge begrüßt der Bayerische Gemeindetag neue Ansätze zur Dorferneuerung und Städtebauförderung, wobei gerade hier die Energieeffizienz insbesondere der Gebäude deutlich verbessert werde. Auch weitere Ansätze wie zur Wind- oder Wasserenergie würden wohlwollend betrachtet. Doch müsse auch darauf hingewiesen werden, „dass speziell bei unserem Verband mit über 2000 Mitgliedern es keine Einheitsempfehlung geben kann“. Jede Gemeinde sei unterschiedlich, weshalb jede individuell ihren Energieansatz und entsprechende Lösungen herausarbeiten müsse. Insgesamt trete der Bayerische



Die Podiumsteilnehmer (v. l.): Josef Mend, Christian Huber, Hannelore Gabor, Dr. Albrecht Schleich, Gudrun Grieser, Paul Waning, Anne-Marie von Hassel, Klaus-Peter Dietmayer, Bernd Rudolph und Josef Hasler.

Gemeindetag für den Ausbau und die Unterstützung Erneuerbarer Energien ein. Wichtig sei es jetzt, das neue Energiebewusstsein umzusetzen. Die Kommunalpolitiker hätten hier Vorbildfunktion, weshalb sie sich dieser Verantwortung auch stellen sollten.

Dr. Albrecht Schleich

Dr. Albrecht Schleich, E.ON-Generalbevollmächtigter, Regionalleitung Oberbayern, sprach davon, dass das Energiethema so neu nicht sei, habe es doch bereits in den neunziger Jahren Bürgermeister gegeben, die sich über die Energieversorgung Gedanken machten. Inzwischen sei man zu der Erkenntnis gelangt, „dass energiepolitisch allein mit dem Betrieb eines Netzes nicht viel auszurichten ist“. Heute, im Zeitalter der Netzregulierung, seien die wirtschaftlichen Erträge nur noch sehr begrenzt. Es gelte, lokale Energieressourcen in der Gemeinde zu nutzen – „sei es, dass die Kommune in einer Zone mit viel Wald liegt, wo Biomasse genutzt werden kann, sei es, dass um München gute Voraussetzungen für den Einsatz von Geothermie gegeben sind“. Letztlich stelle das Thema der Erneuerbaren Energien eine „Herausforderung für uns Energieversorger“ dar. Die Tochtergesellschaft E.ON Bayern Wärme bringe auf diesem Gebiet „unheimlich viel Erfahrung“ mit ein. Aufgrund des Vertrauensverhältnisses, das zwischen E.ON Bayern und den Gemeinden bestehe, komme jetzt Bewegung in die Thematik. „Projekte, die wir gemeinsam angehen, nehmen kräftig zu“, meinte Schleich. Gemeinsam müssten Möglichkeiten an Ort und Stelle ausgeschöpft werden. „Nur gemeinsame Lösungen bringen uns voran!“

Bernd Rudolph

Bernd Rudolph, Vorstand der Thüga AG, München, verwies darauf, „dass wir durch Regulierung und Marktconsolidierung tendenziell zu einer Gefährdung der Stadtwerke kommen“. Sein Blick in die Zukunft sei durch aus sorgenvoll. Die Thüga rechne damit, dass zahlreiche Stadtwerke in Deutschland durch die Netzregulierung unter zunehmenden Margendruck geraten werden. Da viele Kommunen über keinen finanziellen Handlungsspielraum verfügten, werde es immer schwieriger, Beteiligungen zu halten.

Mit Blick auf die Kraftwerkparkentwicklung sprach Rudolph von „Verteilungskämpfen mit Auswirkungen auf die Preise“. Der Umgang mit kleineren Stadtwerken werde zunehmend erschwert. Mittlerweile gebe es Bereinigungsverfahren wie zum Beispiel im Münsterland. Wie Rudolph betonte, beschaffe, vermittele und handle die von der Thüga AG gegründete Syneco GmbH & Co. KG seit 1999 für die bundesweit vertretenen Ge-

sellschafterkunden Energie und energienahe Produkte in allen marktgängigen, physischen und finanziellen Instrumenten. Heute sei Syneco das führende, kommunale Unternehmen im Energiehandel. „Die Energieversorger haben die Problematik erkannt“, stellte der Thüga-Vertreter fest.

Christian Huber

Christian Huber von der TU München konstatierte: „Wir sitzen alle in einem Boot.“ Der Wissenschaftler sprach sich für eine koordinierte Planung auf kommunaler Ebene aus. Nur dadurch seien Synergieeffekte erzielbar. Einzelne Leuchtturm- und Vorzeigeprojekte seien nicht genug; das vorhandene Wissen müsse in die breite Masse umgesetzt werden. Zweifelloso sei dies eine große Aufgabe der Kommunen und der Verwaltung. Wichtig sei es, nicht nur Gutachten zu erstellen, sondern auch an die konkrete Umsetzung zu gehen. Im Bereich des Städtebaus sei es kaum möglich, noch sehr viel besser zu bauen, meinte Huber. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen würden verschärft. Hubers Ansicht nach wird „Energie nicht ausreichen, wenn wir so weitermachen wie bisher“. Es sei notwendig, gemeinsame Konzepte zu entwerfen.

Josef Hasler

Josef Hasler, Mitglied des Vorstands der N-ERGIE AG, Nürnberg, zitierte eine Regionalstudie der Uni Nürnberg, die zum Ergebnis hat, dass von 1,8 Mrd. Euro Umsatz 600 Mio. Euro in der Region verbleiben. Hasler, der dieses Ergebnis als „wesentliches Moment“ bezeichnete, verwies darauf, dass den Kommunen klar sein müsse, „dass Wertschöpfung in der Region ein hohes Gut ist“. Er monierte, dass die Netzentgeltreduzierung relativ drastisch angegangen worden sei – eine Meinung, die E.ON-Vorstandschef Deml mit ihm teile. Auf der Netzentgeltebene bedeute dies: „Wir werden in Zukunft weniger investieren“, was zur Folge habe, „dass in 10 oder 20 Jahren die Versorgungssicherheit nicht mehr in dem Maße gewährleistet sein wird, wie wir sie jetzt als Standard haben.“

Paul Waning

Paul Waning, Vorstand der LEW AG, Augsburg, und Umweltbotschafter im Umweltpakt Bayern, machte deutlich: „Wir sind echte Partner und nicht nur Verkäufer einer Ware. Wir sind daran interessiert, dass diese sinnvoll eingesetzt wird.“ Das Augenmerk muss laut Waning darauf gelegt werden, vernünftig miteinander umzugehen und den Kundennutzen in den Vordergrund zu stellen. Der Energieversorger habe sich mit der Beteiligung am Umweltpakt Bayern verpflichtet, das Umweltanliegen firmenintern und

extern zu fördern. Hierzu hätten die Lechwerke ein Programm für mehr Energieeffizienz aufgelegt. Für diese umfangreiche Kampagne werde das Unternehmen in den nächsten drei Jahren 10 Millionen Euro investieren. Mit Information, individueller Beratung und einem Katalog von Fördermaßnahmen soll privaten und öffentlichen Verbrauchern sowie Unternehmen geholfen werden, Energie sorgsam einzusetzen und Einsparungen zu erzielen.

Die Inhalte des Programms beziehen sich auf die sechs Bereiche Informationskampagne Energieeffizienz, öffentliche Gebäude und Krankenhäuser, Straßenbeleuchtung, Energiecontrolling für Unternehmen, Wärmepumpe sowie Kommunikationsprojekte in Schulen. Ziel der Kampagne ist es, Informationen zum bewussten und sparsamen Umgang mit Energie zu vermitteln. Im Mittelpunkt stehen unterschiedliche Beratungsleistungen wie individuelle Beratungen bei Energiesparberatungen vor Ort, Veranstaltungen für Bauherren und Renovierer, die telefonische Beratung im Kundenservice oder die Online-Energieberatung via Internet.

Klaus-Peter Dietmayer

Klaus-Peter Dietmayer, Geschäftsführer erdgas schwaben, Augsburg, und ebenso wie Waning Umweltbotschafter im Umweltpakt Bayern, sagte: „Erneuerbare regionale Energien nutzen, Energieeffizienz massiv steigern und intelligentes Energiesparen – das ist der Dreiklang, mit dem wir unsere Energieversorgung sichern.“ Bis 2020 habe sich erdgas schwaben zum Ziel gesetzt, über diesen Dreiklang 30 Prozent Energie einzusparen. „Ich denke, das ist machbar“, so Dietmayer.

Die essenzielle Frage laute: „Wie kriegt man Technik breit in den Markt?“ Der Geschäftsführer verwies darauf, dass sein Unternehmen in Bayerischer Schwaben zum größten Thermografie-Anbieter avanciert sei. erdgas schwaben sei in der Energieberatung zusammen mit LEW tätig. Mit verschiedenen Kommunen säße man am Tisch, um sich über bezahlbare Maßnahmen auszutauschen. „Wir sind ständig auf der Suche nach den effizientesten Energieversorgungsmöglichkeiten“, betonte Dietmayer. Hier sei noch viel Arbeit zu leisten. Im Augenblick stelle er einen ineffizienten Umgang mit der Ressource Wald fest und nannte in diesem Zusammenhang die Möglichkeit, Wärme und Strom gleichzeitig aus Holz zu gewinnen. Auch verwies er darauf, dass erdgas schwaben derzeit über zwei Biogasanlagen verfüge: In Graben würden Bio-Erdgas und in Dillingen Bio-Wärme und Bio-Strom aus regionalen, nachwachsenden Rohstoffen produziert. Dadurch spare Schwaben 18.400 Tonnen CO2 im Jahr. **DK**

Herausforderungen im ...

(Fortsetzung von Seite 1) Schattenkraftwerke, die dann einspringen, wenn kein Wind weht oder Deutschland unter einer dicken Wolkendecke liegt. Ein Ausweg aus diesem Dilemma wären innovative Speichertechnologien. „Leider“, so der Vorstand, „ist der große Durchbruch bisher nicht gelungen. Langfristig könnte die Elektrifizierung des Verkehrs ein hilfreicher Weg sein.“

Absolutes Neuland

Wegen dieser Schwächen könnten die erneuerbaren Energien jedenfalls in den nächsten 20 Jahren die drohende Erzeugungslücke nicht schließen. Manche Politiker plädierten deshalb für neue Kohlekraftwerke mit CO2-Abscheidung. Diese Technik sei aber „absolutes Neuland“ und stehe für den großtechnischen Einsatz „vielleicht irgendwann“ zur Verfügung. „Eine Politik, die hier und heute auf CO2-Abscheidung besteht, läuft also in Wahrheit auf einen langjährigen Baustopp für Kohlekraftwerke hinaus“, sagte Deml. Wieder andere forderten Gaskraftwerke, die in der Tat ein Drittel weniger CO2 als Kohlekraftwerke emittieren. Auch E.ON baue derzeit in der Nähe von Ingolstadt zwei neue Anlagen mit Wirkungsgraden von über 50 %.

Tatsache sei freilich, dass für eine ganze Serie neuer Gaskraftwerke einfach „das Gas fehlt“. Dafür müssten neue Felder erschlossen und enorme Transportkapazitäten geschaffen werden. Deml: „Unsere Importabhängigkeit würde weiter steigen, und zwar von Ländern, die nicht unbedingt mit hoher politischer Stabilität gesegnet sind. Was ein derartiger Nachfrageschub für die Gaspreise bedeuten würde, die ohnehin stark nach oben tendieren, kann man sich an fünf Fingern abzählen.“

Wenn die Argumente ausgehen, kommt der Ruf nach Energieeinsparung. Raum dafür sei vor allem beim Wärmeverbrauch. Hier gebe es ein Einsparpotenzial von bis zu 25 %. Die dafür erforderlichen Investitionen rechneten sich meist relativ schnell. Zudem könne man auch beim Stromverbrauch sparen. Fakt sei jedoch, so der E.ON Vorstand, „dass die Energieeinsparung in den nächsten 20 Jah-

ren auch nicht aus dem Dilemma heraus führen wird“. Dazu bedürfe es weit mehr als der Abschaffung des Stand-by-Betriebs und des flächendeckenden Einsatzes von Sparlampen. Dazu müsste vor allem die Wirtschaft den Stromverbrauch rasch und massiv senken: „Und das geht nicht mit der Brechstange, sondern mit den Investitionszyklen der verschiedenen Branchen.“ Auch die Privatkunden müssten spürbare Beiträge leisten, die dann schon auf eine Änderung der Lebensgewohnheiten und auf



Dr. Peter Deml.

Komfortverzicht hinausliefern.

Bleibt am Ende nur der Stromimport, „der tatsächlich weiterhilft, aber auch seine Kehrseiten hat“. Denn der Strom käme aus ausländischen Kernkraftwerken, aus alles andere als umweltfreundlichen Kohlekraftwerken und aus Ländern, die nur so lange exportieren können, wie sie wirtschaftlich darinnenliegen.

dena-Studie

Wie ernst man das Thema Erzeugungslücke nehmen muss, belegt Deml zufolge eine „aktuelle Studie der absolut unverheirateten Deutschen Energieagentur“. Danach droht für 2020 eine Lücke, und zwar auch dann, wenn der Stromverbrauch zurückgeht und der Ausbau der Regenerativen mit hoher Dynamik fortgesetzt wird. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass im Interesse der Versorgungssicherheit ein Weiterbetrieb der bestehenden Kernkraftwerke über die fixierten Laufzei-

ten hinaus unverzichtbar ist.

Damit zum zweiten Teilziel im energiepolitischen Dreieck: Strom muss – und zwar für alle – bezahlbar bleiben. Tatsache sei, „dass wir in den nächsten Jahren mit einem weiteren Anstieg der Strompreise rechnen müssen“, machte der Vorstandsvorsitzende deutlich. Gründe hierfür seien das globale Wirtschaftswachstum und vor allem die Entwicklung in Asien mit einem rasant steigenden Energiebedarf, der schier unaufhaltbare Anstieg des Ölpreises, der auch die anderen Primärenergien verteuere, der beträchtliche Anstieg der Staatsquote und die Kosten aus dem Ausbau des Netzes. Hinzu komme, „dass mit der Erneuerung des konventionellen Kraftwerksparks die Kapitalkosten und damit auch die Erzeugungskosten nach oben gehen werden, weil der auf europäischer Ebene vorgesehene Umbau des Systems der Emissionszertifikate die Nachfrage und damit auch den Preis der Zertifikate sehr wahrscheinlich steigen lassen wird“.

Steigende Preise

„Alle Indikatoren deuten also auf steigende Preise hin“, so Deml. Diese Prognose stehe in einem harten Kontrast zur Erwartungshaltung in der Öffentlichkeit. Deutschland erhoffe sich sinkende Preise von Wettbewerb, Regulierung der Netzentgelte und neuen kartellrechtlichen Instrumenten. Die Wirklichkeit werde aber eine andere sein. Strom werde „ein zunehmend wertvolles und teures Gut“. Tröstlich daran sei, „dass davon wieder Einsparimpulse ausgehen“.

Im Interesse der Versorgungssicherheit und der Wirtschaftlichkeit forderte der Vorstand dazu auf, „massiv zu investieren“. Es gehe um extrem hohe Investitionen. Die Bereitschaft dazu setze verlässliche politische Rahmenbedingungen voraus. Hier bestünden zurzeit allerdings erhebliche Risiken. Deml: „Wir sollten den breiten Mix der Energieversorgung erhalten und nicht ohne Not auf einzelne Energieträger verzichten. Wir sollten aufhören, die Energieträger und die Technologien gegeneinander auszuspielen. Wir brauchen sie alle!“ **DK**

Johannes Schneider / Südwasser GmbH:

Dienstleistungen im Wasser- und Abwasserbereich

Die SüdWasser GmbH mit Sitz in Erlangen wurde als Kompetenz-Center der E.ON Bayern AG für alle Fragen der Wasserwirtschaft gegründet. SüdWasser betreut derzeit 67 Abwasser- und 19 Trinkwasseranlagen, so Johannes Schneider. Der Vertrieb wird in enger Zusammenarbeit mit E.ON Bayern betrieben. Zielgruppe sind insbesondere kleinere Kommunen bis ca. 15.000 Einwohner. Der Ansatz der SüdWasser ist es, diese Kommunen mit ihrem Know-how (Dienstleistung) zu unterstützen und sie dabei in ihrer Selbstständigkeit zu stärken.

Das Dienstleistungsangebot der SüdWasser GmbH umfasst die Betriebsunterstützung für Trinkwasserversorgungs- und Abwasseranlagen, die Betriebsführung von Trinkwasserversorgungs- oder Abwasseranlagen sowie den Bau und Betrieb von Anlagen in Form von Kooperations- oder Betreibermodellen.

Nutzung von Synergien bei Bau und Betrieb

Die Vorteile einer Zusammenarbeit mit Südwasser beruhen auf individuell auf die vorliegenden Anforderungen zugeschnittenen Modelle der Zusammenarbeit, die Nutzung von Synergien bei Bau (Ausschreibung und Koordination) und Betrieb (Ersatzmaterialien), die Kostenoptimierung durch Effizienzsteigerungen und durch Bündelung mehrerer Projekte (z. B. bei Materialeinkauf, Ausschreibungen, Abrechnungen etc.) sowie die Minimierung von Investitions- und Betriebsrisiken. Ziel ist es, die Möglichkeiten und Vorteile eines privaten Dienstleisters mit der Aufgabe der öffentlichen Ver- und Entsorgung zu vereinbaren, um somit – wo es sinnvoll ist – eine kreative Verbindung von privat und öffentlich zu schaffen.

Trinkwasserversorgung

Möglichkeiten zur Energieeinsparung in der Trinkwasserversorgung ergeben sich zunächst u. a. durch die Senkung von Trinkwasserverlusten im Leitungsznetz durch Rohrbruchsuche/ Netzverlustanalyse (hierdurch Einsparung von Energie durch verminderte Förderung, Netzeinspeisung und Aufbereitung bei gleicher Abgabemenge). Anzuführen ist hier auch die Verwendung von günstigem Nachtstrom durch optimierte Förderung in Zusammenhang mit Behälterbewirt-

schaffung in Abhängigkeit von Bedarf und Behältergröße in den von Stadtwerken betreuten Versorgungen. Eine weitere Möglichkeit ist die bestmögliche Nutzung von Quellgebieten mit freiem Zulauf zum Trinkwasserbehälter oder Netz auch unter Nutzung moderner Technologie für die Aufbereitung von Quellwasser wie Ultrafiltrations- und UV-Anlagen (zum Beispiel in Köditz, Rehau, Glashütten oder Schwarzenbach a. Wald).

Einsparung in Kläranlagen

Stichwort Abwasserentsorgung: In Kläranlagen kann Energie eingespart werden. Eine Belebungsanlage beispielsweise sorgt für eine Reduzierung des Stromverbrauchs bei Rührwerken durch Drehzahlanpassung. So können zwei Langsam laufende Rührwerke eine Kostenersparnis bis zu 5.000 Euro pro Jahr erbringen. Durch Erneuerung der Belüftung ist zudem eine Reduzierung der Gebläselaufzeiten um rund 20 bis 40% möglich. Auch ist eine Überprüfung der Rücklaufschlammmenge sinnvoll.

Biogasanlagen mit Klärschlamm-trocknung

In einem kurzen Ausblick verwies Schneider auf die sinnvolle Kombination von Biogasanlagen mit Klärschlamm-trocknung, die mit Straßenbegleitgrün betrieben werden. Er prognostizierte, dass kleine Monoverbrennungsanlagen mit ca. 40 bis 60.000 Tonnen Jahreskapazität regional entstehen werden. Bei kleineren Kläranlagen könne die Schlammfäulung interessanter werden. Erzielbar sei eine Reduktion der Energiekosten um ca. 30 % (Wechsel von aerober zu anaerober Stabilisierung). **DK**

Unternehmen der Energie- und Wasserwirtschaft:

Gemeinsamer Verband

Die Unternehmen der bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft haben einen gemeinsamen Verband gegründet. Der künftige Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft eV (VBEW) vertritt ca. 310 Unternehmen mit einem Gesamtumsatz von 15 Milliarden Euro.

Die bisherigen Verbände der Bayerischen Elektrizitätswirtschaft sowie der Bayerischen Gas- und Wasserwirtschaft gaben in München mit der Gründung des neuen Verbands die Fusion beider Organisationen bekannt. Zu Vorständen des VBEW wurden Claus Gebhardt, Geschäftsführer der Stadtwerke Augsburg, und Götz-Ulrich Luttenberger, Geschäftsführer der Städtischen Werke Überlandwerke Coburg, gewählt. Die Verbands-Geschäftsführung übernehmen Detlef Fischer vom bisherigen Verband der Elektrizitätswirtschaft und Jörn-Helge Möller vom Verband der Bayerischen Gas- und Wasserwirtschaft.

„Unser neuer Verband versteht sich als Repräsentant der bayerischen Energie- und Wasserversorgungsunternehmen gegenüber der Politik und Öffentlichkeit“, erklärte Gebhardt. „Mit dem Zusammenschluss tragen wir den Erfordernissen der Mitgliedsunternehmen Rechnung, die häufig als Strom-, Gas- und Wasserversorger tätig sind.“

Der VBEW versteht sich als spartenübergreifender Dienstleister und erfüllt damit insbesondere die Anforderungen der vielen kleinen und mittleren Versorger in Bayern. „Wir wollen unsere Mitglieder unterstützen, dass sie ihre vielfältigen Aufgaben auch zukünftig leistungsstark umsetzen können“, erläuterte Luttenberger. „Eines unserer Ziele ist es, den Gesetzgeber davon zu überzeugen, die teilweise überzogenen Belastungen der Unternehmen, die durch Regulierung und Bürokratie verursacht werden, abzubauen. Ein 500-seitiger Antrag auf Netzentgeltgenehmigung ist zuviel des Guten.“ **dhg.**



Dialog am E.ON Bayern Stand.

VBGW zieht Bilanz:

Bayerische Führung bei Bio-Erdgas

Die bayerische Erdgaswirtschaft hat im vergangenen Jahr 37,6 Millionen Euro in die zukunftsweisende Biogastechnologie zur Aufbereitung und Einspeisung in das Erdgasnetz investiert. Bayern ist damit führend bei der zur Verfügungstellung von Bio-Erdgas für den Verbraucher. Der Erdgasverbrauch ist im vergangenen Jahr leicht zurückgegangen.

Im Jahr 2006 haben die bayerischen Verbraucher rund 110 Millionen Kilowattstunden (kWh) Erdgas verbraucht und damit 5,1 Prozent weniger als im Jahr 2005. Im vergangenen Berichtsjahr 2007 ist der Verbrauch wiederum um ca. 5 Prozent gesunken. Die Zahlen, so der Verband der Bayerischen Gas- und Wasserwirtschaft (VBGW) in seiner Jahrespressekonferenz in München, spiegeln die letzten beiden milden Winter sowie das gestiegene Energiebewusstsein der Verbraucher wider.

Die Investitionen der bayerischen Erdgaswirtschaft lagen im vergangenen Jahr bei etwa 140 Millionen Euro. Das Ausgabenvolumen bewegt sich damit seit mehreren Jahren auf einem leicht sinkenden Niveau. Schwerpunkt waren die Modernisierung des 40.000 Kilometer langen bayerischen Erdgasnetzes sowie die Instandhaltung und der Ausbau der sechs bayerischen Erdgasspeicher. Ihr Volumen umfasst rund 20 Prozent der in Deutschland zur Verfügung stehenden Speicherkapazitäten.

Politik muss für stabile Rahmenbedingungen sorgen

„In den kommenden Jahren werden die Ausgaben ansteigen müssen, um eine zuverlässige Belieferung der Bürger und der Wirtschaft mit Erdgas sicherzustellen. Dafür muss die Politik langfristig stabile Rahmenbedingungen und verlässliche Regulierungsvorgaben gewährleisten, ohne dass die Wirtschaftlichkeit der Unternehmen gefährdet wird“, so Claus Gebhardt, Vorsitzender des VBGW.

Im Jahr 2007 wurden zusätzlich zu den landwirtschaftlichen Biogasanlagen bayernweit 37,6 Millionen Euro in Biogasanlagen mit Einspeisung ins Erdgasnetz investiert. Die hiesigen Erdgasversorger sind damit deutschlandweit die führenden Betreiber von Biogasanlagen mit Einspeisung ins Erdgasnetz. 42 Prozent der Biogasanlagen in Deutschland sind in Bayern installiert, sie liefern rund 25 Prozent der elektrischen Leistung aller Biogasanlagen. Mit rund 42 000 Kubikmeter pro Tag verfügt Bayern zur Zeit über die höchsten Einspeisemengen ins Erdgasnetz und mit einem Potential von 3 Millionen Kubikmeter pro Tag könnte ein Viertel der an einem Sommertag im Freistaat abgegebenen Erdgasmenge gedeckt werden.

„Innovative Technik und ansteigende Mengen werden künf-

tig eine Belieferung von Endverbrauchern mit einem hohen Anteil Biogas möglich machen. Aktuell ist dies durch aufwändige technische Herstellungsprozesse wirtschaftlich noch nicht sinnvoll“, erläutert Jörn-Helge Möller, Geschäftsführer des VBGW. Der Hauptteil des Biogases aus nachwachsenden Rohstoffen und Biomasseabfällen wird zur Zeit in Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen zur klimafreundlichen Energieerzeugung in Bayern eingesetzt.

Erdgastankstellen

Im Gemisch mit Erdgas kann Biogas zudem als klimafreundlicher Kraftstoff eingesetzt werden. Viele bayerische Gasunternehmen unterstützen mit finanziellen Förderungen und Prämien die Anschaffung umweltschonender Erdgasfahrzeuge. Bayern verfügt mit aktuell 107 von rund 800 Erdgastankstellen deutschlandweit über ein flächendeckendes Erdgas-Tankstellennetz.

Mit der Klimaschutzzerklärung der deutschen Gastwirtschaft haben sich auch die Erdgasversorger in Bayern dem Umweltschutz verpflichtet. So sollen bundesweit bis zum Jahr 2012 die CO₂-Äquivalente um 45 Millionen Tonnen pro Jahr gegenüber 1990 reduziert werden. Darüber hinaus werden Kunden mit Energieberatungen oder finanziellen Förderungen, z.B. für die Heizungsmodernisierung bei der Umsetzung von Energiesparmaßnahmen, unterstützt. „Der Klimaschutz ist uns ein wichtiges Anliegen. Alleine im vergangenen Jahr stellte die bayerische Erdgaswirtschaft rund 1,1 Millionen Euro Fördermittel für Energie- und CO₂-Einsparungen im Haushalts- und Gewerbebereich zur Verfügung“, betonte Gebhardt.

Am weitesten verbreitet

In der aktuellen Feinstaubdiskussion sei darauf hinzuweisen, dass Erdgas von allen Energieträgern mit 0,11 mg/ kWh den geringsten Feinstaubanteil hat. Holzpellets beispielsweise entwickelten 390 mal soviel Feinstaub wie Erdgas. Durch die hohe Versorgungssicherheit und den Klimaschutzfaktor sei Erdgas, so der VBGW, die am weitesten verbreitete Heizenergie in Bayern. Der Marktanteil bei Neubauten liegt bei gut 52 Prozent. Heizöl, einst wichtigster Wettbewerber, sei dagegen auf 6,9 Prozent zurückgefallen. **dhg.**

Günter Beermann / BWE-Bayern:

Windkraftnutzung im Freistaat ...

... Entwicklung und Potenziale

„Ohne Windkraft bleiben Bayerns Klimaziele nur ein frommer Wunsch!“, zeigte sich der bayerische Landesvorsitzende des Bundesverbandes WindEnergie e.V. (BWE) überzeugt. Die Potenziale der Windkraft als klimaneutrale Energiequelle der Region seien längst noch nicht ausgeschöpft.

Bis vor kurzem galten küstenferne Binnenländer wie Baden-Württemberg, Hessen oder Bayern als Regionen, die für eine wirtschaftliche Nutzung der Windkraft nicht in Frage kommen. Neuesten Zahlen, Fakten und Prognosen des BWE zufolge könnte auch in Bayern die Windenergie bald die effektivste und gleichzeitig preisgünstigste erneuerbare Energie sein. „Wind wie in Norddeutschland gibt es auch in Bayern“, erläuterte Beermann, bei gut ausgewählten Standorten sogar deutlich mehr als an norddeutschen Durchschnittsplätzen. Darüber hinaus habe die Windkraft die größten Potenziale, um schnell einen substanziellen Beitrag zum Klimaschutz zu liefern.

Schattendasein

In Bayern führe diese Energiequelle jedoch gegenüber anderen regenerativen Ressourcen noch ein Schattendasein, obwohl sie heute technologisch so ausgereift sei, dass sich auch vermeintlich „schwächere“ Standorte auszeichnen nutzen lassen, betonte Beermann. Die Windstromproduktion sei mit ihrem stetigen Ausbau in den vergangenen Jahren immer effektiver und effizienter geworden. Umweltschäden oder Belastungen für die Anwohner würden auf ein Minimum reduziert.

Keine andere regenerative Technologie hat nach Auskunft des BWE eine so hohe Flächeneffizienz. In Bayern werden laut Beermann lediglich 0,03 Prozent der Fläche durch Windkraft genutzt. Damit ließen sich nur 0,6 Prozent des Strombedarfs erzeugen. Zum Vergleich: In Ländern wie Rheinland-Pfalz, Sachsen und Thüringen werde die zehnfache Fläche genutzt. Windkraft erzeugt dort sechs bis zehn Prozent des Stroms. Im-

merhin kann eine moderne Windenergieanlage an einem durchschnittlich windigen Standort 15 Millionen Kilowattstunden Strom pro Jahr erzeugen. Das reicht für 5.000 Haushalte, 13.000 Tonnen CO₂ werden so „gespart“. In Bayern könnten auf diese Weise etwa zehn Prozent des CO₂-Ausstoßes vermieden werden, schätzt der BWE.

Günstigste Stromquelle

Windenergie gilt als die günstigste erneuerbare und saubere Stromquelle. Allein 2006 vermied die Windstrom-Produktion in Deutschland 26,1 Mio. Tonnen CO₂, das ist wesentlich mehr als Industrie und Energiewirtschaft gemäß Emissionshandel bis 2012 insgesamt einsparen müssen. Bei der Vermeidung einer Tonne CO₂ ist die Windenergie 25 mal günstiger als der Emissionshandel.

Vorbildliche Gemeinden

Vor wenigen Wochen hat der Bundestag ein novelliertes Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) beschlossen. Darin wird der herausragenden Rolle der Windkraftnutzung für eine klimafreundliche Energieversorgung Rechnung getragen. Der Bundesverband Windenergie (BWE) beklagt allerdings, dass dies viele verantwortliche Politiker vor Ort noch nicht wahrhaben wollen.

Doch gibt es auch Ausnahmen, wie Beermann anhand einiger Beispiele verdeutlichte: Bayerische Gemeinden wie Fröttmaning bei München, Denkendorf, Luftkurort Wirsberg in Ofr., Schweitenkirchen, Bidingen/Allgäu, Großnottersdorf (Markt Titting) und Neustadt an der Aisch hätten bereits Zeichen gesetzt und sich mit Windkraft versorgt. **DK**



„Nur mit strikter Energieeffizienz können wir den Klimaschutz bis 2020 tatsächlich voranbringen“, so die Vorsitzende des Industriausschusses im Europäischen Parlament, Angelika Niebler (Bild rechts). Bei einer Debatte über die Förderung CO₂-armer Energien in Europa während der Studententage der EVP-ED-Fraktion in Paris betonte die CSU-Politikerin, dass es neben massiven Investitionen in Forschung und Entwicklung von neuen, CO₂-armen Energieträgern notwendig sei, mit der verfügbaren Energie besser zu haushalten.

„Durch einfache Maßnahmen wie etwa den Einsatz von Sparlampen, statt herkömmlicher Glühlampen können schon mehrere Millionen Megawatt Strom und somit auch CO₂ eingespart werden.“ so die Abgeordnete. Auch eine bessere Wärmeisolierung von Häusern spare bei den steigenden Energiepreisen langfristig nicht nur bares Geld, sondern hilft auch die Umwelt zu schonen. „Zwangsmaßnahmen, wie das von der Kommission geplante faktische Verbot von herkömmlichen Glühlampen sind dabei aber der falsche Weg. Wir müssen die Bürger in Europa auf dem Weg zu mehr Klimaschutz mitnehmen. Durch vorschnelle bürokratische Brüsseler Maßnahmen werden wir das aber bestimmt nicht erreichen.“ kritisiert Niebler. „Was wir in den EU-Mitgliedstaaten brauchen, sind Anreize, wie etwa in die Wärmeisolierung des eigenen Hauses zu investieren.“ **DK**

Bayerngas Norge erstmals in Dänemark

Das norwegische Gasförderunternehmen hat Anteile an einem großen Gas- und Ölfeld in der dänischen Nordsee gekauft

Bayerngas Norge AS, Oslo, hat von Petro-Canada Denmark GmbH einen 25 %-Anteil am Öl- und Gasfeld „Hejre“ in der dänischen Nordsee nahe der norwegischen Grenze erworben. Nach dem Kauf hat Bayerngas Norge 10 % von Hejre an DONG Energy A/S weiterveräußert. Bayerngas Norge hält damit 15 % an der Lizenz, StatoilHydro 25 % und DONG als Betriebsführer jetzt 60 Prozent.

Mit dem neuesten Anteilerwerb ist das von der Münchner Bayerngas 2006 in Oslo gegründete Gas-Förderunternehmen erstmals außerhalb Norwegens aktiv geworden. Bayerngas sowie die weiteren Anteilseigner des norwegischen Unternehmens, Stadtwerke München, Swissgas und TIGAS-Erdgas Tirol, weiten mit den Explorations- & Produktionsaktivitäten der Bayerngas Norge in Dänemark ihr Engagement im Fördergeschäft aus. Die Investitionsbereitschaft der Gesellschafter ist Beleg für den nachhaltigen Ausbau des eigenen Beitrags zur Versorgungssicherheit mit Erdgas für Bayern, die Schweiz und Tirol.

Technisch aufwändige Produktion

Das Feld Hejre liegt ca. 300 km westlich der dänischen Küste in einer Wassertiefe von 70 m und ist mit zwei Bohrungen erschlossen. Die Lagerstätte befindet sich in einer Tiefe von 5100 m. Aufgrund dessen weist das Reservoir einen Druck von 1000 bar und eine hohe Temperatur von 170 Grad Celsius auf, was eine technisch aufwändige Produktion bedingt. Die Gasfunde, an denen die Bayerngas Norge bisher beteiligt ist, liegen in einer Tiefe von 3000 m.

2010 soll der Betriebsplan bei den dänischen Behörden eingereicht werden. Ein genehmigter Betriebsplan ist Voraussetzung für die Aufnahme der Produktion, deren Start für 2013 geplant ist.

Der Anteil der Bayerngas Norge an Hejre soll rund 600 Millionen Kubikmeter (Mio. m³) Gas und ca. 1,08 Mio. m³ Öl betragen. Das entspräche dem durchschnittlichen Jahresverbrauch von nahezu 700.000 Einfamilienhäusern an Wärmeenergie.

Die gesamten Reserven des norwegischen Unternehmens wachsen mit dem Hejre-Anteil von ca. 6 Milliarden m³ Gas Äquivalent auf ca. 7,7 Mrd. m³. Das ist die 1,3-fache jährliche Verkaufsmenge der Bayerngas von derzeit annähernd 6 Mrd. m³ Erdgas (64,2 Mrd. Kilowattstunden).

Der Anteilerwerb an Hejre bedarf noch der Genehmigung durch die dänischen Behörden. □



Nahmen die größte LEW-Umspannanlage symbolisch wieder in Betrieb: Paul Waning (LEW-Vorstandsmitglied), Markus Sackmann (Staatssekretär im Bayerischen Wirtschaftsministerium), Ulrich Kühnl (LEW-Vorstandsmitglied), Martin Sailer (Landrat des Landkreises Augsburg) und Gerhard Mößner (1. Bürgermeister von Oberottmarshausen). □

Verbesserung der regionalen Stromversorgungsqualität:

Lechwerke investieren 6,5 Millionen Euro

LEW-Umspannwerk in Oberottmarshausen nach Modernisierungsmaßnahmen symbolisch wieder in Betrieb genommen

Mit einer Investitionssumme von 6,5 Millionen Euro haben die Lechwerke (LEW) ihr größtes Umspannwerk in Oberottmarshausen modernisiert und technisch aufgerüstet. Nach vierjährigen Sanierungsarbeiten und Umbauten wurde das Projekt im Frühjahr 2008 abgeschlossen. Jetzt wurde die Umspannanlage symbolisch wieder in Betrieb genommen.

Mit der Modernisierung des Umspannwerkes in Oberottmarshausen hat LEW wichtige Anlagenkomponenten auf modernsten Stand der Technik gebracht. „Wir leisten damit einen wesentlichen Beitrag zur nachhaltigen Sicherung der Versorgungsqualität. Außerdem verbessern wir die Ef-

fizienz des Netzbetriebes und schaffen ausreichende Netzkapazitäten für die Zukunft“, betonte LEW-Vorstandsmitglied Ulrich Kühnl bei dem offiziellen Termin in Oberottmarshausen. Markus Sackmann, Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie sowie Gerhard Mößner, Erster Bürgermeister der Gemeinde Oberottmarshausen nahmen die Anlage zusammen mit dem Vorstand der Lechwerke symbolisch in Betrieb. In der Umspannanlage südlich von Augsburg wird ein Großteil der im LEW-Netzgebiet benötigten Energie aus dem überregionalen 380.000 Volt Transportnetz eingespeist. Im Umspannwerk wandeln mehrere Transformatoren die über das Hochspannungsnetz angelieferte elektrische Energie um. Von dort wird die Elektrizität über das regionale Stromnetz zu den Kunden transportiert.

Das Netzgebiet der Lechwerke umfasst Bayerisch-Schwaben sowie Teile Oberbayerns. Die Lechwerke sorgen mit ihrem leistungsstarken und engmaschigen Stromnetz für eine zuverlässige Versorgung. Das Leitungsnetz der Lechwerke hat eine Gesamtlänge von etwa 25.000 Kilometer. Davon verlaufen 12.500 Kilometer im Kabel unter der Erde. Insgesamt betreibt das Unternehmen 120 Umspannanlagen. □

Fraunhofer-Institut:

Aufbereitungs-Technologien für Biogas

Im Rahmen des Verbundprojekts „Biogaseinspeisung“ hat das Fraunhofer-Institut für Umwelt-, Sicherheits- und Energietechnik eine Studie erstellt. Sie bewertet die zur Aufbereitung des Biogases auf Erdgasqualität am Markt verfügbaren Technologien. Ziel der Studie ist es, für Planer, Anwender und Interessenten Antworten auf technische und wirtschaftliche Fragen zu geben. Je nach Anlagengröße und Randbedingungen vor Ort eignen sich demnach unterschiedliche Aufbereitungstechnologien. Bei weniger als 50 % Abwärmenutzung wird der Betrieb nach dieser Studie wirtschaftlich grenzwertig, und zwar umso mehr, je kleiner die Anlage ist. Download: http://www.biogaseinspeisung.de/download/BMB_F_Report_280408.pdf □

Jan Weber / Montana Erdgas GmbH & Co. KG:

Wettbewerb am Gasmarkt

... Sparpotenzial für Kommunen

Das auf den Energiehandel in Südbayern spezialisierte Familienunternehmen besitzt mehr als 45-jährige Erfahrung im Energiesektor, wie der Vertriebsleiter hervorhob. Die Montana Gruppe verfügt über insgesamt neun Niederlassungen in Bayern (die Zentrale befindet sich im Münchner Süden) und besteht aus vier selbstständigen Gesellschaften: Montana Energie-Handel GmbH & Co. KG, Montana Heiztechnik GmbH & Co. KG, Montana Gas GmbH & Co. KG (internationaler Flüssiggashandel) und Montana Erdgas GmbH & Co. KG. Montana beliefert rund 55.000 Kunden mit jährlich bis zu 800 Millionen Litern Mineralöl. Der Jahresumsatz beträgt rund 500 Millionen Euro.

Durch die Kompetenz im Energiehandel war es für Montana ein logischer Schritt, nach der Öffnung des Erdgasmarktes für freie Anbieter ab 2008 auch diesen Bereich abzudecken. Seit Mai 2008 bietet das Unternehmen zudem spezielle Versorgungsangebote für kommunale Liegenschaften, Immobilienwirtschaft sowie Gewerbe- und Industriekunden an. Mittelfristiges Ziel ist es, ganz Bayern mit Erdgas zu versorgen.

Attraktive Preismodelle

Zu den Anforderungen für die kommunale Erdgasversorgung zählen Zuverlässigkeit, attraktive und transparente Preismodelle, die Versorgung aller kommunalen Liegenschaften - vom „Bunsenbrenner“ bis zur Schule und Eisstadion -, ein regionaler Ansprechpartner, ein geringer administrativer Aufwand sowie die Unterstützung in Energiefragen und Effizienzsteigerung.

Gemäß dem sog. Zweivertragsmodell ist in jedem Marktgebiet ein Handlungspunkt umgesetzt, an dem Gas frei gehandelt werden kann. Durch die Pfadunabhängigkeit des Modells braucht der Transportkunde nicht die gesamte Transportkette zu buchen, es genügen jeweils ein Ein- und Auspreisvertrag. Einfache Lieferantenwechselprozesse innerhalb eines Marktgebietes werden sichergestellt. Die sog. Rucksackregelung sichert im Falle eines Lieferantenwechsels die

Übertragung der Transportkapazität.

Gemäß dem Firmenleitsatz „Heute an morgen denken“ wartet Montana mit einer Versorgungsgarantie auf. Regionale Ansprechpartner in Schliersee, Bad Tölz, Landsberg, Rosenheim, Waging, Mainburg, Landshut, Ingolstadt, Regensburg sowie natürlich in der Landeshauptstadt sind ebenso Pluspunkte wie die jahrzehntelange Erfahrung im Energiesektor. Die Kalkulation von Montana basiert auf einem Mix fester Zulieferverträge und dem freiem Einkauf auf den Energiemärkten zu besten Preisen. Eine schlanke Organisation sowie die Tatsache, dass alle erforderlichen Tätigkeiten für einen Wechsel vom bisherigen Versorger zum Privatunternehmen von der MONTANA GAS abgewickelt werden, tun ein Übriges.

Ausschreibung

„Wir wissen, dass Kommunen ein hohes Energieeinsparpotential haben. Das Problem ist die Verpflichtung zur Ausschreibung unter Wahrung aller rechtlichen (auch europarechtlichen) Anforderungen. Dies erfordert Know-how und finanzielle Mittel“, so Jan Weber. Montana Gas hat speziell für diesen Bedarf einen unabhängigen Kooperationspartner gefunden, der unter Wahrung der Rechtssicherheit, vergabereif und kostengünstig die Ausschreibung durchführt. **DK**



Fachkundige Beratung am Montana-Stand. □

ESB-Erdgas folgt internationalen Marktpreisen

Wegen der steigenden Rohstoffpreise hat die Erdgas Südbayern (ESB) immer höhere Kosten bei der Erdgasbeschaffung. Ab dem 1. September hat dies nun ebenfalls Auswirkungen für den Endverbraucher. Der Preis für die Kilowattstunde Erdgas wird um 0,79 Cent (netto) angehoben.

Immer neue Rekordpreise beim Öl – und der Erdgaspreis folgt wegen der wechselseitigen Abhängigkeit diesem Trend. Eine Entwicklung, die seit Ende 2007 fast schon zum Alltag gehört. Erdgas Südbayern kann sich diesem internationalen Marktgeschehen nicht entziehen.

Überschrittene Grenze

Trotz effizienter Einkaufspolitik sind die Beschaffungspreise so weit gestiegen, dass der regionale Energieversorger das nicht länger vom Endverbraucher fernhalten kann. „Leider ist die Grenze dessen, was wir abpuf-

fern können, überschritten“, kommentiert Martin Heun, Leiter Marketing und Vertrieb bei der ESB.

Zum 1. September 2008 gelten deshalb für alle Preisgruppen im Vario-Preissystem und in der Grundversorgung neue Preise. Demnach kostet die Kilowattstunde (kWh) Ergas um 0,79 Cent (netto) mehr. Für einen 3-Personen-Haushalt mit einem jährlichen Erdgasverbrauch von 18.000 kWh ergeben sich im Vario-Preissystem Mehrkosten von 14,10 Euro (brutto) pro Monat. Bei Kunden mit einem Jahresverbrauch von 35.000 kWh sind es 27,42 Euro (brutto). □

Für die Region



Hier sind Sie in guter Gesellschaft: Wir versorgen 650.000 Kunden in Nürnberg und der Region zuverlässig mit Energie. Für dieses Vertrauen bedanken wir uns mit Arbeitsplätzen, Investitionen und Engagement. So fließen von jedem Euro, den Sie bei uns für Strom ausgeben, 41 Cent in die Region. Bei einem überregionalen Versorger wären dies nur 18 Cent.

Weitere Informationen über unser regionales Engagement unter www.n-ergie.de oder Telefon 0180 2 111444 (6 Cent pro Anruf aus dem Festnetz der Deutschen Telekom. Bei Anrufen aus den Mobilfunknetzen gelten möglicherweise abweichende Preise.)

N-ERGIE
Spürbar näher.

E.ON bietet Sozialtarif für Stromkunden

Energie gehört zur Grundversorgung, ihr Gebrauch darf kein Luxus sein
Feldversuch in Bayern mit intelligenten Stromzählern

Mit einem breit angelegten Feldversuch in Bayern treibt E.ON die Technologie des intelligenten Stromzählers voran. 10.000 Haushalte und Gewerbekunden werden mit einem sog. smart meter ausgestattet. Die Hälfte wird in Bad Staffelstein installiert, die andere Hälfte flächendeckend über Bayern. Zwischen Zähler und Stromversorger gibt es über DSL oder per Funk einen Datenaustausch zur exakten Darstellung der diversen Verbräuche und der gezielten zeitlichen Stromabnahme, was letztlich dem sparsamen und effizienten Umgang mit Energie dient. Interessenten, die an diesem Versuch teilnehmen wollen, können sich bei E.ON bewerben. Für bedürftige Kunden bietet das Unternehmen einen Sozialtarif.

Bayern ist ein wichtiges Zentrum für die Entwicklung und Erprobung künftiger Strategien der Energiepolitik des E.ON-Konzerns. Denn die E.ON Energie AG versteht sich keineswegs als reines Versorgungsunternehmen, sondern vielmehr als Partner rund um das Thema Energie. Diese Firmenphilosophie hat, wie der Vorstandsvorsitzende Klaus-Dieter Maubach in der Jahrespressekonferenz sagte, neben wirtschaftlichen auch eine klare gesellschaftliche Komponente: E.ON Bayern kennt seit mehr als einem Jahr einen Sozialtarif für bedürftige Stromkunden.

Strategische Schwerpunkte der Energiepolitik sind der Ausbau der Marktposition in Zentraleuropa, eine Offensive bei erneuerbaren Energien, die Steigerung der Energie-Effizienz im konventionellen Kraftwerksbau, die Förderung des Klimaschutzes durch die Abscheidung des Kohlendioxids und beim Thema individuelle Mobilität der Betrieb von Elektroautos mit Energie aus Windkraft.

E.ON Energie ist bereits im Strom- und Gasgeschäft sowie bei der Stromproduktion in zwölf europäischen Ländern aktiv. Und jetzt kommt als ganz wichtiges Land Frankreich hinzu, denn E.ON hat von der spanischen Endesa die 65-Prozent-Beteiligung an der Erzeugungsgesellschaft SNET, dem drittgrößten Energieerzeuger in Frankreich, erworben. „Dies“, so Maubach, „stellt die erste Großinvestition eines privatwirtschaftlichen Energiekonzerns in Frankreich, dem zweitgrößten Energiemarkt in Europa, dar.“ Aber anders als die Platzhirsche werde E.ON Strom und Gas aus einer Hand anbieten. SNET hat mit vier Kohlekraftwerken eine Erzeugungskapazität von 2500 Megawatt (MW). Weitere Auslandsprojekte im Gesamtvolumen von etwa 5000 MW werden in Belgien und Holland, Ungarn und der Slowakei realisiert.

Zu den wettbewerbsfördernden Maßnahmen zählt das Projekt „E wie Einfach“, das Strom um einen Cent je kWh und Gas um zwei Cent je cbm anbietet. Bei Strom gilt eine einjährige Preisgarantie, bei Gas wegen der hektisch steigenden Preise am Weltmarkt aber nicht. Bisher wurden 800 000 Kunden akquiriert. Eine weitere Maßnahme ist die Trennung von Netz und Vertrieb. Auf Bundesebene stehe man nach dem beschlossenen Verkauf des Höchstspannungsnetzes einer Schaffung einer Deutschen Netz AG sehr aufgeschlossen gegenüber. Man hoffe, dass die drei anderen großen Energiekonzerne (RWE, EnBW und Vattenfall) ebenfalls dabei sein werden.

Energie müsse zur Grundversorgung gehören und dürfe kein Luxus sein, sagte Maubach zu den aktuellen Forderungen der Politiker. Deshalb gebe es bei E.ON Bayern schon seit zwei Jahren einen Sozialtarif, der nach der Testphase mit Jahresbeginn bei allen E.ON-Regionalversorgern eingeführt wurde. Dieser Tarif besteht aus einer Kombination der Befreiung von GEZ-Gebühren für Radio und Fernsehen mit weiteren Faktoren, die sicher-

stellen, dass nur die wirklich Bedürftigen diesen Tarif nutzen können. Derzeit kommt er mehr als 21.000 Kunden zugute.

Deutschland ist und bleibt der größte Markt für E.ON Energie,

der selbstverständlich neue Kraftwerke für die auslaufenden Anlagen benötige. Zu den Projekten gehören auch regenerative Energien, in die 6 Mrd. Euro investiert werden. In wenigen Jahren, so Maubach, werde E.ON ein führender Anbieter regenerativ erzeugten Stroms in der EU sein. So habe E.ON Energie das erste richtige Offshore-Windprojekt 30 km vor der Insel Borkum geplant mit 5-MW-Windrädern geplant. Weitere Projekte befassen sich mit Biogas – in Schwandorf startet eine Anlage, die aus nachwachsenden Rohstoffen Gas erzeugt – und mit Geothermie, „wo

wir ganz vorne dabei sind“. Projekte zu Strom- und Wärmeergewinnung aus der Hitze der bayerischen Erde werden in Simbach, Poing, Garching, Oberhaching, Taufkirchen, Traunstein und am Ammersee verfolgt.

Deutscher Energiemix

Nach Auffassung von E.ON sind moderne Kohlekraftwerke unverzichtbarer Teil des deutschen Energiemixes. Im hessischen Großkrotzenburg entsteht das modernste Kohlekraftwerk der Welt mit einem Wirkungsgrad von 46 bzw. 58 %, wenn man die ausgekoppelte Wärme mitrechnet. Dieses neue Kraftwerk wird 20 % weniger CO₂ ausstoßen. Weltweit Spitze ist die größte Gasturbine, die im oberbayerischen Irsching ihren Probetrieb aufgenommen hat mit einem Wirkungsgrad von 60 %. E.ON will den eigenen CO₂-Ausstoß bis zum Jahre 2030 im Vergleich zu

1990 um die Hälfte verringern.

Aber alle regenerativen Energien – derzeit tragen sie 14 % zur Stromerzeugung bei – können konventionelle Kraftwerke nicht vollständig ersetzen. E.ON hält denn auch, wenn auch vorerst „indirekt“, an der Kernkraft fest, „denn der Ausstiegsbeschluss in Deutschland führt in eine Sackgasse.“ Der Konzern hat eine strategische Vereinbarung mit der französischen Areva und Siemens zum Bau neuer Kernkraftwerke getroffen, „derzeit in Großbritannien und Finnland, vielleicht eines Tages auch in anderen Ländern.“

Als neues, interessantes Betätigungsfeld gilt E.ON die Müllverbrennung – und zwar europaweit, nachdem in Deutschland eine Kapazitäts-Sättigung bei der Verbrennung droht. Die neueste Idee aber ist die „Revolution der Mobilität“ durch den breiten Einsatz von Elektroautos. E.ON Energie sieht die Möglichkeit, die Batterien der Autos als Speicher im Ge-

samtsystem der Stromversorgung zu nutzen. Dazu sollen intelligente Stromzähler, „smart meter“ genannt, als Mini-Computer die Akkus der Elektroautos gezielt zu Zeiten eines großen Stromangebotes, etwa in der Nacht, aufladen. Umgekehrt könnte bei extremen Verbrauchsspitzen eine Rückspeisung von Strom aus den Autobatterien in das öffentliche Stromnetz stattfinden. Dies alles würde wirksam zum Klimaschutz beitragen, denn der Strom soll zum Beispiel von Windkraftanlagen geliefert werden, deren unregelmäßige Lieferung (je nach Wind) so überspielt werden könnte. Um den stärkeren Einsatz von Elektrofahrzeugen zu forcieren, ist E.ON Energie eine Kooperation mit einem großen, noch ungenannten Autohersteller eingegangen. E.ON selbst will keine Batterien bauen. Würden heute alle Autos mit Strom betrieben, betrüge der CO₂-Ausstoß je Auto nur 80 g/km, sagte Maubach. **dhg.**



Papa spart jetzt 150 Euro beim Strom – und liebt wie E.ON Bayern unsere Region!

Seit mehr als 100 Jahren liefern wir den Menschen in Bayern Strom, Erdgas und Wärme – an 365 Tagen im Jahr, 24 Stunden täglich. Wir engagieren uns für die Region und sind für alle Fragen rund um das Thema Energie gerne für Sie da.



Sparen Sie 150 Euro beim Strom – wertvolle Tipps finden Sie im Energiespar-Paket:

www.eon-bayern.com/energiesparen

Mit Sicherheit faire Preise

e-on | Bayern

Klimaschutz mit Begeisterung

Wildpoldsried ist Energie-Kommune des Monats Juli

Die bayerische Gemeinde Wildpoldsried hat den Titel „Energie-Kommune“ des Monats Juli 2008 errungen. Damit zeichnet die Agentur für Erneuerbare Energien vorbildliche kommunale Energieprojekte aus und stellt sie auf dem Infoportal www.kommunal-erneuerbar.de ausführlich vor.

Wildpoldsried ist mit rund 2.500 Einwohnern eine der kleinsten selbstständigen Gemeinden im Landkreis Oberallgäu. Die Bewohner sind stolz auf ihr starkes Zusammengehörigkeitsgefühl – und auf ihre Erneuerbaren Energien. Windenergie gehört in der Allgäuer Gemeinde schon seit Jahren zum gewohnten Erscheinungsbild. Sonnenkollektoren und Photovoltaikanlagen schmücken viele Dächer im Ort. Die Bauern füttern Biogasanlagen mit heimischer Biomasse, und drei kleine Wasserkraftwerke liefern zuverlässig Strom. Im Zusammenspiel können die Erneuerbaren Energien genug Strom für eine regenerative Vollversorgung liefern.

In Bayern weht genug Wind!

„Nur durch Erneuerbare Energien können wir unseren Wohlstand und Komfort gegenüber der Schöpfung und den nächsten Generationen verantworten“, erklärt der Landwirt und Initiator des Wildpoldsrieder Bürgerwindparks, Wendelin Einsiedler. Mehr als 180 Bürger sind am Windpark beteiligt, die Anlagen stehen selten still. Gut 13 Millionen Kilowattstunden Strom im Jahr produzieren fünf Anlagen mit einer Gesamtleistung von rund sieben Megawatt. Diese Windermite ist mit anderen deutschen Windstandorten vergleichbar.

„Wildpoldsried beweist, dass auch in Bayern genug Wind weht. Durch eine intelligente Nutzung von Erneuerbaren Energien werden die ökologischen und ökonomischen Interessen im Ort optimal in Einklang gebracht“, betonte Jörg Mayer, Geschäftsführer der Agentur für Erneuerbare Energien, anlässlich der Bekanntgabe der „Energie-Kommune“ Wildpoldsried.

Die Gemeinde ist ein gutes Beispiel dafür, dass auch kleine Kommunen einen großen Beitrag zu den deutschen Klimaschutzzielen leisten können: Wildpoldsried spart über die Hälfte des üblichen bundesdeutschen Pro-Kopf-Ausstoßes an CO₂ ein. „Klimaschutz in der Praxis kann nur mit den Bürgern und nicht gegen sie umgesetzt werden. Er kann nur mit Begeisterung und Überzeugung, nicht mit Zwang funktionieren“, fasst der Bürgermeister Arno Zengerle das Credo seiner kommunalen Energiepolitik zusammen. **DK**

Nils Boenigk / Agentur für Erneuerbare Energien:

Erneuerbare Energien-Projekte in Kommunen ...

... erfolgreiche Planung und Umsetzung

Mit dem Infoportal www.kommunal-erneuerbar.de bietet die Agentur für Erneuerbare Energien in Kooperation mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund praxisnahe Informationen an, um den Ausbau der Erneuerbaren Energien in Kommunen zu unterstützen, hob Nils Boenigk hervor. Städte und Gemeinden spielten beim Klimaschutz eine Hauptrolle, denn sie haben einen maßgeblichen Einfluss auf die Nutzung Erneuerbarer Energien. Ohne das Engagement auf kommunaler Ebene seien keine Klimaschutzziele zu erreichen. Weitere Beispiele für innovative kommunale Projekte und erfolgreiche Aktivitäten beim Ausbau Erneuerbarer Energien nehme die Agentur für Erneuerbare Energien gerne entgegen.

Das Portal „kommunal erneuerbar“ verknüpft Erfahrungen aus der Planung und Umsetzung verschiedenster Erneuerbare-Energie-Projekte mit vielen weiterführenden Links und Literaturhinweisen. Damit gibt es Bürgermeistern, Gemeinderäten und deren Mitarbeitern eine Orientierung an die Hand - von den ersten Überlegungen zur Nutzung Erneuerbarer Energien bis zur konkreten Umsetzung. Der Schwerpunkt liegt dabei auf größeren Anlagen wie Wind- und Solarparks sowie Biomasseanlagen.

Echtes Umdenken

Klimawandel und die Knappheit fossiler Brennstoffe lösen ein echtes Umdenken der Menschen aus: Eine überwältigende Mehrheit von 96 Prozent der Bundesbürger begrüßt daher den verstärkten Ausbau von Erneuerbaren Energien. Das hat eine FORSA-Umfrage vom November 2007 ergeben. Auch in der unmittelbaren Nachbar-

schaft begrüßen die meisten Bundesbürger Erneuerbare-Energien-Anlagen. Mit je nach Energieart 51 bis 81 Prozent fällt die Befürwortung jedoch geringer aus als bei der allgemeinen Frage nach einer verstärkten Nutzung Erneuerbarer Energien. Immerhin jeweils ein Fünftel der Befragten hat deutliche Vorbehalte gegenüber Windenergie- und Biomasseanlagen und spricht sich gegen diese Anlagen in der Nachbarschaft aus. Dieses Ergebnis spiegelt sich in der Praxis wider: Die Planung stößt vor Ort häufig auf Widerstand. Die Vorbehalte sind laut Boenigk umso größer, je schlechter die Menschen vor Ort informiert sind. An dieses Informationsdefizit knüpft das Informationsportal „kommunal erneuerbar“ an.

Akteure einbinden

Erneuerbare Energien wie beispielsweise die Windkraft bieten Gemeinden viele Vorteile, so Boenigk: die Unabhängigkeit von steigenden Energiepreisen, regionale Wertschöpfung, keine Umweltverschmutzung, relativ geringe Investitionskosten. Kommunen könnten Windkraftanlagen betreiben, Flächen ausweisen und Rahmenbedingungen festlegen. Die Investitionshöhe liege bei 1 Mio. Euro pro Megawatt Leistung. Die Vergütung erfolge durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz.

Da man ohne die Bevölkerung ein derartiges Projekt nicht auf die Beine stellen könne, gelte es, wichtige Akteure einzu-

Bernhard Reith / ESB:

Wärme-Contracting für kommunale Einrichtungen

Die ESB-Wärme GmbH ist eine 100%ige Tochter der Erdgas Südbayern und seit 2003 mit dem Angebot von Wärme-Contracting und Wärme-Dienstleistungen am Markt. Dieser Wärme-Service bedeutet Bernhard Reith zufolge „Planung, Investition, Bau und Betrieb von Wärmeerzeugungsanlagen aus einer Hand“. Für Kommunen, Wohnungsgesellschaften und öffentliche Einrichtungen werden neue Energiekonzepte und wirtschaftliche Lösungen entwickelt. Somit kann der Kunde modernisieren, ohne selbst zu investieren.

Die ESB-Wärme GmbH bietet Wärme-Contracting als Dienstleistung für Neubauten oder aber für die Modernisierung bestehender Heizungsanlagen an. Der Wärmepreis beinhaltet alle Leistungen – von der Investition bis zu den erforderlichen Reparaturen. Dass dieses Dienstleistungsangebot am Markt gut ankommt, zeigen steigende Anfragen und Abschlüsse. So erreicht das jährliche Wärmelieferungsvolumen bereits 130 Mio. kWh im Jahr.

Das Unternehmen setzt dabei sowohl auf fossile Energieträger als auch auf erneuerbare Energien und nachwachsende Rohstoffe. Neben den klassischen Heizanlagen plant die ESB-Tochter ihre Contracting-Modelle mit thermischen Solaranlagen und Wärme geführten



Die Vorzeige-Kommune Wildpoldsried

Dr. Bruno Schiebelsberger / E.ON Bayern AG:

Kommunale Energieprojekte ...

... zur Erzeugung regenerativer Energien

E.ON Bayern praktiziert und fördert neben der KWK (Kraft-Wärme-Kopplung)-Anwendung mit allen relevanten Technologien den Einsatz regenerativer Energien bei Wärmeprojekten schon seit Jahren, wie der Geschäftsführer der E.ON Bayern Wärme GmbH darstellte. „Ziel ist die Verdoppelung des Anteils der regenerativen Energien im Wärmegeschäft in den nächsten fünf Jahren.“

Neben 155.000 Haushalts- und Gewerbekunden mit elektrischen Heizsystemen und 100.000 Erdgaskunden beliefert E.ON Bayern über 10.000 Kunden mit Nah- und Fernwärme. Die Wärme wird in rund 80 eigenen Heizwerken und Heizkraftwerken produziert. Dahinter verborgen sich eine Wärmeleistung von ca. 525 Megawatt und ein Wärmeabsatz von rund 1,8 Mrd. Kilowattstunden.

Konkurrenzfähigkeit

Die gesteckten Klimaziele seien nur über Einsparungen - Effizienzsteigerung - und den verstärkten Einsatz von regenerativen Energien auch im Wärmemarkt erreichbar, erklärte Schiebelsberger. Insbesondere Biomasse, Biogas und die Wärmepumpe seien aufgrund des momentanen Preisniveaus von Erdgas und Heizöl im Wärmemarkt konkurrenzfähig. Der Einsatz der Tiefengeothermie hänge von den vorliegenden Randbedingungen ab.

binden, eine erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit zu machen und nach finanziellen Beteiligungsmöglichkeiten Ausschau

Als Beispiele für E.ON-Beteiligungsprojekte nannte Schiebelsberger das Biomasseheizwerk im oberpfälzischen Rötzing und das Geothermieprojekt Braunau-Simbach. Hier handelt es sich um das erste grenzüberschreitende Fernwärmeprojekt Europas. Geothermie-Energie aus 2.000 Metern Tiefe wird genutzt, um die beiden Grenzstädte mit einem Anschlusswert von 7,1 MW Wärme zu versorgen, genug, um etwa 20 Prozent des Wärmebedarfs beider Städte zu decken. Die Gemeinde Bayrischzell wiederum entschied sich bei ihrer Wärmepumpenanlage für das Energieliefer-Contracting. Mit der Pumpe wird das dortige Freibad beheizt. Das Energieliefer-Contracting kommt auch beim Solarkollektor in Grafenwöhr, der das dortige Freibad beheizt, zur Anwendung.

„Die Zusammenarbeit mit den Kommunen kann unterschiedlich gestaltet werden“, betonte Schiebelsberger abschließend: „Wir sind für jede Lösung offen.“ **DK**

zu halten. Eine Vorzeigekommune sei hier das Dorf Wildpoldsried im Oberallgäu (siehe Kasten). **DK**

Bayerns neue Energien

Mit den regenerativen Ressourcen rückt die Region ins Zentrum einer neuen Energiepolitik.



OSTWIND aus Regensburg realisiert seit 15 Jahren Windparks. An vielen Standorten Europas konnte das Familienunternehmen die Überzeugung verwirklichen, dass sich aus Windkraft nicht nur elektrische Energie, sondern auch Lebensenergie gewinnen lässt.

Und zwar aus der Region und für die Region.

OSTWIND

OSTWIND-Gruppe · Gesandtenstr. 3 · 93047 Regensburg · info@ostwind.de · www.ostwind.de

Bayerngas weitet seine Aktivitäten aus

Münchner Konzern akquiriert Kunden von den Alpen bis zur Nordsee

Die Bayerngas GmbH in München wird ihre Gasbeschaffung weiter zu den Quellen hin ausweiten und internationalisieren. Bayerngas hat sich inzwischen zu einem kleinen Konzern entwickelt, der sowohl im Netzbereich als auch bei der Gasbeschaffung die bayerischen Grenzen hinter sich gelassen hat und das Gasgeschäft von den Alpen bis zum norwegischen Kontinental-schelf betreibt“, sagte Geschäftsführer Ulrich Mössner in der Bilanzpressekonferenz.

Unter dem kommunalen Dach von Bayerngas ist in den letzten Jahren ein europäisch agierender kleiner Konzern entstanden, der bereits mehr als 20 Prozent der Mengen direkt importiert, das Trading (den Handel) stark ausgebaut hat und zusätzlich über ein Gas-Explorations- und Produktionsgeschäft verfügt. Bayerngas präsentierte deshalb auf seiner Bilanzpressekonferenz erstmals in seiner Geschichte zum Jahresabschluss der Bayerngas GmbH einen Konzernabschluss.

Die Muttergesellschaft Bayerngas GmbH erzielte 2007 trotz

niedrigerer Gaspreise und gesunkenen Absatzes aufgrund von deutlichen Kostenreduzierungen ein Rekordergebnis vor Steuern von 53,7 (Vorjahr: 51,5) Millionen Euro. Wegen einer außerordentlich niedrigen Steuerquote im Vorjahr liegt das Ergebnis nach Steuern mit 33,0 Millionen Euro auf Vorjahresniveau. Der Absatz sank witterungsbedingt um 4 Prozent auf 64,2 (66,8) Milliarden Kilowattstunden (kWh) und der Umsatz auf 1,64 (1,89) Milliarden Euro in 2007. „Wir haben unsere Marktposition gefestigt“, sagte Mössner. Erstmals belie-

ferte Bayerngas die Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm in Höhe ihres vollen Gasbedarfs. Gemeinsam mit Partnern konnten kommunale Kunden, die verloren gegangen waren, zurück gewonnen werden. Die Gas-Explorations- und Produktionsgesellschaft Bayerngas Norge AS, Oslo, verfügte Ende 2007 - eineinhalb Jahre nach ihrer Gründung - bereits über nachgewiesene Gas-Gesamtreserven von ca. 5,5 Milliarden Kubikmeter (cbm). Bayerngas gehört damit zu den wenigen deutschen Unternehmen mit eigenen Gasreserven. Mit der erfolgreichen ersten Explorationsbohrung im „Natalia-Prospekt“ Anfang 2008 ist diese Menge um weitere ca. 500 Mio. cbm gestiegen. Damit entsprechen die Reserven der Bayerngas Norge jetzt dem jährlichen Absatzvolumen von Bayerngas.

Die Trading-Gesellschaft actogas GmbH agiert für die Portfoliooptimierung von Bayerngas an den kurzfristigen Gasmärkten. Sie handelt an den Börsen in den Niederlanden, in Leipzig, in Österreich, an der New Yorker Nymex (Öl), an den verschiedenen europäischen Importpunkten und Hubs sowie an den virtuellen Handelspunkten in Deutschland. Seit Januar 2008 ist das Unternehmen ein wesentlicher Händler sowohl am Spot- als auch am Terminmarkt der EEX in Leipzig. actogas hat 2007 seinen Umsatz verdreifacht und verfügt bereits heute über ein für den Handelsmarkt notwendiges großes Geschäftsvolumen. Mit der Ende März 2008 erteilten Genehmigung für Finanzdienstleistungen durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen (BaFin) kann actogas die bisher nur mit den Gesellschaftern abgeschlossenen Geschäfte künftig auch Dritten anbieten.

Bayerngas hat mit der Ausgründung des Netzbereichs 2007 seine Funktion des marktgebietsaufspannenden Netzbetreibers auf die bayernets GmbH übertragen. „Mit der Implementierung und Entwicklung des Marktgebiets Südbayern hat bayernets zusätzliches Know-how aufgebaut. Anfang 2008 haben bayernets und E.ON Gastransport angekündigt, ein gemeinsames Gas-Marktgebiet zum 1. Oktober 2008 zu bilden, das dann von den Alpen bis zur Nordsee reicht. In ihrem ersten Jahr erwirtschaftete die Netzgesellschaft im Wesentlichen aufgrund von der Bundesnetzagentur systematisch zu spät anerkannter Investitionen einen Verlust vor Steuern. Dieser Verlust wird auf Basis eines Ergebnisabführungsvertrages von der Bayerngas GmbH ausgeglichen. Die Inanspruchnahme der Transportkapazitäten lag über den prognostizierten Werten. Da die Nachfrage nach Importkapazitäten zunimmt, baut bayernets an der österreichischen Grenze seinen Importpunkt Überackern aus. Dazu ließ die Netzgesellschaft einen Gasverdichter errichten. Mit dieser Kapazitätserweiterung erhöht bayernets seinen Beitrag zur Versorgungssicherheit.

Die novogate GmbH bietet deutschlandweit - ähnlich wie Bayerngas in Südbayern und Tirol - Stadtwerken Gas-Beschaffungsunterstützung, und zwar vom Consulting bis hin zum physischen Bezug. Beratung und physische Lieferungen haben sich dabei 2007 über die Erwartungen hinaus entwickelt. Ein richtungsweisender Erfolg war hierbei der Anfang 2008 vollzogene Beitritt der Gelsenwasser AG zum Gesellschafterkreis der novogate. **dhg.**

Franz Wolfsecker / Geschäftsführer AgroEnergie GmbH:

Energieerzeugung mit Biomasse ...

... am Beispiel des Biokraftwerks Lechfeld

Die AgroEnergie GmbH mit Sitz im niederbayerischen Geisenhausen ist ein eigenständiges und unabhängiges Beratungs- und Projektierungsbüro im Bereich der Erzeugung „Erneuerbarer Energie aus Biomasse“. Wie der Geschäftsführer betonte, sei das Unternehmen „mit keiner Herstellerfirma verheiratet“ und gehöre auch zu keinem Energiekonzern.

„Wir wollen damit also auch keine Energie verkaufen, sondern die Kommunen dazu ermuntern, selbst Energie zu erzeugen oder zumindest in deren Region dezentrale Energieerzeugung aus Biomasse zu unterstützen. Wir sind daher nicht nur tätig für Kommunen und Stadtwerke, sondern auch für Gewerbe- und Industriebetriebe, aber auch für landwirtschaftliche Organisationen.“ Von der ersten Idee über die Projektentwicklung, die Vorhabensrealisierung bis hin zur Anlagenbetreuung - AgroEnergie bietet alles aus einer Hand.

Die derzeit wohl modernste Biogasanlage, wo aufbereitetes Biogas ins Gasnetz eingespeist wird, ist das Biokraftwerk Lechfeld. Weitere Anlagen dieser Art stehen in Pliening und Schwanndorf. In der Biogasanlage des Biokraftwerkes Lechfeld in Graben südlich von Augsburg werden 1.000 m³/h Biogas produziert, im Jahr also mehr als 8,5 Millionen Kubikmeter. Dafür sind ca. 35.000 t nachwachsende Rohstoffe (NawaRo) notwendig, im Wesentlichen Mais- und Grassilage sowie Getreide, die von den knapp 60 am Projekt beteiligten Landwirten auf einer Anbaufläche von etwa 750 ha bereitgestellt werden. In zwei liegenden, rechteckigen Beton-Fermentern mit jeweils 1.600 m³ Nettovolumen verarbeiten spezielle Bakterienkulturen bei einer Betriebstemperatur von 38–40 °C die Energiepflanzen zu Biogas. Dieses besteht zu 55 % aus Methan (CH₄) und rund 45 % aus CO₂ sowie H₂S, H₂O und anderen Störstoffen.

Landläufig wird Biogas in Blockheizkraftwerken (BHKW) verbrannt, um daraus Strom und Wärme zu gewinnen. Anders beim Biokraftwerk Lechfeld: Hier wird das Rohbiogas an den Regionalversorger Erdgas Schwaben GmbH verkauft. Der Gasversorger bereitet das Biogas in einer Druck-Wechsel-Adsorptionsanlage (PSA) zu Erdgasqualität auf. Hierzu werden CO₂ und die Stör-gase ausgefiltert und der CH₄-Gehalt auf 96 % aufkonzentriert. Vor der Einspeisung ins Gasnetz werden dann noch geringe Anteile

an Flüssiggas zugegeben, um den Brennwert dem Erdgas anzugleichen. Dies ist in Graben deshalb besonders wichtig, weil insbesondere in den Sommermonaten Biomethan das Erdgas im Netz komplett ersetzt.

Eigentümer und Betreiber der Biogaserzeugungsanlage ist die Biokraftwerk Lechfeld GmbH & Co. KG, zu der sich die Landwirte zusammengeschlossen haben. Die Geschäftsführung obliegt der Biokraft Verwaltungs GmbH, bestehend aus fünf Gesellschaftern: vier Maschinenringe aus Schwabmünchen, Ostallgäu, Landsberg und Mindelheim sowie dem Ing.-Büro AgroEnergie GmbH. Die AgroEnergie war es auch, die das Vorhaben initiierte und sich für das komplette Projektmanagement verantwortlich zeichnet.

Höchste Anlagensicherheit

Wolfsecker zeigte sich davon überzeugt, mit dem Biokraftwerk Lechfeld eine besonders zukunftsweisende Projektkonzeption gefunden zu haben: „Einmal was das Geschäftsmodell betrifft, das die Landwirte nicht zu reinen Rohstofflieferanten degradiert, sondern diese an der Wertschöpfung ihrer Produkte teilhaben lässt und zum anderen bei der Anlagentechnik, die so, zumindest im süddeutschen Raum, bisher noch nicht ausgeführt wurde.“

Wolfsecker verwies in diesem Zusammenhang auf das patentierte Rührwerkssystem der Firma STRABAG Umweltanlagen GmbH (vormals Linde-KCA Dresden GmbH) sowie auf den hohen Standard der Anlagenausführung. Dieser ist dringend geboten, nachdem die Anlage in einem Industriegebiet liegt und ein Verteilerzentrum eines großen Lebensmittelkonzerns in unmittelbarer Nachbarschaft liegt. Keine Geruchsemissionen und höchste Anlagensicherheit hatten daher bei der Anlagengestaltung oberste Priorität. Dies ist auch der Grund, warum die Rohstoffe dezentral bei den Landwirten gelagert werden und „Just-in-time“ mit einem Großraumfahrzeug zur Anlage transportiert werden. **DK**



Aktiv auf allen Ebenen der Erdgas-Beschaffung

Unser Erfolg als Beschaffungsplattform für Erdgas hat viele Gründe. Wir engagieren uns auf allen Ebenen der Wertschöpfungskette Erdgas.

Ob Up-, Mid-, oder Down-Stream – wir geben unser Bestes um das Optimum für unsere Kunden und Partner zu erreichen. Versprochen.

Know-how und Erfahrung im Dienste des Kunden.



bayerngas

Energiepartnerschaft mit Zukunft

www.bayerngas.de

Christian Huber / TU München:

Formulierung kommunaler Energieziele ...

... mittels Energienutzungsplan

„Wie wir uns energetisch entscheiden, hat Auswirkungen – nicht nur auf unsere Heizungsanlage im Keller, sondern auch auf das Gesamterscheinungsbild eines Hauses, auf die Gestaltung einer Gemeinde, auf den Städtebau. Heute haben wir einzelne Pilotprojekte unterschiedlichster Betreiber; dabei fällt auf, dass einzelne Bereiche nicht miteinander vernetzt sind und große Lücken im gesamten städtischen Kontext hinterlassen. Es gilt deshalb, ganzheitlicher zu denken“, betonte der Wissenschaftler. Einzelne Leuchtturm- und Vorzeigeprojekte seien nicht genug; das vorhandene Wissen müsse in die breite Masse umgesetzt werden: „Das ist unsere gemeinsame Zukunftsaufgabe, auch Energienutzungsplan genannt.“

Ein Energienutzungsplan beinhaltet laut Huber eine unabhängige Analyse und koordiniert den Bereich Energie mit anderen Bereichen. Mittels eines Energienutzungsplans sollen umsetzbare Konzepte und Strategien entwickelt werden. „Diese Zielsetzung muss in Handlungsanweisungen für kommunale Planungskommissionen und Gemeindeverwaltung münden.“

Rudi Maier / Südwärme AG:

Energie-Effizienz und Kostenreduzierung ...

... mit Wärmecontracting kein Widerspruch!

Die SÜDWÄRME AG ist ein mittelständisch geprägter Energiedienstleister, bestehend aus einem Zusammenschluss von derzeit 27 qualifizierten Gebäudetechnikfachbetrieben. Die Grundidee dieser Kooperation ist die wirtschaftliche Realisierung der Energielieferung (Contracting) durch den Heizungsfachbetrieb, so der Vorstand. Gegründet wurde die Südwärme AG 1993/94; mittlerweile umfasst sie ca. 2.500 Mitarbeiter.

Neben den wenigen zentral angesiedelten Aufgaben, die von der Südwärme-Zentrale in Unterschleißheim betreut werden, ist jedes Kompetenzzentrum vor Ort lokaler Ansprechpartner des Kunden und verantwortlich für den Betrieb der Anlagen. Für die Kunden bedeutet dies: Südwärme ist schnell erreichbar, ortskundig und flexibel, sicher und zuverlässig – eben ein fachkundiger Partner für alle Fragen der Energiedienstleistung.

Unabhängig am Markt

Brennstoff wird bei Südwärme durch Kapital und Know-how ersetzt. Die Südwärme ist in kürzester Zeit zu einem Markt führenden Unternehmen geworden. An über 250 Standorten versorgt es über 1.000 Gebäude mit Wärme, Kälte, Strom oder Druckluft. Im Rahmen eines Wärmelieferungsvertrages versorgt die Südwärme Gebäude oder Gebiete mit Wärme aus jeweils speziell dafür zugeschnittenen Heizungsanlagen. Die Wärmeleistung der Energieerzeugungsanlagen liegt im Bereich zwischen 40 kW und 25 MW. Südwärme übernimmt und optimiert vor-

handene Heizungsanlagen und betreibt sie in wirtschaftlicher Eigenverantwortung.

Das Unternehmen erstellt Energieversorgungskonzepte und übernimmt den kompletten Anlagenbetrieb von der Energiestudie über die Projektentwicklung bis hin zur verantwortlichen Realisierung und Wartung von Heizungsanlagen und BHKWs auch außerhalb des Wärmelieferungsvertrages. Auf Wunsch betreibt die Südwärme Anlagen, die im Besitz des Kunden sind, voll verantwortlich.

Südwärme ist kein Großunternehmen der Energiewirtschaft, sondern hat eine unabhängige Marktstellung. Eingesetzt wird der jeweils wirtschaftlichste Energieträger. Erdgas, Heizöl, Biomasse, (Hackschnitzel, Pellets), Geothermie, Strom und Solarenergie kommen je nach Energie-Effizienz zum Einsatz. In zunehmendem Maße werden regenerative Brennstoffe für Heizungsanlagen verwendet.

Ökologie und Ökonomie

Durch die Energiedienstleistungen der Gebäudetechnikfachbetriebe vor Ort liegen folgende Vorteile klar auf der Hand: Einsparung von Investitionen, Ko-

um die überörtliche Koordination der Energiepotentiale zu ermöglichen, ist eine regionale Planung notwendig. Ähnlich wie in der Raumplanung entstehen so mehrere Planungshierarchien, die dem Land, der Region und der einzelnen Kommune eine ganzheitliche Energiezukunft ermöglichen.

Transparente Politik

Mit einem Energienutzungsplan können Gemeinden zusammen mit den Grundeigentümern und Versorgungsunternehmen eine fundierte, transparente und längerfristige Energiepolitik betreiben. Er stellt – ähnlich wie der Flächennutzungsplan im raumplanerischen Maßstab – die zukünftige energetische Entwicklung unter Einbeziehung der Bestände in einer Gemeinde dar.

Detaillierte Analyse des Ist-Zustandes

Der Energienutzungsplan basiert auf einer detaillierten Analyse des Ist-Zustandes von Energieverbrauch und Energieversorgung mit Ausblick auf absehbare Entwicklungen. Dabei wird die Gemeinde in einer Art Wärme-Raster-Bild auf die Wärme-

Energiedichte der Gebäude und Industrie hin untersucht. Die vorhandene Energie-Infrastruktur mit den bestehenden leistungsgebundenen Energieträgern und schon vorhandenen Energieerzeugungs-Anlagen werden in die Überlegungen zu einem ganzheitlichen Energiekonzept der Kommune mit einbezogen. Hinzu kommen die noch ungenutzten energetischen Potentiale im Umfeld der Gemeinde.

Die Analyse zeigt auf einer breiten Basis die möglichen Energiequellen für eine zukünftige Versorgung der Gemeinde. Kommunale Energieziele werden im Energienutzungsplan formuliert und in Zusammenhang mit raumplanerischen Zielen gebracht. Dafür werden notwendige Maßnahmen aufgezeigt, in einem Plan dargestellt und in einem Bericht erläutert.

Möglichst viele Beteiligte

„Nur wenn sich alle an diesem Prozess beteiligen, spricht von der Politik bis hin zur Verwaltung, von den Energieversorgern über die Planer bis hin zu den Großverbrauchern und natürlich den Bürgern, kommen wir zu sinnfälligen Konzepten“, machte Huber deutlich. „Eine Kommune sollte eine Vorbildfunktion haben, aber alleine kann sie die Zukunft nicht richten!“, meinte der Wissenschaftler. Dieser Prozess sei ebenso wie der Flächennutzungsplan nicht abgeschlossen, „denn auch der Flächennutzungsplan ist die Festschreibung einer Vision für die nächsten 15 bis 25 Jahre“. **DK**



Blick in die Ausstellung.

stenreduzierung durch dezentrale Struktur, absolute Kostensicherheit, hohe Betriebssicherheit, hochwertige Anlagentechnik, Ökologie und Ökonomie Hand in Hand. Davon überzeugen konnten sich bereits u. a. folgende Kommunen: Unterschleißheim (Nahwärmeversorgung mit Tiefengeothermie sowie Wärme-, Kälte- und Stromversorgung Ballhausforum und Hotel), Krailling (Nahwärmeversorgung mit Biomasse für 54 Gewerbeobjekte), Energiever-

bund Wertingen (Nahwärmeversorgung mit Biomasse), Energieverbund Kloster Roggenburg (Wärmeversorgung mit Biomasse), Energieverbund Fohlenhof Steingaden (Wärmeversorgung mit Biomasse), Rudelzhausen (Nahwärmeversorgung mit Biomasse für das Gewerbegebiet), Sonthofen (Wärmeversorgung des Unternehmens BHS mit Biomasse), Otterbrunn (Wärme- und Stromversorgung für 14 Mehrfamilienwohnhäuser mit 170 Wohneinheiten). **DK**



Christian Huber.

Kernkraftwerk Gundremmingen – Revision Block B:

30 Millionen Euro für die Sicherheit

Die erste Halbzeit der umfangreichsten Jahresrevision in der Betriebsgeschichte von Block B des Kernkraftwerks Gundremmingen ist beendet. Seit Mitte Juni wird die Anlage einer intensiven Inspektion unterzogen und mit frischem Brennstoff versehen. „Wir investieren rund 30 Millionen Euro in die langfristige Sicherheit und Optimierung der Anlage“, betonte der technische Geschäftsführer Dr. Helmut Bläsig.

Eine sehr aufwändige Tätigkeit ist die integrale Druckprüfung des Reaktordruckbehälters. Sie muss nach dem Regelwerk alle acht Jahre vorgenommen werden. Alle zu prüfenden Komponenten müssen mindestens 30 Minuten einem Prüfdruck von 112,2 bar standhalten.

Schonender Uran-Einsatz

Insgesamt 5.500 Arbeitsaufträge rund um den Reaktorkern und zur Inspektion von Armaturen, Rohrleitungen, Turbinen und Generator sind in der fünfwöchigen Revision auszuführen. Auch müssen knapp 1.000 wiederkehrende Prüfungen mit zahllosen „zerstörungsfreien“ Untersuchungen mittels Ultraschall, Farbeindringprüfungen oder Röntgen vorgenommen und dokumentiert werden.

Neben der Kontrolle des Reaktorkerns mit insgesamt 784 Brennelementen, der durch Unterwasserkameras überprüft wird, steht das Um- und Wiedereinsetzen bereits bestrahlter

Brennelemente im Mittelpunkt. 200 Brennelemente.

In punkto Arbeitssicherheit verwies Helmut Bläsig auf zahlreiche Maßnahmen zur weiteren Reduzierung der Unfallzahlen. „Unser Anspruch ist klar: Wir wollen, dass alle Mitarbeiter die Anlage genauso gesund verlassen, wie sie sie betreten haben“, betonte der Kraftwerksleiter.

Gestärkte Wirtschaftskraft

2.000 zusätzliche Fachleute von über 160 Dienstleistern lassen durch ihren Aufenthalt im Kraftwerk einen Millionen-Betrag in Gasthöfen, Hotels und im Einzelhandel. „Unser Kraftwerk stärkt somit die Wirtschaftskraft der Region. Kernenergie bedeutet aber auch sichere, wettbewerbsfähige und umweltverträgliche Energieversorgung“, so Bläsig.

Deshalb wünscht er sich für die über 1.100 Mitarbeiter des Kraftwerks am Standort, dass dieser Energieträger weiterhin einen wichtigen Beitrag zur Stromversorgung leisten kann. **□**

Der erdgas schwaben Weg

Die Energiepreise steigen. Die Zeitungen sind voll von Berichten über steigende Benzin-, Diesel-, Strom-, Öl- und Gaspreise. Der Erdgaspreis ist an den Ölpreis gebunden. Das bedeutet, dass bei steigenden Ölpreisen in Zukunft auch der Erdgaspreis weiter steigen wird. Sollte sich der momentane Ölpreistrend nach oben weiter fortsetzen, rechnen erdgas schwaben mit einer starken Preiserhöhung zum Herbst.

erdgas schwaben hat seinen Weg für die Zukunft gefunden. Der Energieversorger setzt auf klimafreundliche Bio-Energie. Jährlich investiert er in diesem Bereich über 10 Millionen Euro.

Sein Biomasse-Heizkraftwerk in Dillingen und die Bio-Erdgasanlage in Graben laufen und können zusammen bereits 4.500 Haushalte mit Bio-Energie versorgen. Weitere Bio-Energie-Anlagen entstehen momentan in Kaufbeuren, Mindelheim und Maihingen.

Energieberatung

erdgas schwaben setzt auf Energiesparen. Die günstigste Energie ist immer noch diejenige, die die Kunden erst gar nicht verbrauchen. Durch professionelle Energieberatung helfen die Augsburger beim Sparen. So ist beispielsweise ihr Angebot für Wärmebilder von Wohngebäuden bei den Kunden der Renner – damit ist der Gaslieferant Schwabens größter Anbieter von Wärmebildern geworden.

Gefördert wird wirtschaftlichste Anwendungstechnik: Sparsamstes Heizen und bestes Dämmen nutzt nämlich wenig, wenn die Heizung nicht mitspielt. erdgas schwaben fördert den Einsatz der richtigen Technik wie den Einsatz von Erdgas-Mini-BHKWs und Erdgas-Wärmepumpen. **□**



Bio-Erdgas

nachwachsende Energie aus unserer Heimat

- CO₂-neutral
- regional produziert
- stärkt den Wirtschaftsstandort Schwaben
- rund um die Uhr verfügbar

erdgas schwaben gmbh
 Bayerstraße 43
 86199 Augsburg
 Telefon 0821 9002-0
www.erdgas-schwaben.de



erdgas schwaben
 Wir sind da, wo unsere Kunden sind

Unsere Energie wird Bio

dik-arts.com

Josef Hasler / N-ERGIE AG:

Die Stärke der Nähe

Erfolgreiche Partnerschaft von Kommune und Regionalversorgern

„Viele Kommunen in Deutschland verbindet eine langjährige Partnerschaft mit ihrem lokalen Energieversorger. Die nahe Zusammenarbeit schafft Vertrauen und bringt für beide Partner Nutzen. 650.000 Kunden wissen, dass auf die N-ERGIE Aktiengesellschaft Verlass ist“, stellte das Vorstandsmitglied fest. Mit Strom, Erdgas, Wasser, Fernwärme und Energie-Dienstleistungen setzen die 2.800 Beschäftigten des Nürnberger Energieversorgers jährlich 1,7 Mrd. Euro um.

Durch den jahrelangen intensiven Kontakt kennt die N-ERGIE den spezifischen Bedarf der Gemeinden und hat ihr Angebot entsprechend ausgerichtet: So werden Strom- und Erdgasangebote gemeinsam mit den Kommunen ausgehandelt. „Kommune plus“ beispielsweise ist ein günstiger Stromvertrag für Gemeinden und Zweckverbände. Der Strompreis ist nach oben begrenzt. Im Falle sinkender Großhandelspreise erhält die Kommune Preisnachlass.

N-ERGIE garantiert darüber hinaus optimale Lösungen für die Straßenbeleuchtung: Das Leistungsspektrum reicht von der Planung bis zum Unterhalt und Notfalldienst rund um die Uhr. 252 Kommunen haben inzwischen Straßenbeleuchtungs-

verträge mit der N-ERGIE abgeschlossen.

Von der Planung bis zum Betrieb

Beim Contracting kann die Kommune Modernisierungen an Anlagen umsetzen und so ihre Kosten durch Energieeinsparung senken. Es ist kein Einsatz von Eigenkapital nötig. N-ERGIE übernimmt die fachkompetente Umsetzung - von der Planung bis zum Betrieb.

Rund ein Drittel des Umsatzes der N-ERGIE oder knapp eine halbe Milliarde Euro im Jahr fließen als Wertschöpfung in die regionale Wirtschaft zurück. Von jedem Euro, den die N-ERGIE Kunden für Strom bezahlen, blei-

ben 41 Cent in der Region. Dieses Geld schafft in der Region Aufträge und sichert damit Arbeitsplätze in Handwerk, Bauwirtschaft und Industrie. Allein im Jahre 2004 flossen der regionalen Bauwirtschaft 39,4 Mio. Euro durch Investitionen der N-ERGIE zu. Dies ergab eine Studie des renommierten Pestel-Instituts in Hannover. Know-how und Perspektive für die Region schafft der Energiedienstleister auch, indem er jährlich rund 50 jungen Menschen in gewerblich-technischen und kaufmännischen Berufen eine qualifizierte Ausbildung bietet.

Taten statt Worte

Statt vieler Worte engagiert sich die N-ERGIE mit ganz konkreten Aktionen für Umwelt- und Klimaschutz, zum Beispiel mit ihrem CO2-Minderungsprogramm: Jährlich stellt das Unternehmen 750.000 Euro zur Verfügung und unterstützt so die Eigeninitiative ihrer Kunden für Klimaschutz. Gefördert werden

Maßnahmen wie die Anschaffung energieeffizienter Haushaltsgeräte, Gebäudedämmung, die Heizungsumstellung auf Erdgasbrennwerttechnik oder Wärmepumpe und vieles mehr.

Mobil in der Region

Die N-ERGIE ist mit ihrem Mobil in der Region unterwegs und berät die Kunden vor Ort zu ihrer Rechnung oder anderen Energiethemen. Auch für kommunale Jubiläumsveranstaltungen steht das Mobil mit Bühne und großer Übertragungswand zur Verfügung. Bereits im vierten Jahr tourt der Energieversorger



Josef Hasler.

mit seiner Open-Air Kinotour durch die Region. Auf einer Riesenleinwand werden in gemütlicher Picknick-Atmosphäre aktuelle Filme für die ganze Familie zum kleinen Preis gezeigt. Das Eintrittsgeld kommt einem guten Zweck in der jeweiligen Gemeinde zugute, den diese selbst bestimmt. In den vergangenen drei Jahren spielte die Kinotour 32.000 Euro für die Region ein.

Sponsoringprojekte

Sportliche und kulturelle Veranstaltungen bereichern das soziale Leben der Kommunen und ziehen Besucher in die Region. Manche dieser Events wären ohne die Unterstützung von Sponsoren nicht mehr finanzierbar und müssten abgesagt werden. Die N-ERGIE zählt zu den großen Sponsoren der Region. Sponsoringprojekte sind auf sportlichem Gebiet u. a. der Quelle Challenge in Roth und die Deutschlandtour, die 2008 erstmals am Hesselberg Station macht, sowie in kultureller Hinsicht das Freilaudmuseum Bad Windsheim und das Musikfestival „Fränkischer Sommer“ - ein erstrangiger Musikgenuss an historischen Orten Mittelfrankens. **DK**

Hans-Jürgen Friedmann / Alfred Kuhse GmbH:

Effiziente KWK-Lösungen

Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit, Umweltverträglichkeit und Energieeffizienz – diesen Herausforderungen an eine klimaverträgliche und wirtschaftlich sinnvolle Energieversorgung stellt sich die Alfred Kuhse GmbH, wie Hans-Jürgen Friedmann erläuterte. Als führender Anbieter von Steuerungen für Energieerzeugungsanlagen setzt Kuhse auf effiziente Kraft-Wärme-Kopplungslösungen (KWK) und die damit verbundene Erarbeitung von Systemlösungen sowie individuellen Wärme-, Kälte- und Dampfkonzepenten. Seit 2006 engagiert sich das Unternehmen mit seinen greenPower Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen im Bereich der regenerativen Energieerzeugung.

Mit einem Wirkungsgrad von nahezu 90 % sind Blockheizkraftwerke gegenüber herkömmlichen Kraftwerken mit Wirkungsgraden bis zu 40 % deutlich effizienter, sparsamer im Verbrauch und umweltfreundlicher. So sparen greenPower BHKW gegenüber konventioneller Energieerzeugung erhebliche Mengen CO2 ein.

Hohe Wirtschaftlichkeit

Die ständige Weiterentwicklung der eingesetzten Techniken, die Optimierung der hohen Wirkungsgrade, ein ausgeklügeltes Fernüberwachungssystem und die energieeffiziente Ausrichtung der Steuerungen gewährleisten die hohe Wirtschaftlichkeit, Zuverlässigkeit und Verfügbarkeit der KWK-Systeme von Kuhse. Das Unternehmen konzipiert dezentrale Energieversorgungssysteme, die hocheffiziente Anlagen zur Kraft-Wärme-Kopplung beinhalten, wobei die unterschiedlichsten Primärenergieträger zum Einsatz kommen können.

greenPower Aggregat

Als KWK Anlagen unterliegen diese Konzepte der Förderung durch den KWK Bonus, der für die Einspeisung des erzeugten Stroms ins Stromnetz vergütet wird, als auch ggf. als Biomassekraftwerke der Förderung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) inklusive Bonus für Wachsende Rohstoffe (NaWaRo-Bonus). Der kostengünstige Betrieb der Anlagen, kombiniert mit verschiedenen Förderungsmöglichkeiten, lässt sehr konkurrenzfähige Preise pro kWh zu. Durch die Deckung der Grundlast des Energiebedarfs mit einem greenPower Aggregat schaffen sich Unternehmen größere finanzielle Spielräume für andere Investitionen. Um im konkreten Fall die sowohl technisch als auch wirtschaftlich

sinnvollste Lösung zu ermitteln, bietet Kuhse eine umfangreiche und individuelle Analyse der vorhandenen oder geplanten Situation und Rahmenbedingungen.

Mögliche Steuerbefreiung

KWK Anlagen sind von der Energiesteuer befreit, sobald sie einen Jahresnutzungsgrad höher als 70 % ausweisen. Dies ist durch das Energiesteuergesetz geregelt, wobei der Steueranteil 0,55 Ct/kWh (fixer Wert, ca. 10-15 % der Bezugskosten) bei Erdgas beträgt. Zu beantragen ist die Steuerbefreiung laut Friedmann beim Hauptzollamt. Selbst erzeugter Strom ist von der Ökosteuer befreit, wobei produzierendes Gewerbe meist nur einen verminderten Satz bezahlt. Nicht selbst genutzter Strom kann verkauft werden, wobei man hierfür eine Vergütung bekommt. Das kommende KWK Gesetz bietet eine bessere Förderung, wobei der Hauptfaktor die Bonuszahlung auf eigenverbrauchten Strom ist.

Individuelle Lösungen auf sicherer Grundlage

Als Teil eines zuverlässigen Netzwerkes entwickelt Kuhse individuelle Lösungen für die Integration in vorhandene Systeme, Finanzierung, Versicherung, Contracting, Öllieferung, Tankanlagen und natürlich auch Wartung. Das Unternehmen übernimmt die Lieferung der Technik, die technische Projektierung und Umsetzung sowie die Inbetriebnahme der Anlagen. Die Wartung erfolgt durch den flexiblen Kuhse Service. Friedmann: „Mit greenPower Technologie planen Unternehmen ihre Zukunft auf sicheren Grundlagen mit einem verlässlichen Partner. Günstige, planbare Rahmenbedingungen sorgen dafür, dass sich Unternehmer auf Ihr eigentliches Geschäft konzentrieren können.“ **DK**

Roland Hofer / E.ON Bayern AG:

Energieausweis für öffentliche Gebäude

Gemäß der EU-Richtlinie „Gesamteffizienz von Gebäuden“ wird beginnend mit dem 1.7.2008 auch in Deutschland ein Energieausweis nicht nur beim Bau, sondern auch bei Vermietung und Verkauf von Gebäuden Pflicht. Das gilt sowohl für Wohnimmobilien als auch für Büro- und Dienstleistungsgebäude. Zunächst gilt diese Pflicht nur für Wohngebäude, die bis einschließlich 1965 erbaut wurden. Danach geht es in zwei Stufen weiter: Für später errichtete Wohngebäude ist der 1. Januar 2009 Stichtag, für alle Nichtwohngebäude der 1. Juli 2009, so Roland Hofer.

Bekanntermaßen trägt die Raumheizung erheblich zum Energieverbrauch bei und wird deshalb seit den 70er Jahren gesetzlich reguliert. Etwa 40 % des Energieverbrauchs in Deutschland dienen der Raumwärme und der Warmwasserbereitung. Deshalb ist Raumwärme seit der ersten Ölkrise 1973 ein Schwerpunktthema der Energieeffizienzdiskussion. Seither gibt es Gesetze, die den Energieverbrauch der Raumheizung begrenzen. Aktuell ist dies die Energieeinsparverordnung EnEV 2007. Vorgänger waren die Heizungsanlagenverordnung aus den 70er Jahren, seit 2001 EnEV-Fassungen.

Zwei Varianten

Mit dem Energieausweis ist auf einen Blick erkennbar, in welchem Zustand sich eine öffentliche Liegenschaft befindet: Ist der Energieverbrauch im grünen Bereich oder ist er auffallend hoch? Wo weist das Gebäude energetische Schwachstellen auf? Entspricht die Heizungsanlage noch den aktuellen Standards? Mit welchen Maßnahmen lässt sich der Energieverbrauch dauerhaft senken?

In Zusammenarbeit mit der DEKRA Real Estate Expertise GmbH bietet E.ON Bayern beide Varianten des Energieausweises an: Der E.ON Energie-Bedarfsausweis ist zu empfehlen, wenn ein Gebäude energetisch auf den neuesten Stand gebracht werden soll. Hier prüft ein Team aus ein oder zwei Sachverständigen der DEKRA im Rahmen einer detaillierten Vor-Ort-Energieanalyse die Bausubstanz und die Heizungsanlage. Bei Nichtwohngebäuden nehmen die Sachverständigen außerdem die Klimatisierung und Beleuchtung ins Visier. Anschließend erhält der Kunde ein ausführliches Gutachten (ca. 40 bis 50 Seiten) mit individuellen Sanierungsvorschlägen und

einer umfassenden Wirtschaftlichkeitsberechnung.

Der E.ON Energie-Verbrauchsausweis orientiert sich dagegen an den Heizkostenabrechnungen der vergangenen drei Jahre. Er ist die richtige Wahl, wenn ohne großen Aufwand eine Immobilie vermietet oder verkauft werden soll. Da der DEKRA-Sachverständige hier die Daten ohne Vor-Ort-Begehung auswertet, kann er den Ausweis schnell und kostengünstig erstellen.

Aushängepflicht

Für öffentliche Gebäude mit viel Publikumsverkehr gilt eine Aushängepflicht des Energieausweises, sofern die Nutzfläche über 1.000 Quadratmeter beträgt. Jeder Besucher des Gebäudes soll theoretisch Einsicht in den Ausweis nehmen können. Aushangpflichtige Objekte sind (derzeit) nicht näher definiert. Die Angabe in § 16 EnEV 2007 ist Hofer zufolge unklar: So ergebe sich die Nutzfläche eindeutig aus einschlägigen Normen (DIN 277), aber welche Gebäudetypen betroffen sind, sei nicht näher definiert.

Keine Positivliste

Eine Positivliste soll nicht erstellt werden; oft genannte Beispiele sind Arbeitsagenturen, Sozialämter, Schulen und Universitäten. „Rechtliche Unsicherheiten sind in Zweifelsfällen nicht vermeidbar“, betonte Hofer, „aber ein unterlassener Aushang ist derzeit keine Ordnungswidrigkeit!“

Für Gebäude, die religiösen Zwecken im engeren Sinne dienen (Kirchen, Synagogen etc.), Baudenkmäler, es sei denn, es liegt Aushangpflicht vor, Gebäude, die zu Besichtigungszwecken geöffnet sind, kleine Gebäude mit weniger als 50 qm Nutzfläche, Stallungen und Gewächshäuser, provisorische oder nur zeitweise genutzte Gebäude (z. B. Ferien-

häuser) oder Gebäude, die nicht oder nur in geringem Umfang beheizt oder gekühlt werden (z. B. Parkhäuser) muss kein Energieausweis erstellt werden. In allen Fällen muss der Gebäudeeigentümer den Energieausweis erstellen lassen und auch bezahlen. Bei Eigentumswohnanlagen ist das die Eigentümergemeinschaft und nicht derjenige, der als erster neu vermieten will. Dies gilt auch im Falle der Aushangpflicht, etwa wenn eine Behörde in einem angemieteten Gebäude sitzt.

10 Jahre Gültigkeit

Der Energieausweis gilt 10 Jahre, sofern das Gebäude nicht verändert wird. Eine Verlängerung ist nicht zulässig. Energieausweise nach alter EnEV und Wärmeschutzverordnung WSV 1994 (insbesondere Neubausweise) gelten 10 Jahre ab Ausstellungsdatum als Energieausweise. **DK**

LEW
Lechwerke

Die Kosten sparende Umwelt-Heizung!

Eine Wärmepumpe versorgt Ihr Haus über Jahrzehnte mit Wärme und warmem Brauchwasser. Sie schont die Umwelt und Ihren Geldbeutel. Sie ist eine Investition, die sich in jeder Hinsicht lohnt.

Detaillierte Infos erhalten Sie unter www.lew.de oder unter der Telefonnummer 0800 539 539 1.

Natürlich:
Wärmepumpe.



RWE GROUP

Erweiterung des Geowärmeprojekts:

Bohrung Erding II ist in vollem Gange

Gerade in Zeiten steigender Energiepreise ist die Nutzung einheimischer Energieversorgung eine hervorragende Möglichkeit, Ökonomie und Ökologie zu verbinden. Als innovatives und umweltschonendes Zukunftsprojekt hat sich die Erdinger Geothermie einen Namen gemacht. Jetzt wird das bundesweit größte Geowärmeprojekt kräftig erweitert.

Der erste Erweiterungsabschnitt ist bereits erfolgt, das neue Geoheizwerk 2 wurde am Kletthamer Feld errichtet und in Betrieb genommen. Nunmehr wird in einem zweiten Erweiterungsabschnitt die Geothermie-Bohrung Erding II direkt neben dem Geoheizwerk 2 nieder gebracht.

Die Anfänge

Blick zurück: Nachdem im Jahr 1983 in Erding aufgrund einer nichtfündigen Erdölbohrung 65 °C warmes Thermalwasser in 2.350 m Tiefe vorgefunden worden war, machten sich Stadt und Landkreis sechs Jahre später gemeinsam auf den Weg, ein nicht alltägliches, innovatives Vorhaben der Erdwärmenutzung, das „Geowärmeprojekt Erding“ aufzubauen und umzusetzen. Um das Unternehmen gemeinsam vorantreiben zu können, schlossen sich Stadt und Landkreis zum Zweckverband für Geowärme Erding zusammen mit dem Auftrag, Geowärme und Grundwasser aus der Tiefenbohrung zu gewinnen und wirtschaftlich zu verwerten.

Diese Verwertung erfolgt im Rahmen einer Mehrfachnutzung des Thermalwassers für

Wärmezwecke, als Badewasser in der Therme Erding sowie als Trinkwasser für die Erdinger Haushalte. Darüber hinaus ist ebenfalls noch eine Verwendung als Heil- bzw. Mineralwasser angedacht. Diese Form der Thermalwasserverwendung ist völlig neuartig und stellt eine innovative, umweltgerechte und nachhaltige Wärme- und Wasserversorgung in der Stadt dar. Das Geowärmeprojekt sorgt dafür, dass bereits jetzt ca. 10 Prozent der Erdinger Bürger mit geothermisch erzeugter einheimischer Wärmeenergie versorgt werden.

Verpressung des erwärmten Thermalwassers

Aufgrund der hohen Akzeptanz und starken Nachfrage hat der Zweckverband Geowärme Erding gemeinsam mit der Evonik New Energies GmbH, dem bundesweiten Marktführer im Bereich der Nutzung geothermischer Energie, nun das Erdwärmeprojekt ausgedehnt. In einer zweiten, am 7. Juni begonnenen Tiefenbohrung in rund 2300 Metern, wird das erwärmte Thermalwasser wieder verpresst. Dadurch erhält man an der Förderbohrung die Mög-

lichkeit, die Entnahmemenge von bisher 24 l/sec. auf 48 l/sec. zu verdoppeln. Geplant ist, von diesen 48 l/sec. von der Bohrung I die Hälfte im neu errichteten Geoheizwerk 2 abzuarbeiten und an die Kunden zu liefern.

Bohrdauer 70 Tage

Das abgearbeitete Wasser vom Geoheizwerk 2 soll anschließend von der Bohrung Erding II verpresst werden. Außerdem wird die Bohrung Erding II dazu dienen, bei Bedarf das abgearbeitete Wasser von der Förderbohrung Erding I zu verpressen. Die Kosten für die Bohrung sind auf rund vier Mio. Euro veranschlagt, die geplante Bohrdauer ist auf 70 Tage festgesetzt.

Anschlusswerte

Derzeit ergeben die Anschlusswerte der in der Kreisstadt vernetzten Geowärmenutzer vom Projekt Erding I rund 33 MW. Das Projekt Erding II soll weitere 30 MW erbringen. 10 MW sind hiervon bereits verkauft, wie Alois Gabauer, Geschäftsführer des Zweckverbands für Geowärme Erding, berichtete.

Boom im Großraum München

Laut Max Gotz, Verbandsvorsitzender und neu gewählter Bürgermeister der Herzogstadt, handelt es sich beim Erdinger

Geowärmeprojekt gerade vor dem Hintergrund steigender Ölpreise um eine „zukunftsweisende Investition“. Das Projekt habe im Großraum München geradezu einen Bohr-Boom ausgelöst. Gotz wies darauf hin, dass in den nächsten 20 Jahren noch weitere Geldmittel eingesetzt würden; so seien immerhin Aufwendungen in das Erdinger Fernwärmenetz von rund fünf Millionen Euro geplant.

Energie vor Ort

Die Gründe liegen auf der Hand: In der Erde gespeicherte Energie ist schier unerschöpflich. Sie steht unabhängig von Tages- und Jahreszeit oder den herrschenden Klimabedingungen zur Verfügung. Die heute entwickelten Technologien ermöglichen es, diese Ressourcen praktisch überall zu nutzen. Geothermie ist immer verfügbar, stets in der benötigten Menge vorhanden, und dies rund um die Uhr. Außerdem schont sie Umwelt und Klima und muss nicht über lange Strecken heran transportiert werden, kurz: Geothermie ist Energie vor Ort. □



Zweckverbandsvorsitzender Max Gotz (l.) und Geschäftsführer Alois Gabauer. Text und Bild: DK

Dr. Carsten Schaefer / MVV Energiedienstleistungen GmbH:

Steigerung der Energieeffizienz...

... Senkung der Energiekosten

Bürgermeister, Kämmerer sowie die gesamte kommunale Verwaltung stehen jeden Tag vor großen Herausforderungen. Sie müssen die Interessen der Bürger sowie die der Wirtschaft miteinander in Einklang bringen. Die MVV Energiedienstleistungen GmbH, ein selbstständiges Tochterunternehmen der MVV Energie AG, Mannheim, unterstützt die kommunalen Entscheider und hilft ihnen, ihre zunehmende Aufgabenlast bei immer knapper werdenden finanziellen Mitteln zu bewältigen, betonte Dr. Carsten Schaefer.

Das Know-how des Energiedienstleisters im Bereich kommunaler Lösungen resultiert aus einer in Jahrzehnten gewachsenen Erfahrung mit Planungs- und Entwicklungsaufgaben. Die Bandbreite des Leistungsspektrums eröffnet Städten und Gemeinden neue, größere Spielräume. Dabei hat sich Contracting in den vergangenen Jahren ganz besonders bewährt. Gerade wenn es um Finanzierung, Modernisierung, Betrieb etc. geht, kommt dem Kunden das technische, wirtschaftliche und rechtliche Know-how in diesem Bereich zugute.

Verschiedene Contracting-Angebote

Beim Contracting unterscheidet MVV zwischen Energieliefer-Contracting, Einspar-Contracting und Betriebsführungs-Contracting. Beim Energieliefer-Contracting finanziert und betreibt MVV die von ihr errichteten oder sanierten Energieanlagen. Der Dienstleister liefert direkt die benötigte Nutzenergie zu gesicherten Preisen. Mit dem Kunden wird nach Menge und Leistung abgerechnet.

Kunde bleibt Eigentümer der Energieanlagen

Beim Einspar-Contracting wird in modernste Technik investiert, was eine Reduzierung des Energieverbrauchs und der Energiekosten zur Folge hat. Die eingesetzten Ressourcen werden über die tatsächlich erzielten Kostenreduzierungen gedeckt. MVV teilt die erzielten Einsparungen während der Vertragslaufzeit mit ihren Kunden. Das Betriebsführungs-Contracting wiederum ist dadurch gekennzeichnet, dass das Unternehmen die Energieanlagen ihrer Kunden übernimmt und auch betreibt. Abgerechnet wird nach Menge und Leistung. Der Kunde bleibt Eigentümer der Energieanlagen.

Im Wege des Contractings kann die Energieeffizienz ge-

steigert und langfristig gesichert werden.

Die Vorteile auf einen Blick:

- Übernahme des Effizienzrisikos: MVV liefert die benötigte Nutzenergie (z. B. Wärme) und rechnet diese mit dem Kunden ab. Auch überwacht der Dienstleister die Anlagen, damit diese langfristig effizient laufen.
- Übernahme des Investitionsrisikos: Investition in die benötigte Anlagentechnik.
- Übernahme des Instandsetzungsrisikos: Einsatz hochwertiger Technik. Sollte dennoch etwas defekt sein, repariert die MVV Energiedienstleistungen GmbH während der Vertragslaufzeit auf ihre Kosten.
- Ein Ansprechpartner: MVV kümmert sich um alle Belange bzgl. Planung, Finanzierung, Bau, Betriebsführung und Instandhaltung.
- Flexibilität: Das Unternehmen berücksichtigt die individuellen Wünsche.
- Unabhängigkeit: MVV ist hersteller- und produktunabhängig und verfolgt jeweils das Konzept, das für den jeweiligen Standort ökonomisch ist – egal ob es als Brennstoff, Heizöl, Erdgas oder Biomasse zum Einsatz kommt.
- Kalkulierbare Kosten: Realisiert werden Effizienz steigende Maßnahmen zu überschaubaren Kosten – auch wenn kein Investitionsbudget zur Verfügung steht.

Biomasseheizwerke in Ruhpolding und Bad Endorf

Seit Dezember 2000 bereits versorgt ein Biomasseheizwerk von MVV das Ruhpolder Sport- und Freizeitzentrum sowie die Ortsmitte mit ökologischer Nahwärme. Seit August 2002 versorgt das von den Experten der MVV Energiedienstleistungen GmbH geplante, gebaute und betriebene Biomasseheizwerk Bad Endorf mit Wärme – ein für alle Beteiligten rundum ökonomisch und ökolo-

gisch attraktives Projekt. Seit Oktober 2007 wiederum ist im Kloster Ettal ein Biomasseheizkraftwerk in Betrieb. Die Wärmeerzeugung mit regionalen Holzhackschnitzeln ermöglicht eine ökologische wie auch ökonomische Alternative zu den bisherigen Brennstoffen Erdgas und Heizöl.

Geothermie als attraktive ökologische Alternative

Für das Freizeitbad Kristall Palm Beach, Stein bei Nürnberg, hat MVV die Wärme- und Stromversorgung übernommen und im Freizeitbad Miramar in Weinheim die Nahwärmeversorgung mit Geothermie. Die Geothermie-Anlage stellt für das Bad eine sehr attraktive ökologische Alternative zur konventionellen Wärmeerzeugung dar. Durch die effiziente Nutzung der Erdwärme kann ein Stück Unabhängigkeit von Energiepreisentwicklung am Weltmarkt gewonnen werden. **DK**

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Telefon 08171 / 9307-13

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:
Viktoria Bertele (verantwortlich),
Telefon 08171 / 9307-11
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 42 vom 01.01.2008

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Geschäftsführerin: Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:
Fränkischer Tag GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Geothermie – Energie aus der Erde

Die meisten Menschen schauen in den Himmel, wenn sie an die Zukunft der Energieversorgung denken. Wir von Evonik New Energies sehen auf die Erde. Denn aus ihrem Inneren strömt eine riesige Menge Energie der Oberfläche entgegen, die wir zur Energieversorgung nutzen.

Evonik New Energies GmbH Trierer Straße 4, 66111 Saarbrücken
TELEFON +49 681 9494-00 TELEFAX +49 681 9494-2211
info-newenergies@evonik.com www.evonik.com/newenergies



Evonik. Kraft für Neues.

E.ON Climate & Renewables:

Größte Bioerdgas-Anlage in Europa in Betrieb

E.ON setzt konsequenten Wachstumspfad bei den Erneuerbaren Energien fort

E.ON hat gemeinsam mit der Schmack AG die europaweit größte Anlage zur Herstellung von Bioerdgas im oberpfälzischen Schwandorf eingeweiht. Bereits seit Beginn des Jahres wird dort aus regionalen Rohstoffen Biogas erzeugt. Dieses Biogas wird dann auf Erdgasqualität aufbereitet und als „Bio-Erdgas“ in das Erdgasnetz der E.ON Bayern eingespeist.

„Unter den erneuerbaren Energien nimmt Bio-Erdgas eine wichtige Rolle in unserem Portfolio vielversprechender Technologie ein“, erklärte Dr. Frank Mastiaux, Geschäftsführer der E.ON Climate & Renewables GmbH. „Die Eröffnung der Anlage in Schwandorf ist ein weiterer Meilenstein unseres Wachstumsprogramms, das wir

mit einem Investitionsrahmen von sechs Milliarden Euro allein bis 2010 konsequent umsetzen werden.“

In der Schwandorfer Anlage lassen sich aus rund 85.000 Tonnen lokal erzeugter nachwachsender Rohstoffe jährlich etwa 16 Millionen Kubikmeter Biogas gewinnen. Eingesetzt werden neben Mais auch Silagen aus

Gras und Zwischenfrüchten. „Die Landwirte aus der Schwandorfer Umgebung sind für uns wichtige Partner“, so Dr. Peter Deml, Vorstandsvorsitzender der E.ON Bayern AG, „die langfristigen Lieferverträge für die notwendigen Einsatzstoffe belaufen sich auf bis zu vier Millionen Euro pro Jahr. So fördern wir mit unserer Anlage auch die lokale Wirtschaft.“

Der Ausstoß des gefilterten und auf Erdgas-Qualitätsniveau veredelten Biogases, des sogenannten Bio-Erdgases, beläuft sich auf rund 1.000 Kubikmeter pro Stunde. Dazu Mastiaux: „Mit dieser Anlage können wir den gesamten Erdgasbedarf von etwa 5.000 Haushalten decken.“

Außerdem konnte die benötigte Anbaufläche im Vergleich zu anderen Biogasanlagen durch besondere Fruchtfolgen um ein Drittel reduziert werden. Diese Fruchtfolgen erhöhen auch die Bodenfruchtbarkeit und führen so zu einer nachhaltigen Bewirtschaftung der Flächen.

Meilenstein

Der entscheidende Vorteil von Bio-Erdgas liegt darin, dass es als klimaneutraler Brennstoff durch die Weiterverteilung über das Gasnetz überall genutzt werden kann. Möglichkeiten zur effizienten Nutzung des Bio-Erdgas gibt es viele: im Verkehrssektor, in hocheffizienten Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen oder Blockheizkraftwerken. So wird durch die Entkoppelung von Biogaserzeugung und Nutzung von Bio-Erdgas eine höhere Effizienz zugunsten des Klimas erreicht.

„Beim Kunden kommt das 'grüne' Bio-Erdgas gut an“, sagte Dr. Bernhard Reutersberg, Vorstandsvorsitzender der E.ON Ruhrgas AG. Das „Bio-Erdgas“ kann bundesweit angeboten werden - ein Meilenstein für den Vertrieb eines Produktes im Bereich erneuerbarer Energien. „Bio-Erdgas heißt Versorgungssicherheit, Effizienz und Klimaschutz in einem und ist deshalb Teil unserer langfristig ausgerichteten Versorgungsstrategie“, so Reutersberg.

Mit dem Ausbau dieser Aktivitäten bewegt sich E.ON auf einem Markt, dem große Wachstumspotenziale vorausgesagt werden. „Wir gehen davon aus, dass bis 2030 rund 10 Prozent des derzeitigen Erdgasverbrauchs in Deutschland mit Bio-Erdgas gedeckt werden können“, so Fritz



Von links: Dr. Peter Deml, Vorsitzender des Vorstandes der E.ON Bayern AG; Frank Mastiaux, Vorsitzender der Geschäftsführung der E.ON Climate & Renewables GmbH; Emilia Müller, Bayerische Staatsministerin für Wirtschaft; Dr. Günther Beckstein, Bayerischer Ministerpräsident; Ulrich Schmack, stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes der Schmack Biogas AG.

Wolf, Geschäftsführer der E.ON Bioerdgas. „Und das, ohne dabei Anbauflächen zur Nahrungs- oder Futtermittelproduktion zu beeinträchtigen. Der für 2030 prognostizierte Bioerdgasverbrauch entspricht dem Energiebedarf von fünf Millionen Haushalten.“

Die größte und modernste Bioerdgasanlage Europas setze neue Maßstäbe bei den Erneuerbaren Energien in Bayern, machte Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein deutlich. „Bioerdgas ist eine neue Dimension für umweltschonende und dezentrale Energieversorgung bei uns in Bayern. Die neue Anlage steht für heimische Energieversorgung, die uns von Energieimporten unabhängiger macht, für effiziente Energie mit einem höheren Wirkungsgrad als einfache Biogasanlagen und für klima- und umweltschonende

Energie mit kurzen Transportwegen der Biomasse von umliegenden Feldern“, betonte Beckstein.

Den Ausbau der Erneuerbaren Energien treibt der Freistaat Bayern kräftig an. Beckstein: „Mit kräftigen Investitionen in Forschung und Ausbildung geben wir speziell dem Energieträger Biomasse noch einmal ordentlichen Schub und unseren Bauern neue Perspektiven.“

Aufbau einer Musterregion

Der Freistaat ist frühzeitig in Forschung und Förderung nachwachsender Rohstoffe eingestiegen und hat seit 1990 rund 226 Millionen Euro in Biomasseprojekte investiert. Weitere 16 Millionen Euro fließen derzeit unter anderem in den Aufbau einer Musterregion für nachwachsende Rohstoffe, in die Einrichtung ei-

nes Modellbetriebs für Energiewälder und den Einsatz biogener Kraftstoffe und weiterer Bioenergieträger am Flughafen München mit einem CO₂-Einsparungspotenzial von 30.000 Tonnen pro Jahr. Bis 2020 will Bayern den Anteil der Biomasse am Primärenergieverbrauch von 5 auf 8 Prozent steigern. Insgesamt soll der Anteil der Erneuerbaren Energien am Endenergieverbrauch auf 20 Prozent verdoppelt werden.

Zugleich hob Beckstein hervor, dass die Staatsregierung den Ausbau nicht um jeden Preis forciert. „Nachwachsende Rohstoffe müssen in ihrer gesamten Umweltbilanz überzeugen. Pflanzen sind in erster Linie Lebens- und Futtermittel, vor allem die Reststoffe sollen dann in die Biogasanlage“, so der Ministerpräsident.

Deutsche Vereinigung des Gas- und Wasserfaches:

Würzburger Diskurs setzt wichtige Impulse

Die Deutsche Vereinigung des Gas- und Wasserfaches e.V. (DVGW) ist mit ihrer ersten Diskurs-Veranstaltung auf große Resonanz in der Branche gestoßen. Über 500 Teilnehmer aus sechs Ländern kamen nach Würzburg, um ihre Vorstellungen und Anforderungen an den DVGW in einem offenen Dialog zu diskutieren.

Als wesentliche künftige Aufgabenstellungen kristallisierten sich der Ausbau der Position als unabhängiger „Marker“ technischer Regelungen für das Gas- und Wasserfach, die Forcierung von Forschung und Entwicklung insbesondere im Bereich der Anwendungstechnik sowie die branchenbezogene Aus- und Weiterbildung heraus.

Paradigmenwechsel

Die künftigen Anforderungen an den DVGW diskutierten die Teilnehmer vor dem Hintergrund der aktuellen Branchenentwicklungen, die namhafte Vertreter der Gas- und Wasserwirtschaft darlegten. So beleuchtete Dr. Bernhard Reutersberg, Vorstandsvorsitzender der E.ON Ruhrgas AG, Essen, die Auswirkungen von demographischem Wandel und Klimaveränderung auf die Gas- und Wasserwirtschaft. Bei Gas führe beides zusammen mittelfristig zu einer weiteren Wettbewerbsverschärfung und einem hohen Investitionsbedarf bei rückläufigem Absatz. Um diesen Paradigmenwechsel zu gestalten, müsse der Mehrwert für Gas weiterentwickelt werden - und zwar in ökonomischer, ökologischer und technologischer Hinsicht.

Aufgrund der Eigenschaften von Erdgas - zum Beispiel in

Kombination mit der Solar-Energie oder als Brücke zu Wasserstoff - sind die Voraussetzungen dazu laut Reutersberg gegeben: Erdgas biete zusammen mit regenerativen Techniken die ideale Basistechnologie. Hiermit müsse auch der Ordnungsrahmen in Einklang gebracht werden. Eine Kommunikations-Offensive soll diese Vorteile künftig stärker im öffentlichen Bewusstsein verankern und damit die allgemeine Akzeptanz des Energieträgers weiter erhöhen. Eine zentrale Botschaft sei, dass die Gas- und Wasserwirtschaft neue Impulse durch effiziente und umweltfreundliche Techniken erfährt.

Mit starker Stimme Gehör finden

Die hohe Beteiligung an der neuen Veranstaltung, die in Kooperation mit der figawa begleitend zur Mitgliederversammlung des DVGW stattfand, lieferte auch wichtige Impulse für den DVGW. „Die Bereitschaft, sich aktiv in die weitere Gestaltung des Fachverbandes einzubringen, ist die Voraussetzung dafür, mit starker Stimme bei der Ausgestaltung der Rahmenbedingungen für eine zukunftsorientierte Gas- und Wasserwirtschaft Gehör zu finden“, resümierte Dr.-Ing. Walter Thielen, DVGW-Hauptgeschäftsführer. **DK**



STANDORTENTWICKLUNG UND STÄDTEBAU
KOMMUNALE ENTWICKLUNG
WOHNUNGS- UND EIGENHEIMBAU



Kommunale Partnerschaftsmodelle
im Bereich ÖPP / PPP

Bayerische Landessiedlung GmbH
Frankiskanerstraße 14 · 81669 München

Tel. (0 89) 23 87-0 · Fax (0 89) 23 87-99
info@bls-bayern.de

Lindenberg, Schwaben
Wohnanlage für betreutes Wohnen

www.bls-bayern.de

In Zukunft wird die Erde uns erwärmen. Nicht umgekehrt.

Stellen Sie um auf Klimaschutz. AQUA SOLEA ist regenerative Energie aus Sonne und Erde. Und dabei auch noch bis zu 60% günstiger (i.Vgl. zu Öl und Gas). Mehr über umweltverträgliche Energie:

www.aqua-solea.com

AQUA SOLEA – die Marke von: Bayerische Landessiedlung



AQUA SOLEA
ENERGIE FÜR EIN GUTES KLIMA.

100 Jahre Energie:

Ein Standort entwickelt sich

Das Herz der Stromversorgung im oberbayerischen Pfaffenhofen

Mit der Nacht hält in der Regel auch die Finsternis Einzug in den kleinen Ortschaften im Bayern vor dem Beginn des 20. Jahrhunderts. Elektrizität gibt es fast ausschließlich in den großen Städten, und auch da nicht immer flächendeckend. Auf dem Land muss man sich mit Petroleum- oder Öllampen zufrieden geben. In einer kleinen Stadt in Oberbayern ist man bereits etwas weiter: Schon 1882 gibt es in der aufstrebenden Stadt Pfaffenhofen die ersten Gespräche über den Aufbau einer Stromversorgung.

Am 5. Mai 1898 erteilt die Stadt die Konzession zur Errichtung eines Elektrizitätswerks der Süddeutschen Wasserwerke AG in Nürnberg. Diese beginnt noch im selben Jahr mit dem Bau der „Elektrischen Zentrale“ auf dem Semmelmülleranger. Und so kann das damals schon fortschrittliche Pfaffenhofen bereits im Jahr 1899 eine Straßenbeleuchtung vorweisen.

Zunächst große Skepsis

Allerdings macht man es jenen wagemutigen Männern, die schon in diesen frühen Jahren – noch vor 1908 – mit dem Gedanken spielen, in einem überwiegend bäuerlichen Gebiet eine Stromversorgung aufzuziehen, nicht gerade einfach. Spöttisch fragt man sie, ob sie denn ernsthaft daran dächten, die Misthaufen dort zu beleuchten? Kaum jemand glaubt daran, dass auf dem Land eine wirtschaftliche Verbrauchsdichte zu erwarten sei. Den potenziellen Geldgebern aus München erscheint das Risiko, eine reine Überlandversorgung zu finanzieren, unter diesen zweifelhaften Umständen noch zu groß. So kommt es, dass unter den Gründern als Hauptaktionäre Berliner Investoren vertreten sind.

Am 2. Juli 1908 wird die Am-

perwerke Elektrizitäts-Aktiengesellschaft mit Sitz in München gegründet. Das neue Unternehmen übernimmt das Pfaffenhofener Elektrizitätswerk sowie zwei Wasserkraftwerke in Englmannszell und Hohenwart und versorgt damit in acht Gemeinden 8.630 Glühlampen, 41 Bogenlampen und 219 Motoren mit insgesamt 951 PS. Schon ab dem 1. Juli wird der Strom auf Rechnung der Amperwerke-Elektrizitäts-Aktiengesellschaft geliefert, notariell als Besitzer der Pfaffenhofener Elektrizitätswerke verbrieft, werten die Amperwerke erst am 12. Oktober 1908. Bereits im ersten Jahr nach der Gründung schließen sie mit 45 Gemeinden Stromverteilungsverträge ab. Nach der Unternehmensphilosophie sieht man im Ausbau von Wasserkraftwerken die Grundlage für die Strombeschaffung und bemüht sich mit Erfolg um den Erwerb von Konzessionen.

Bau von Wasserkraftwerken

So wird beschlossen, die Wasserkraftwerke Unterbruck (1908/09) und Kranzberg (1910/11) zu bauen. Bereits im Jahr 1911 verfügen die Amperwerke über 538 km Hochspannungsleitungen und 229 Transformatorstationen in Betrieb,

der Stromabsatz beträgt 6,8 Mio. Kilowattstunden (kWh). Beliefert werden jetzt 250 Ortschaften mit 46.990 Glühlampen und 2.392 Motoren. Das Netz erstreckt sich von Neuburg und Manching im Norden, in westlicher Richtung bis Aichach und Schrobenhausen, in südlicher Richtung bis über Sauerlach hinaus und im Osten liegen die Grenzen bei Mainburg



Arbeiten unter Spannung.

Text und Bild: pw

und Freising, ein Gebiet mit 5.200 km².

Auch wenn die Zentrale der Amperwerke in München residiert – was die Technik anbelangt, spielt die Musik in Pfaffenhofen. Viele Schlüsselfunktionen sind hier angesiedelt, der Standort gewinnt, nicht zuletzt durch seine zentrale Lage im ständig wachsenden Versorgungsgebiet, zunehmend an Bedeutung.

Ein wichtiger Stützpunkt in Sachen Strom

Die Betriebsleitung Pfaffenhofen führt über zehn Betriebsmonteurstellen in ihrem Zuständigkeitsbereich, darunter auch die benachbarte Betriebsmonteurstelle Pfaffenhofen. Diese tragen Verantwortung für die Sicherung und den Ausbau der Stromversorgung. Sie errichten Trafostationen, Leitungen und sind für eine schnelle Behebung von Stromunterbrechungen zuständig.

Mehr Fördergelder für Brennwertkessel und Solar

Energiekosten sparen - das können Verbraucher, die in Zukunft auf Brennwertheizungen und thermische Solaranlagen setzen. Zusätzlich zu der effizienten Technik gibt es jetzt noch attraktivere Förderprämien: Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) hat das Marktanreizprogramm erweitert und Erdgas Südbayern (ESB) bietet den Solarbonus.

„Wer jetzt seine alte Heizung auf Erdgas-Brennwerttechnik umrüstet, der kann nicht nur bis zu 30 Prozent seiner Energiekosten, sondern auch bei den Investitionen eine Menge sparen“, erklärt Josephine Schneider, Expertin für Förderprogramme bei der ESB. „Hausbesitzer, die erstmalig einen neuen Brennwertkessel mit einer heizungsunterstützenden Solaranlage installieren, erhalten von der BAFA 750 Euro Brennwertkesselbonus und 105 Euro pro Quadratmeter Bruttokollektorfläche. Bei zwölf Quadratmetern zahlt die BAFA zum Beispiel 2010 Euro“, so

1958, nach der 1955 erfolgten Fusion mit den Isarwerken zur Isar-Amperwerke AG, stellt Pfaffenhofen eine von 13 Bezirksleitungen. Die Zahl der Standorte wird Ende der 70er Jahre im Rahmen einer Neustrukturierung auf acht reduziert, die 1990 in Regionaldirektionen umbenannt werden. Seit dem Jahr 1987 hat die in zwei Jahren Bauzeit neuerrichtete, der Bedeutung entsprechend geräumige Niederlassung ihren Sitz gegenüber dem Standort der ehemaligen Dampfzentrale: Draht 7 lautet seither die aktuelle Anlaufstelle in Sachen Strom. Daran ändert auch die Fusion der Isar-Amperwerke mit drei weite-

weiteren 2.600 km Leitungen. Der Betrieb und die Instandhaltung dieser Infrastruktur sowie der Ausbau des Versorgungsnetzes zählen zu den erstrangigen Aufgaben des Kundencenters.

Werkstätten mit wachsender Bedeutung

Bereits in den Jahren 1920/21 entstehen in Pfaffenhofen die ersten Werkstätten und die Abteilung für „Elektrische Meßtechnik“. Zusätzlich existieren die „fliegenden Werkstätten“, ohne einen festen Standort: Da bis in die fünfziger Jahre ein sehr weitmaschiges Versorgungsnetz mit wenigen Hochspannungsgeräten besteht, werden die Revisionen teilweise in Kraftwerken oder in gerade nicht benötigten Hallen durchgeführt.

In der ersten Hälfte der fünfziger Jahre kommen auf die mittlerweile zur „Hauptwerkstätte“ aufgewertete Einrichtung neue Herausforderungen zu. 30 Jahre lang als ausschließlich praktisch ausgerichteter, von Handwerksmeistern geführter Reparaturbetrieb tätig, entwickelt sich deren Arbeitsfeld zunehmend in Richtung geräte- und anlagenspezifischer Fach- und Beratungsstelle für das gesamte Energieversorgungsunternehmen. Immer mehr Ingenieure finden jetzt hier ihren Arbeitsplatz und berufliche Herausforderungen. So sind die Pfaffenhofener an vielen Projekten bei Ausbau und Sicherung der Stromversorgung maßgeblich beteiligt, z. B. bei der unternehmensweiten Beschaffung und Organisation aller Notstromaggregate oder bei der Umstellung und Erweiterung des Hochspannungsnetzes, das seit der Mitte der fünfziger Jahre in mehreren Schritten von 60.000 auf bis zu 400.000 Volt ausgebaut wird.

Steigende Anforderungen

Doch die Herausforderungen an den Standort steigen von Jahr zu Jahr. Eine genaue Untersuchung, die auch die allgemeine Situation der Stromverteilung mit einbezieht, führt 1989 zu dem Ergebnis, dass zum Erhalt der Versorgungssicherheit eine schlagkräftige Instandhaltung mit mobilen Kolonnen, einer Werkstätte sowie Materiallager notwendig ist. Nach dreijähriger Gesamtbauzeit folgt im September 1993 die feierliche Einweihung der neuen Schaltgerätekategorie und des Gebäudes für die Hauptwerkstätte. Auf einer Gesamtfläche von etwa 6.000 m² hat man einen Komplex, bestehend aus dem Hauptbau mit 2.700 m² Nutzfläche sowie einem Anbau mit 1.000 m² Nutzfläche errichtet. Die Gesamtbaukosten inklusive der technischen Einrichtungen belaufen sich auf rund 20 Mio. DM. Nach dem Abschluss der umfangreichen Umstrukturierungen sind alle Aktivitäten der Hauptwerkstätten einschließlich der Ausbildung auf einem Gelände mit rund 25.000 m² Fläche zusammengefasst, diesen Raum nehmen sie bei E.ON Bayern auch heute noch ein.

Traditioneller Ausbildungsstandort

Seit 1919 wird in Pfaffenhofen ausgebildet. Die praxisorientierte Ausbildung erwirbt sich von Anfang an einen hervorragenden Ruf. Über die Jahrzehnte wird die gewerbliche Ausbildung regelmäßig der sich verändernden Praxis angepasst und so verwundert es nicht, dass nach wie vor die Zahl der Bewerber die der freien

geld“ teilgenommen wurde. Der ESB-Solarbonus steht 2008 für insgesamt 333 Interessenten zur Verfügung. Etwa zwei Drittel des Warmwasserbedarfs eines Vier-Personen-Haushalts lassen sich in den hiesigen Breiten mit einer thermischen Solaranlage abdecken.

Plätze bei weitem übersteigt. Derzeit erlernen rund 150 Mädchen und Jungen in den bestens ausgestatteten Pfaffenhofener Lehrwerkstätten einen zukunftsfähigen Beruf.

Jeweils dreieinhalb Jahre dauert die Ausbildung zum/r Elektroniker/in für Betriebstechnik, Industriemechaniker/in, Technische Zeichner/in für Maschinen- und Anlagentechnik (Bereich Maschinenbau) oder Mechatroniker/in; darin sind Lehrinhalte aus den Ausbildungsgängen des Elektrikers und des Industriemechanikers kombiniert. In Pfaffenhofen sorgen 14 hauptberufliche Ausbilder dafür, dass das anerkannte hohe Niveau der beruflichen Qualifikation erhalten bleibt. Neben eigenen Unterrichtseinheiten stehen Praxisseinheiten in externen Betriebsgliederungen und eine intensive Prüfungsvorbereitung auf den dichten Stundenplänen.

Ein deutliches Zeichen für die weit reichende Anerkennung der Ausbildungsqualität ist die Zahl der Lehrlinge, deren Ausbildung im Auftrag von Schwesterfirmen, Tochterunternehmen, branchenverwandten und branchenfremden Unternehmen übernommen wird. Allein in Pfaffenhofen sind derzeit über 50 Azubis anderer Firmen aktiv.

Messtechnik

Vor rund 88 Jahren entstand in Pfaffenhofen, zeitgleich mit den ersten Werkstätten, die Abteilung für elektrische Messtechnik. Derzeit sind im Zäblerservice Pfaffenhofen 29 Mitarbeiter und sechs Dienstleister beschäftigt, ihr Aufgabenspektrum ist weit gefächert. Der Zählerlagerbereich umfasst die gesamte Zählerbereitstellung, von der Bestellung, über die Auslieferung bis zur Wartung von Zählern, Schaltgeräten und Zubehör. Im Bereich Messsatzbau und Messstellenbetrieb betreuen die Mitarbeiter Messungen für Gewerbe- und Industriekunden, die sie planen und projektieren.

Im Bereich der Zähler- und Gerätetechnik geht es unter anderem um Sonderzähler aller Art. Diese werden von den Mitarbeitern errichtet und betreut. In der staatlich anerkannten Prüfstelle EB 11 erfolgen Qualitätseingangskontrollen bei neuen Zählern, Stichprobenprüfungen bei Bestandsgeräten sowie die Eichung von Zählern. Damit wird sichergestellt, dass die Mess- und Zählgeräte immer den eichrechtlichen Anforderungen entsprechen.

Wichtiger Stützpunkt

Nach 100 Jahren stellt der Standort Pfaffenhofen nach wie vor einen der wichtigsten Stützpunkte von E.ON Bayern dar. Neben den Lehrwerkstätten, dem Kundencenter, den Werkstätten und der Messtechnik sind hier weitere Betriebsgliederungen und Einrichtungen angesiedelt. Das Arbeiten-unter-Spannung-Team sorgt mit seiner Spezialausrüstung dafür, dass bei vielen Arbeiten an 20.000-Volt-Freileitungen die Stromversorgung der Kunden nicht unterbrochen werden muss. Außerdem sind auf dem weitläufigen Gelände noch die Schaltstraße, eine in Deutschland einmalige Schulungseinrichtung für Monteure, weitere Fortbildungseinrichtungen und die Servicegruppe Primärgeräte der E.ON Netz GmbH untergebracht. Das Schwesterunternehmen der E.ON Bayern AG betreut Leistungsschalter bis hin zur Höchstspannung von 380.000 Volt.

Für die Solarkollektoren auf dem Dach ist die Erdgas-Brennwerttechnik der ideale Partner, denn auch sie arbeitet äußerst effizient und hilft beim Sparen. Bei der Brennwerttechnik wird im Gegensatz zu älteren Systemen auch die Wärme der Abgase für die Heizung verwendet.